



Landtag von Baden-Württemberg

20. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 6. Februar 2002 • Haus des Landtags

Beginn: 9:33 Uhr

Schluss: 15:49 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	1093	3. a) Antrag der Fraktion der CDU – Zukunft der Interregiozugverbindungen? Anspruch und Wirklichkeit der rot-grünen Interregiopolitik am Ende der Regierung Schröder – Drucksache 13/645 – dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO	
1. Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 (Staatshaushaltsgesetz 2002/03 – StHG 2002/03) – Drucksachen 13/700, 13/701	1093	b) Antrag der Fraktion GRÜNE – Verwendung der Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonennahverkehr/Öffentlichen Verkehr durch das Land Baden-Württemberg – Drucksache 13/703	1124
Abg. Dr. Scheffold CDU	1093, 1106	Abg. Schebesta CDU	1124
Abg. Drexler SPD	1097	Abg. Boris Palmer GRÜNE	1125, 1133
Abg. Kleinmann FDP/DVP	1099	Abg. Kaufmann SPD	1127
Abg. Heike Dederer GRÜNE	1103	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	1128
Abg. Moser SPD	1107	Staatssekretär Mappus	1129, 1134
Minister Stratthaus	1110	Abg. Scheuermann CDU	1132
Beschluss	1114	Beschluss	1135
2. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes – Drucksache 13/548	1115	4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Abg. Frieder Birzele u. a. SPD – Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften – Drucksache 13/644	1136
Abg. Renate Rastätter GRÜNE	1115	Abg. Birzele SPD	1136, 1141
Abg. Wacker CDU	1117	Abg. Dr. Klunzinger CDU	1137, 1141
Abg. Bayer SPD	1118	Abg. Pfister FDP/DVP	1138
Abg. Kleinmann FDP/DVP	1120	Abg. Theresia Bauer GRÜNE	1138
Staatssekretär Rau	1121, 1124	Abg. Carla Bregenzer SPD	1139
Abg. Kretschmann GRÜNE	1123	Minister Dr. Frankenbergh	1139
Beschluss	1124	Beschluss	1141

5. Aktuelle Debatte – Kostenexplosion bei der geplanten neuen Messe – beantragt von der Fraktion GRÜNE	1142	Abg. Hofer FDP/DVP	1145
Abg. Kretschmann GRÜNE	1142, 1149	Staatssekretär Dr. Mehrländer	1147, 1156
Abg. Dr. Birk CDU	1143, 1150	Abg. Dr. Noll FDP/DVP	1153
Abg. Schmiedel SPD	1144, 1151	Abg. Schmid SPD (persönliche Erklärung)	1157
		Nächste Sitzung	1157

Protokoll

über die 20. Sitzung vom 6. Februar 2002

Beginn: 9:33 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 20. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Krank gemeldet ist heute Herr Abg. Dr. Glück.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt auf Ihren Tischen. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen dem Überweisungsvorschlag zu.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Innenministeriums vom 28. Januar 2002 – Bericht über die Entwicklung der Größe der Landtagswahlkreise in Baden-Württemberg – Drucksache 13/694

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

2. Mitteilung der Landesregierung vom 29. Januar 2002 – 13. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten – Drucksache 13/710

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 (Staatshaushaltsgesetz 2002/03 – StHG 2002/03) – Drucksachen 13/700, 13/701

Für die Dritte Beratung des Staatshaushaltsgesetzes 2002/03 hat das Präsidium eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Dr. Scheffold das Wort.

Abg. Dr. Scheffold CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute beraten wir in dritter Lesung den Haushalt für die kommenden beiden Jahre abschließend und entscheiden über diesen Haushalt. Mein erstes Wort gilt dem Herrn Finanzminister und seinen Mit-

arbeiterinnen und Mitarbeitern im Finanzministerium, ein Wort des Dankes. Sie haben für diesen Haushalt einen abgerundeten Entwurf in den Landtag eingebracht; wir sind Ihnen dafür dankbar. Sie haben bereits in diesem Ursprungsentwurf Schwerpunkte gesetzt. Er zeigt Sparwillen, er zeigt Investitionsbereitschaft, und gemeinsam mit unserem Koalitionspartner, der FDP/DVP, der ich an dieser Stelle auch für eine faire und sachorientierte Zusammenarbeit danke, haben wir die zwangsläufigen Änderungen und politischen Neubewertungen in diesen Haushaltsentwurf eingefügt.

Ich sage dies für unsere Fraktion mit großer Überzeugung. Wir sehen unser Land durch diesen Haushalt für die Zukunft gerüstet, und wir glauben, dass dieser Haushalt Zeugnis davon ablegt, dass Baden-Württemberg mit Zuversicht in die kommenden Jahre gehen kann. Baden-Württemberg ist für die Zukunft gerüstet. Unser Land erhält eine gute Perspektive. Baden-Württemberg knüpft nahtlos an eine erfolgreiche Vergangenheit an. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes erhalten mit diesem Haushalt alle Chancen für eine gute Zukunft.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir feiern in diesem Jahr das 50-jährige Bestehen von Baden-Württemberg. Wir blicken zurück auf erfolgreiche Jahre. Mit Fug und Recht können wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, sagen: Baden-Württemberg steht an der Spitze der wirtschaftlich stärksten und erfolgreichsten Bundesländer.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Das ist nicht selbstverständlich, meine sehr verehrten Damen und Herren. Unsere Geographie und unser Umfeld erlegen uns in vielfältiger Weise auch Schwierigkeiten auf. Wenn ich daran denke, welche Mittel wir benötigen, um in diesem Land eine gute Infrastruktur zu finanzieren, wenn ich an den Straßenbau denke, wo wir Tunnels brauchen, wo wir mit Berg- und Talstrecken rechnen müssen, wo andere in der Fläche arbeiten können, dann ist es, meine sehr verehrten Damen und Herren, bei diesen äußeren Gegebenheiten ein besonders bemerkenswertes Zeichen, dass wir an der Spitze liegen. Baden-Württemberg hat erfolgreiche 50 Jahre hinter sich, und, meine sehr verehrten Damen und Herren, es hat diesem Land offensichtlich gut getan, dass wir 49 Jahre von der CDU regiert wurden und 49 Jahre lang einen CDU-Ministerpräsidenten hatten.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe von der SPD)

(Dr. Scheffold)

Wir beraten diesen Haushalt in schwieriger Zeit. In den USA herrscht Rezession, in Japan herrscht schon seit vielen Jahren Rezession, und auch in Europa liegen wir an der Grenze zu einer Rezession, jedenfalls stagniert unser Wirtschaftswachstum. Das Umfeld für den Haushalt, die wirtschaftliche Entwicklung, der Arbeitsmarkt, die Steuereinnahmen gestalten sich äußerst schwierig. Deutschland kann davon nicht unberührt bleiben, auch Baden-Württemberg nicht.

Aber unser Hauptproblem besteht darin, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir nicht nur mitbetroffen sind, sondern dass wir Hauptpatient, Hauptbetroffener dieser Entwicklung sind. Ich war am vergangenen Sonntag in der Schleyer-Halle beim Leichtathletik-Meeting.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Drexler SPD:
Schön für Sie! Das ist gut, dass wir das jetzt erfahren haben!)

Langstreckenlauf: Gewonnen hat ein Portugiese. Das hat uns gefreut. Das war ein schönes Rennen. Im Langstreckenlauf ist es schon lange üblich, dass wir hinterherlaufen. Aber neu, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist, dass wir in der wirtschaftspolitischen Entwicklung mittlerweile in Europa Schlusslicht Nummer 1 sind und die rote Laterne hinter Portugal haben. Das ist das Neue.

(Abg. Drexler SPD: Seit 1994 ist das der Fall! Reden Sie doch keinen Stuss!)

Bei der wirtschaftlichen Entwicklung haben wir in der Vergangenheit 3 % Wachstum gehabt. Jetzt haben wir allenfalls noch 0,5 % Wachstum.

(Abg. Drexler SPD: Und Baden-Württemberg läuft jetzt auch hinterher, oder was? – Abg. Schmiedel SPD: Das war ein Rohrkrepieler, mein Lieber!)

Das hat natürlich Auswirkungen auf unsere Steuereinnahmen. Wir haben jetzt 30,2 Milliarden €. Das sind 1,92 Milliarden € unter dem Niveau des Vorjahres. Wir liegen 585 Millionen € unter dem Sollansatz für 2001. Dafür ist vor allem, meine sehr verehrten Damen und Herren, die von Ihren Parteifreunden geführte Bundesregierung verantwortlich.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt schon wieder?)

Aber das Entscheidende ist – das sehe ich als das Positive unseres Haushalts –: Wir haben das nicht einfach hingenommen, sondern wir haben das getan, was in unseren Möglichkeiten liegt und was wir tun können. Wir haben investiert, und wir investieren auch mit diesem Haushalt in die Hochschulen, in die Landesmesse, in Stuttgart 21, in die innere Sicherheit. Wir setzen das Zukunftsprogramm um, wir setzen die Mittel der Landesstiftung ein. Der Haushalt 2002/03 ist erneut neben einem Sparhaushalt auch ein Investitionshaushalt.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dabei ist klar: Wer die Neuverschuldung ernsthaft, wie wir dies tun, zurückführen will, der muss kürzen und das eine oder andere

deckeln. Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, haben verkündet, Sie wollten mehr Lehrer,

(Abg. Drexler SPD: Wer hat das gesagt: „mehr Lehrer“?)

Sie wollten mehr Polizei- und mehr Steuerbeamte, Sie wollten mehr Mittel für die Kinderbetreuung und für den ÖPNV, und gleichzeitig behaupten Sie, Sie wollten die Schulden zurückführen. Damit handeln Sie ungläubwürdig und verdienen nicht das Vertrauen der Menschen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Blenke CDU: Unredlich ist das!)

Der Kollege Moser hat in einer Presseerklärung im Zusammenhang mit den Finanzausschussberatungen gesagt, nach seiner Ansicht gefährde dieser Haushalt das Neuverschuldungsziel für 2006 erheblich. Ich frage mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie die SPD zu dieser Aussage kommen kann, nachdem wir in den Haushaltsjahren 2002/03 Einsparungen in der Größenordnung von 1,5 Milliarden DM vornehmen.

Ich nehme mir auch einmal das Haushaltskonzept der SPD vor und betrachte, wie Sie Ihre Deckungen zustande bringen. Da ist zunächst der Forderungsverkauf bei den Wohnungsbaudarlehen.

(Zuruf von der CDU: Luftnummern sind das!)

Ich lasse die Frage, ob das rechtlich überhaupt zulässig ist, einmal ganz unberücksichtigt.

(Abg. Drexler SPD: Das ist rechtlich zulässig! – Gegenruf von der CDU: Aber es ist dämlich! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD – Unruhe)

– Ich habe doch gerade gesagt, ich ließe es jetzt einmal offen. Zu Ihren Gunsten nehme ich an, dass es rechtlich zulässig ist. Zu Ihren Gunsten – ich bin ein freundlicher Mensch – nehme ich auch an, dass Sie das nachgeprüft haben. Was Sie aber jetzt verkaufen, meine sehr verehrten Damen und Herren, können Sie in der Zukunft nicht mehr einnehmen.

(Abg. Drexler SPD: Das ist logisch!)

Sie wissen ganz genau, dass bei den Wohnungsbaudarlehen ein entscheidender Posten ist, dass Rückflüsse vorhanden sind. Sie brauchen diese Rückflüsse, um Wohnungsbaudarlehen auch in der Zukunft in dieser Weise vergeben zu können.

(Abg. Drexler SPD: Sie müssen jetzt Wohnungsbau machen, nicht in zehn Jahren! Die Bauwirtschaft liegt am Boden!)

Was Sie jetzt für Programme von heute ausgeben, können Sie morgen nicht mehr vergeben, meine Damen und Herren. Dann müssten Sie den Leuten auch sagen: Wir können euch morgen keine solchen Darlehen mehr zur Verfügung stellen.

(Abg. Drexler SPD: Das hat doch damit gar nichts zu tun!)

(Dr. Scheffold)

Das ist die eine Luftnummer, die in Ihrem Haushaltskonzept steckt.

Luftnummer Nr. 2: Bankverkauf. 14 % der Anteile an der LBBW wollen Sie verkaufen.

(Lachen der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

– Frau Kollegin Dederer freut sich schon. Sie ist dagegen.

(Abg. Drexler SPD: Wer?)

– Frau Kollegin Dederer.

(Abg. Drexler SPD: Das kann ja sein! Na und? Die ist doch nicht Mitglied der SPD-Fraktion! – Weitere Zurufe)

– Ich sage es ja nur. Frau Kollegin Dederer freut sich schon. – Sie nehmen 78 Millionen €, um in Zukunft Programmwürfe zu finanzieren. Das liegt vollkommen in der Tradition Ihrer Partei: Bei den Beratungen zum Doppelhaushalt 1998/99 wollten Sie den Flughafen Stuttgart und die EnBW verkaufen.

(Abg. Drexler SPD: Die Schuldentilgung wollten wir zurücknehmen! Sie reden ja einen Stuss!)

Im Doppelhaushalt 2000/01 waren es die EnBW, die GVS, die BW-Bank und die Sächsische Aufbaubank. Jetzt wollen Sie 14 % bei der LBBW verkaufen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben mit Zinseinsparungen von 78 Millionen € gerechnet. Nun haben wir zunächst einmal auch ein Gutachten einer seriösen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft vorliegen. Sie sagen: Die LBBW hat einen Gesamtwert von 12 bis 13 Milliarden €; 14 % davon sind 1,75 Milliarden €. Das Gutachten kommt leider zu dem Ergebnis, es seien nur 7,49 Milliarden €; 14 % davon sind 1,05 Milliarden €. Schon daran zeigt sich, dass Ihre Haushaltsrechnung alles andere als seriös ist.

(Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Zweiter Punkt: Würden Sie die Zinseinsparungen, wie die Grünen es vorschlagen, dafür verwenden, auch in der Zukunft Schulden zurückzuzahlen – das machen sie nicht, Herr Kollege Schmid; Sie wollen das Geld ausgeben –, dann wäre das eine seriöse Sache.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Aber so, wie Sie es machen – Sie verwenden die Zinseinsparungen für eine Dauerfinanzierung auch in der Zukunft –, ist es alles andere als seriös. Es ist eine zweite Luftnummer.

(Abg. Schmid SPD: Zinseinsparungen sind auch dauerhaft!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer will überhaupt 14 % kaufen? Was soll man denn mit 14 % Anteil an einem Unternehmen anfangen? Damit hat man keine strategische Mehrheit;

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

man kann keine strategischen Ziele damit verfolgen. Es wird sich gar niemand dafür interessieren, 14 % zu kaufen.

Nun das Entscheidende, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wer die Landesbankfusion mitgemacht hat, wer gesehen hat, wie wir über Jahre hinweg versucht haben, die Landesbank als einen strategischen Bankplatz in Deutschland und Europa zu erhalten und auszubauen, der kann doch nicht heute hergehen und sagen: „Das Instrument, mit dem wir das Ziel verfolgt haben, den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und den Mittelstand zu unterstützen, verkaufen wir jetzt bei der erstbesten Gelegenheit, damit wir unseren Haushalt finanzieren können.“ Das ist keine seriöse Sache; das ist eine Luftnummer.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Wir wollen den Schuldenabbau!)

Dritter Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren: Schuldendiensthilfe Flughafen. Nichts Neues! Die wollten Sie ja immer schon verkaufen. 25,5 Millionen € für den Haushalt.

Nebenbei gesagt: Diese Schuldendiensthilfe ist eine Verpflichtung, die wir 1993 eingegangen sind, die mit ganz konkreten Zahlungen verknüpft ist und die bis zum Jahr 2002 läuft. Die ursprünglich eingegangene Verpflichtung betrug 1,7 Milliarden DM; jetzt sind es insgesamt nur 0,6 Milliarden DM geworden. Wir haben also eine Einsparung in der Größenordnung von 1,1 Milliarden DM, die wir bei dieser Verpflichtung gar nicht in Anspruch genommen haben. Aber das will ich einmal dahingestellt sein lassen.

Letztmals wird diese Schuldendiensthilfe jetzt im Jahr 2002 bezahlt. Dann soll sie auf die Messefinanzierung umgeklappt werden. Die SPD sagt: „Die Messe wollen wir auch.“ Vielleicht wollen Sie nicht nur die Messe in Stuttgart, sondern Sie wollen auch Regionalmessen. Aber Sie wollen die Messe finanziert haben; Sie wollen dieses Geld auch ausgeben.

(Abg. Schmiedel SPD: Ja! – Abg. Fischer SPD: Das wissen Sie doch!)

Dann sagen Sie: „Das Geld nehmen wir, um unser Programm durchzuziehen.“ Sie wollen eine einmalige Ausgabe kürzen, um eine Dauerfinanzierung im Haushalt möglich zu machen. Das ist eine Luftnummer, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Schmid SPD: Blödsinn! – Abg. Carla Brengener SPD: Sie reden nur Stuss!)

Vierter Punkt: Bewirtschaftungskosten. Insgesamt 39,9 Millionen € haben Sie bei den Bewirtschaftungskosten herausgerechnet.

(Abg. Schmiedel SPD: Seriös!)

Sie haben Miet- und Pachteinnahmen hochgerechnet, Sie haben die Energiebewirtschaftung hochgerechnet, Sie haben die Bewirtschaftung der Grundstücke hochgerechnet – alles schon äußerst knapp kalkulierte Posten in unserem Haushalt.

(Zuruf des Abg. Schmid SPD)

(Dr. Scheffold)

Eine vierte Luftnummer, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das haben wir im Finanzausschuss aber anders diskutiert!)

Und dann der fünfte Punkt: Imagekampagne. 15 Millionen €. Das ist möglich, politisch durchsetzbar. Natürlich können Sie die Imagekampagne absetzen. Aber diese Imagekampagne ist doch erfolgreich, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Blenke CDU: So ist es! – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Die Imagekampagne ist mehrfach ausgezeichnet worden. Das ist keine Luftnummer, meine sehr verehrten Damen und Herren; es ist eine Lachnummer, die Imagekampagne im Haushalt zu streichen.

(Abg. Schmid SPD: Jawohl, die Imagekampagne ist eine Lachnummer, Herr Scheffold!)

Die Grünen sind, gemessen an dem Konzept, das die SPD vorgelegt hat, finanzpolitisch geradezu solide.

(Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Die SPD hat ihr gesamtes Konzept so aufgebaut, dass es auf Dauer nicht finanzierbar ist. Die Grünen sagen: „Wir wollen den Straßenbau kürzen.“ Das kann man wollen, Frau Kollegin Dederer. Wir wollen das nicht; das ist klar.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Wir anerkennen, dass Sie sich bemühen, einen Haushalt finanzpolitisch so zusammenzuzimmern, dass er solide ist. Trotzdem möchte ich Ihnen an dieser Stelle sagen: Wer die Planungsmittel beim Straßenbau so kürzt, dass die laufenden Maßnahmen zum Erhalt der Straßen gar nicht mehr durchgeführt werden können, der handelt im Grunde auch nicht verantwortlich. Auch das muss an dieser Stelle gesagt werden.

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Ein zweiter Punkt zum Konzept der Grünen: Sie haben die Verwaltungsreform und die Schulreform angemahnt. Sie haben gesagt: Wir müssen die Verwaltungsreform und die Schulreform durchführen. Sie wollen die Oberschulämter vermutlich abschaffen

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Sehr richtig!)

und die Zahl der Schulämter reduzieren.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Wasserkopf!)

Jetzt schauen Sie sich einfach einmal an, wie es im Bereich des Bildungshaushalts aussieht. Wir haben an den Schulen insgesamt über 100 000 Stellen, ca. 102 000 Stellen. Davon entfallen auf die Oberschulämter 670 Stellen und auf die Schulämter noch einmal ungefähr 600 bis 700 Stellen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber welchen Schaden richten die an?)

Wenn Sie jetzt sagen: „Wir wollen durch die Schulreform große Einsparungen erzielen“, dann müssen Sie uns sagen, wie Sie das bei diesen Zahlen überhaupt bewerkstelligen wollen. Arbeit gibt es an den Schulämtern und Oberschulämtern, und diese Arbeit muss bewältigt werden. Selbst wenn Sie ein, zwei oder drei Stellen in diesem Bereich sparen können, können Sie damit noch lange keinen Haushalt in der Größenordnung des Landes Baden-Württemberg finanzieren.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sagen Sie mal etwas zur Verwaltungsreform!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit der vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung machen wir deutlich: Uns ist es ernst mit einer seriösen Finanzpolitik. Wir wollen nicht das Kapital unserer Kinder und Enkel heute ausgeben. Wir wollen Baden-Württemberg mit an der Spitze der Länder halten, die Aussicht haben, in einigen Jahren keine neue Schulden mehr zu machen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Baden-Württemberg ist ein finanzstarkes Land, und es wird mit uns auch ein finanzstarkes Land bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben die mittelfristige Finanzplanung so ausgerichtet, dass sie in der Tendenz über die Jahre hinweg nach unten geht: 1 017,5 Millionen € 2002, 884,5 Millionen € 2003, und in den Jahren 2004 und 2005 eine Spreizung: 650 bis 350 Millionen € 2004 und 600 bis 300 Millionen € 2005. Das zeigt ganz klar: Die Linie geht nach unten. Wir haben das Ziel der Nullnettoneuverschuldung fest im Auge.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Haushalt ist ein Haushalt, der Schwerpunkte setzt. Wir setzen Schwerpunkte in der Bildungspolitik. Wir setzen Schwerpunkte bei der inneren Sicherheit. Wir setzen Schwerpunkte bei der Infrastruktur und beim Straßenbau. Wir setzen Schwerpunkte bei der Messe. Wir setzen in vielfältigen Bereichen Schwerpunkte. Wer in diesem Zusammenhang von einem „Haushalt der verpassten Chancen“ spricht, Herr Kollege Drexler, der handelt fahrlässig, oder er weiß jedenfalls nicht, wovon er redet.

(Abg. Reichardt CDU: Unverantwortlich!)

Im Übrigen, Herr Kollege Drexler, ist die Formulierung „Haushalt der verpassten Chancen“ nicht so neu. Sie sind zwar ein neuer Kopf an der Spitze der SPD-Fraktion,

(Zuruf des Abg. Reichardt CDU)

aber das Zitat ist alt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Stimmt aber immer noch!)

Es ist Ihr Kollege Puchta gewesen, der schon beim Doppelhaushalt 2000/2001 vom „Haushalt der verpassten Chancen“ gesprochen hat.

(Dr. Scheffold)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: A wa! Das ist ja rückwärts gewandt! – Abg. Reichardt CDU: Alte Kamellen! Ein dünner Aufguss! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Warum soll das falsch sein? – Unruhe)

Man darf also sagen: Sie haben neue Köpfe, aber neue Ideen scheint es bei Ihnen nicht zu geben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Bei Ihnen auch nicht!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, alles in allem legen wir einen Haushalt vor, der den Herausforderungen unserer Zeit ideal gerecht wird. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen der CDU und der FDP/DVP bewähren sich in schwieriger Zeit.

(Abg. Capezzuto SPD: Bei was?)

Bei sinkenden Steuereinnahmen senken wir die Neuverschuldung, und wir setzen Schwerpunkte im investiven Bereich für unser Land und für unsere Bürger. Dieser Haushalt hält Baden-Württemberg vorn.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Dieser Haushalt gibt unseren Bürgerinnen und Bürgern alle Chancen für die Zukunft.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Dieser Haushalt gibt diesem Land und seinen Menschen eine gute Zukunftsperspektive. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die besten Jahre von Baden-Württemberg liegen erst noch vor uns.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Capezzuto SPD: Und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Oettinger CDU: Was ist mit dem Moser los? Darf der Moser nicht? – Unruhe)

Abg. Drexler SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der zweiten Lesung des Haushaltsentwurfs in der vergangenen Woche gab es Anlass, den vorliegenden Haushaltsentwurf anders zu betrachten und zu bewerten: Einen Tag später, am 31. Januar, haben wir eine dramatisch klingende Prognose des Statistischen Landesamts gelesen:

(Abg. Reichardt CDU: Falsch gelesen! – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Das hättet ihr gern!)

Schlusslicht in der wirtschaftlichen Entwicklung, die geringste Wachstumsquote aller Bundesländer, die rote Laterne für das Land Baden-Württemberg. Herr Ministerpräsident, Sie haben einen Tag vorher hier der Bundesregierung die rote Laterne angehängt.

(Ministerpräsident Teufel: So ist es!)

Sie haben sie damals schon gehabt. Sie haben die Zahlen wahrscheinlich gewusst und haben hier vor dem Parlament alles schön geredet. Das ist Ihre Politik.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU – Abg. Reichardt CDU: Sie haben die Zahlen ja gar nicht verstanden!)

Es ist nichts mit „an der Spitze aller Bundesländer im Wachstum“, überhaupt nichts.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Herr Kollege Drexler, freuen Sie sich darüber?)

Jetzt wollen wir hier doch einmal die Zahlen des Statistischen Landesamts bekannt geben:

(Abg. Oettinger CDU: Was für eine Freude! – Zuruf des Ministerpräsidenten Teufel)

Wirtschaftswachstum im vierten Quartal 2001: minus 1 %. Es ist erstmals im Minus seit der Rezession 1993. Das ist keine Prognose, sondern das ist eine Zahl, Herr Wirtschaftsminister.

Dann kommt eine Prognose: Wirtschaftswachstum im Zeitraum Januar bis März 2002: minus 3 %.

(Minister Dr. Döring: Was war das für eine Prognose?)

Dann der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe: minus 10 % gegenüber dem Vorjahr. Dann kommt eine Prognose zum ersten Quartal 2002: Baden-Württemberg deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, zumindest unter den westlichen Bundesländern Schlusslicht.

(Zurufe der Abg. Hofer FDP/DVP, Bebbler SPD und Dr. Reinhart CDU)

Und was macht die Landesregierung, anstatt die Zahlen zur Kenntnis zu nehmen? Sie gibt eine Pressekonferenz, und der Wirtschaftsminister macht eine Blitzumfrage, um deutlich zu machen, dass das, was das Statistische Landesamt hier erzählt, nicht stimmt. Und Herr Stratthaus erzählt der verblüfften Presse Folgendes: Zukünftig könne das Statistische Landesamt weiterhin Zahlen bekannt geben, aber sie müssten zukünftig in den richtigen Kontext gestellt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Da hat er Recht! – Heiterkeit bei der SPD – Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Da warte ich einmal ab, wie Sie das machen wollen.

Unser Fazit ist: Es ist keine Rezession. Es ist auch keine Besorgnis erregende Entwicklung,

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Zahlen allein sind nackt!)

sondern es ist eine sowohl konjunkturell als auch strukturell bedingte Schwächeperiode unserer Wirtschaft.

Wir überbewerten die Zahlen auch nicht, und wir wollen sie keinesfalls missbrauchen. Denn, Herr Ministerpräsi-

(Drexler)

dent, wir sollten eigentlich Schluss machen mit dem Muster, das Sie vorgegeben haben: Für das Gute sind Sie verantwortlich; wenn Sie an der Regierung sind, gibt es Wachstum; für das Schlechte ist die rot-grüne Bundesregierung in Berlin zuständig. Alles Schlechte kommt von dort, alles Gute kommt von uns – damit sollten wir aufhören. Das ist im Übrigen auch nicht die Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger.

(Zurufe von der CDU: Doch!)

– Nein, das ist nicht die Wahrnehmung.

Ich beziehe mich auf die offizielle Regierungspressekonferenz von Herrn Döring. Ich gebe dem Wirtschaftsminister dreimal Recht – obwohl ich heute gelesen habe, dass er seine Hochzeitsnacht gar nicht in Konstanz verbringen kann.

(Unruhe bei der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Dir fällt auch nichts anderes mehr ein! Dir fällt nur noch Schrott ein! – Abg. Reichardt CDU: Verleumder! – Abg. Hauk CDU: Niveaulos!)

Zum Ersten gebe ich ihm Recht, wenn er sagt: keine Schuldzuweisung zwischen Bund und Land machen, sondern einen nüchternen Blick auf die Fakten vornehmen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Unglaublich! Nur noch Schrott fällt dir ein! – Abg. Reichardt CDU: Kleinstes Karo!)

– Lesen Sie doch die „Bild“-Zeitung.

(Abg. Reichardt CDU: Drexler zweite Wahl! – Abg. Mack CDU: Setzen, sechs!)

Keine Schuldzuweisung zwischen Bund und Land, sondern nüchtern die Fakten betrachten. Da gebe ich Herrn Döring Recht. Wir haben keine Schuldzuweisung vorgenommen, und wir werden auch keine Schuldzuweisung vornehmen. Deswegen verzichten wir auch auf die selbstgerechte Aufzählung des Ministerpräsidenten vom vergangenen Mittwoch unter umgekehrten Vorzeichen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das verstehe ich, dass Sie da verzichten wollen! Da müssten Sie mit dem Finger auf sich deuten!)

Wir stellen fest: Es gibt eine konjunkturelle Schwächephase – der Kollege Scheffold hat es vorhin richtig gesagt –: Nullwachstum in den USA, Rezession in Japan und in Europa. Wenn man so wie Baden-Württemberg exportorientiert ist, dann trifft es einen als Ersten. Es geht steil runter; wir gehen aber davon aus, dass es auch schnell wieder hochgeht.

Zweitens gibt es strukturelle Gründe. Wir haben sehr stark produzierendes Gewerbe – darüber sind wir froh –, aber im Dienstleistungsbereich sind wir relativ nicht so stark. Da müssen wir etwas tun, und wir werden nachher auch gleich einen Vorschlag machen.

Im Übrigen sind wir der Meinung, dass der Haushalt diesem Ziel nicht Rechnung trägt. Da hat der Wirtschaftsminister wiederum Recht, der gesagt hat, die Bauwirtschaft

liege am Boden, man werde sich zusammensetzen und schauen, was man hier noch tun könne.

(Zuruf von der SPD: Zu spät!)

Da hat er Recht: Man werde schauen, was man noch tun könne.

Deswegen werden wir nachher einen Antrag einbringen, Forderungen aus Wohnungsbaudarlehen in Höhe von 125 Millionen € zu verkaufen und die Einnahmen in den Wohnungsbau zu stecken.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es stimmt, was uns immer erzählt wird, dass jede eingesetzte Mark das Achtfache bewirkt, dann ist das ein Milliardenprogramm für die Bauwirtschaft in Baden-Württemberg. Das können wir nachher machen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Da kannst du gleich Schulden machen!)

– Wir machen da keine Schulden.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das sind doch Schulden!)

Zweitens wollen wir den Regionalmessen eine Entwicklungschance für die Zukunft geben. Deswegen sagen wir: Wir brauchen das Geld für die Zentralmesse nicht. Wir nehmen die 100 Millionen € und stecken sie in acht, neun weitere Regionalmessen, die im Grunde genommen eine Zukunftsperspektive brauchen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Woher wissen Sie denn, dass das Geld kommt? Das ist doch unseriös!)

Diesen Antrag werden wir nachher zur Abstimmung stellen.

(Abg. Reichardt CDU: Sind keine Anträge da! – Abg. Hofer FDP/DVP: Woher wisst ihr, dass die Messe so erfolgreich ist?)

– Natürlich, klar. Die Regionalmessen brauchen das Geld, Herr Kollege, und deswegen wollen wir es ihnen auch geben.

Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Politik, die sich darauf beschränkt, alle paar Tage einander wechselseitig die rote Laterne anzuhängen, bewirkt überhaupt nichts außer Verdruss und Zweifel an der Fähigkeit, die Probleme zu lösen. Deswegen wird nachher unser Kollege Moser, der Finanzausschussvorsitzende, unsere Anträge und die ihnen zugrunde liegende Finanz- und Wirtschaftspolitik erläutern.

Zum Abschluss das dritte Zitat des Herrn Wirtschaftsministers, bei dem ich ihm ebenfalls ausdrücklich Recht gebe. Er sagte am Dienstag:

Meine Aufgabe ist auch immer wieder, Magerquark als erste Sahne zu verkaufen.

Da geben wir ihm auch Recht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Blenke CDU: Der macht wenigstens was draus! Bei euch wäre es nur Schimmelkäse!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was wir eben erlebt haben, Herr Drexler, war fast auf dem Niveau der „Bild“-Zeitung.

(Abg. Schmiedel SPD: Was haben Sie gegen die „Bild“-Zeitung?)

Es geht ja schließlich um Arbeitsplätze, es geht um die Wirtschaftspolitik des Landes.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man so draufhaut, erreicht man überhaupt nichts, was in eine positive Richtung zielt.

(Abg. Drexler SPD: Was?)

Das wissen Sie genau. Deshalb fand ich diese Rede völlig neben der Kapp. Aber ich freue mich auf die Rede des Kollegen Moser, der nachher sicherlich auf den Haushalt eingehen wird – denn der steht heute schließlich zur Debatte.

Meine Damen und Herren, was bleibt nach acht Wochen Haushaltsberatungen im Landtag und im Finanzausschuss festzuhalten? Ich will mein Fazit in zwölf Punkten zusammenfassen.

Erstens: Das strukturelle Defizit des Haushalts ist nach wie vor deutlich zu hoch. Das gebe ich gern zu.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Es liegt weit über der veranschlagten Nettokreditneuaufnahme. Denn zur Deckung des Haushalts tragen in diesem Jahr überwiegend auch die Überschüsse aus den Vorjahren bei. Erreichen wir entsprechende Überschüsse im laufenden und im kommenden Haushaltsjahr nicht, wird es umso schwieriger, künftige Haushalte auszugleichen und damit die Nettokreditneuaufnahme zu verringern. Wir sind also keineswegs über den Berg – darüber sind wir uns hier im Haus über alle Fraktionsgrenzen hinweg wohl einig –, sondern stehen noch vor ganz erheblichen Schwierigkeiten. Wir wissen das, und die mittelfristige Finanzplanung weist dies auch ganz deutlich aus.

Zweitens: Die Opposition hat die Haushaltspolitik der Regierung heftig kritisiert. Aber es war, wie ich meine, meine Damen und Herren von der Opposition, eine Kritik ohne Substanz. Denn es gab bei der Opposition keinerlei Ansatzpunkte, das strukturelle Defizit, von dem ich eben gesprochen habe und worüber wir uns ja auch einig sind, über das von der Koalition vorgesehene Maß hinaus zu senken.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sie gehen doch auf unsere Vorschläge zur Verwaltungsreform gar nicht ein!)

– Ich gehe noch auf Sie ein, Frau Dederer. – Tun Sie in Ihren Reden draußen also bitte nicht so, also wollten Sie etwas umsetzen, was Sie drinnen nicht im Geringsten versuchen.

Drittens: Sie haben sich kaum etwas Zukunftweisendes einfallen lassen, um Ihre zusätzlichen Ausgabenwünsche

zu decken. Die SPD baut mit der begehrten Veräußerung von Landesanteilen an der LBBW ein wunderbares Luftschlösschen. Denn die Ausgaben haben, wenn man das Haushaltsjahr 2002 nimmt, bereits am 1. Januar begonnen. Wann soll der Erlös aus der Veräußerung der Anteile an der LBBW einmal kommen?

(Zurufe von der SPD)

Aber auch Sie, Herr Schmid, müssen doch wissen, wie auch immer man sonst über Veräußerungen denkt – – Darüber können wir diskutieren. Das ist jetzt nicht mein Thema.

(Zurufe von der SPD)

Aber Sie wollen jetzt Ausgaben einstellen, obwohl Sie die Einnahmen zur Deckung nicht haben. Das ist eine reine Luftnummer, sonst gar nichts.

(Zurufe von der SPD)

Sie können in diesem Jahr die von Ihnen gewünschten Erlöse nicht zur Ausgabendeckung heranziehen.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Die Grünen wiederum, Frau Dederer, decken Ausgaben im Wesentlichen über Streichungen und Kürzungen im Bereich des Straßenverkehrs. Das könnte man tun.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Planungsrechnungen!)

Das ist realistisch. Aber Kollege Scheffold hat schon darauf hingewiesen: Wir halten dies politisch für falsch, wir wollen das nicht. Wir sagen auch, nachdem der Hochbau und der Tiefbau am Boden liegen – das wissen Sie so gut wie ich –: Es ist konjunkturell das richtige Zeichen, hier nicht zu streichen. Ja, man hätte umgekehrt sogar noch Mittel drauflegen müssen.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Viertens: Bei der Beurteilung der Deckungsvorschläge der jeweils anderen Oppositionsfraktion standen SPD und Grüne streng an der Seite der Koalitionsfraktionen. Die SPD lehnte mit der Koalition den Streichungsvorschlag der Grünen zum Straßenbau ab, während die Grünen, wie die Koalition, die unseriöse Luftnummer der SPD hinsichtlich der Veräußerung von Anteilen an der LBBW ablehnten.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Ich bedanke mich ausdrücklich dafür, dass Sie uns so tatkräftig unterstützt haben.

Fünftens: Auch Ihre Ausgabenwünsche sind nicht kreativ, sondern eher langweilig. Sie folgen durchgängig dem Motto: Darf es vom Kuchen noch ein bisschen mehr sein? Genau dieses Motto hat im Zusammenhang mit einer Haushalts- und Finanzpolitik, die sich dem Gebot der Haushaltskonsolidierung verschrieben hat, überhaupt nichts zu suchen. Weil das so ist, dürfen Sie sich auch nicht wundern, dass Sie im Finanzausschuss mit Ihren Anträgen – Sie haben ja darüber geklagt – keinen Erfolg hatten.

(Kleinmann)

Ich will dies – sechstens – am Beispiel der Familienpolitik belegen. Wir haben, Kollege Scheffold, einen besonderen Schwerpunkt im Bereich der Familienpolitik gelegt.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Vor allem beim Programm „Mutter und Kind“!)

Die Familie ist die grundlegende Institution unserer Gesellschaft. Wir müssen die Familien stärken und unterstützen, damit sie auch unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen ihre Funktion erfüllen können.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wer dies sagt, darf sich in der Familienpolitik nicht auf den Erfolgen der Vergangenheit ausruhen, sondern muss daran gehen, noch bestehende Defizite – wir haben solche – aufzuarbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Was haben Sie denn in der Vergangenheit für Erfolge gehabt?)

Deswegen sind wir dabei, Hand in Hand mit den Kommunen, deren originäre Aufgabe dies ist, die Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

bedarfsgerecht auszubauen – hören Sie doch zu –, eben nicht nur für Kinder im Kindergartenalter, sondern auch für Kinder unter drei Jahren und über sechs Jahre.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Frau Lösch, dass man noch mehr tun kann, bezweifelt in diesem Haus niemand. Wir könnten noch vieles tun.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Wir könnten das alles auch finanzieren und die Nettokreditneuaufnahme erhöhen. Bloß passt das dann nicht dazu, dass Sie selber sagen, wir sollten eine Haushaltskonsolidierung vornehmen und wegen der Zukunft unserer künftigen Generationen die Schulden herunterfahren. Das ist die Quadratur des Kreises; das passt nicht!

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Wir vollziehen einen Einstieg in die Förderung von Kinderkrippen und Tagespflegeverhältnissen. Diese Tatsache dürfen Sie von der Opposition sich jetzt ruhig einmal auf der Zunge zergehen lassen. Wer noch weiß, wie stark dieses Thema – genau dieses Thema – in der Vergangenheit ideologisch besetzt war, wird diesen Schritt nicht kleinreden dürfen. Wir vollziehen eine Weichenstellung, die von großer Bedeutung ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ähnliches gilt – siebtens – für die Bildungspolitik. Sie genießt unter allen Bereichen der –

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Was ist so genial, dass wir uns das auf der Zunge zergehen lassen sollen?)

– Liegt es bei Ihnen noch auf der Zunge? Dann lassen Sie es doch ein wenig liegen; das kann nicht schaden, Herr Kollege Kretschmann.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Mir ist ein Stück Schokolade auf der Zunge lieber als so ein Geschwätz!)

– Sie sind doch lange genug im Parlament, um zu wissen, wie sehr wir über diese Frage diskutiert und darum gerungen haben, wie sehr dies immer mit dem Thema belegt worden ist: Die Mutter hat zu Hause zu bleiben, denn das ist ihre erste Aufgabe.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Jetzt haben wir einen Einstieg geschaffen, und jetzt sagen Sie, das könne man immer noch nicht auf der Zunge zergehen lassen. Dann lassen Sie es halt liegen. Lutschen Sie noch eine Weile darauf herum, Herr Kollege Kretschmann.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Bildungspolitik genießt unter allen Bereichen der Landespolitik eine, ja, wie ich sagen möchte, Herr Kollege Scheffold, die herausragende Priorität schlechthin. Mit insgesamt 1 040 zusätzlichen Stellen haben wir die Unterrichtsversorgung im laufenden Schuljahr gesichert. Mit dem Doppelhaushalt wird dieser Kurs weitergeführt. 2002 kommen 1 790 Lehrerstellen neu hinzu, und im Jahr 2003 weitere 1 230. Was wir vor der Landtagswahl angekündigt haben, wird jetzt kontinuierlich, bedarfsgerecht und verlässlich umgesetzt; es wird umgesetzt, obwohl wir den Etat unter deutlich schwierigeren Rahmenbedingungen haben aufstellen müssen, als dies im Frühjahr dieses Jahres absehbar war.

(Glocke des Präsidenten)

Das sind keine Kleinigkeiten, sondern das erfordert Mehrausgaben von über 50 Millionen € pro Jahr, und das nicht einmalig, sondern von Jahr zu Jahr.

Präsident Straub: Herr Abg. Kleinmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Kollege Kleinmann, stimmen Sie mir zu,

(Abg. Drautz FDP/DVP: Nein!)

dass dann, wenn man die zusätzlichen Stellen, von denen Sie eben gesprochen haben, in zusätzliche Deputate umrechnet, im Schuljahr 2003/04 keine zusätzlichen Stellen, sondern sogar weniger Stellen herauskommen, und zwar deshalb, weil sich das Vorgriffsstundenmodell auswirkt und die zusätzlichen Stunden für den Fremdsprachenunterricht abzuziehen sind, sodass man also bei einer um 9 000 steigenden Schülerzahl sogar weniger Deputatsverpflichtungen hat?

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Nein, es bleibt bei den von mir vorgetragenen Zahlen, Herr Kollege Zeller.

(Unruhe)

Das inhaltliche Programm, das hinter diesen Zahlen steht

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

– so ist das eben –, ist beeindruckend, meine Damen und Herren.

(Glocke des Präsidenten)

– Nein, ich lasse keine weiteren Zwischenfragen zu, denn ich muss meine Rede halten.

(Heiterkeit – Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Bebbler SPD: Der Redner ist überfordert! – Abg. Zeller SPD: Sie haben doch von den Stellen gesprochen!)

– Herr Pädagoge Zeller, wir sind im Moment bei der Haushaltsdebatte und nicht bei einer Bildungsdebatte. Wenn wir über die Bildung reden, reden wir auch wieder über die Stellen, aber jetzt reden wir über den Haushalt und über die Haushaltskonsolidierung.

(Abg. Bebbler SPD: Der Redner ist überfordert!)

Das inhaltliche Programm, das hinter diesen Zahlen steht, ist beeindruckend: Stabilisierung der Unterrichtsversorgung bei weiterhin steigenden Schülerzahlen bis zum Jahr 2006, Herr Kollege Seimetz, Aufbau einer fest installierten Krankheitsstellvertretungsreserve, flächendeckende Einführung des Grundschulenglisch bzw. -französisch ab 2003.

(Abg. Birzele SPD: Ja wie, Herr Kleinmann!)

– Herr Birzele, wollen Sie das ohne Geld machen? Wenn das so ist, dann sagen Sie mir das. Wenn Sie das Geld dafür haben, dann höre ich sofort auf.

(Abg. Birzele SPD: Ich stelle nur fest: Sie widersprechen sich selbst!)

– Nein, ich widerspreche mir überhaupt nicht.

(Abg. Bebbler SPD: Er merkt es aber nicht!)

Weiter: Vermehrte Zuweisung von Lehrerwochenstunden für Ganztagschulen – ich erkläre Ihnen das, um zu zeigen, wohin das Geld geht –, Ausgleich der wegfallenden Mehrarbeit im Rahmen des Vorgriffsstundenmodells. Das ist, meine Damen und Herren, eine deutliche Prioritätensetzung zugunsten des Bildungswesens, zugunsten der Bildungspolitik, und darauf können wir – CDU und FDP/DVP – stolz sein. Die Opposition, vor allem die SPD, versucht, dies immer schlecht zu machen – man hört das jetzt auch wieder –, indem sie irrealer Forderungen verkündet. 100 zusätzliche Ganztagschulen pro Jahr sind ein, wie ich meine, irreales Programm.

Achtens zur Wissenschaftspolitik: Die Hochschullandschaft unseres Landes hat in der vergangenen Legislaturperiode stark von der Zukunftsoffensive II profitiert.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Genauso wird es in dieser Legislaturperiode wieder sein.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dies darf bei allen tagesaktuellen Diskussionen über einzelne Projekte der Zukunftsoffensive III oder einzelne Maßnahmen der Landesstiftung nicht grundsätzlich in den Hintergrund gedrängt werden: dass es uns nämlich auf diesem Wege gelungen ist, das Vermögen des Landes einer Verwendung zuzuführen, die für die Zukunft den höchsten – materiellen wie immateriellen – Nutzen für unser Land erwarten lässt. Und das heißt: Bildung und Ausbildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie.

Die Opposition will mit dem Verweis auf immer dieselben Projekte, die sie kritisiert – Haas und Heinisch –, genau dies vergessen machen und die Landesstiftung insgesamt madig machen. Tatsache aber bleibt, dass es mit keiner anderen Konstruktion möglich gewesen wäre, so viel in Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Technologie zu investieren, wie es mit dem Modell der Landesstiftung gelungen ist.

Deshalb lassen wir es auch nicht durchgehen, dass die Vertreter der Opposition jede Baumaßnahme an Universitäten und ihren Kliniken, an Fachhochschulen und an Berufsakademien und jede Förderung zusätzlicher Forschungsschwerpunkte mitfeiern – das dürfen sie ja gerne, warum auch nicht? –, zugleich aber die Grundlagen dieser Erfolge, die Landesstiftung und die aus ihr gespeiste Zukunftsoffensive, permanent mies zu machen versuchen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Birzele SPD: Ojemeine!)

Keine andere Konstruktion hätte es ermöglicht, so viel zusätzlich in Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung zu investieren.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Um welchen Preis?)

Dass dies überhaupt möglich wurde – auch daran darf erinnert werden, meine Damen und Herren –, ist dem nachdrücklichen Drängen der FDP/DVP auf Privatisierung von Landesbeteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen zu verdanken. Ohne die Veräußerung der LEG hätte es in der letzten Legislaturperiode eben keine Zukunftsoffensive gegeben und ohne die Veräußerung der Anteile an der EnBW keine Zukunftsoffensive in dieser Legislaturperiode.

Dass unsere Wissenschaftspolitik auch dank der Zukunftsoffensive ohne Alternative ist, wird im Übrigen auch daran deutlich, dass die Opposition, von zwei Anträgen zu den Studentenwerken und einem für ein Forschungszentrum für den ökologischen Landbau abgesehen, keinerlei Anträge zum Wissenschaftsbereich gestellt hat.

Neuntens: innere Sicherheit, Polizei und Justiz. Gerade am Beispiel der Justiz wird deutlich, dass liberale Politik immer auch Reformpolitik bedeutet. Ich nenne die Stiftung „Opferschutz“, Herr Minister, die Errichtung eines weiteren Hauses des Jugendrechts im badischen Landesteil, das Projekt „Chance“ als Alternative zum herkömmlichen Jugendstrafvollzug und die Verstärkung der Mittel für die

(Kleinmann)

Drogenberatung im Vollzug. Alle diese Projekte sind, wie ich meine, Wegmarken liberaler Reformpolitik.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Daneben geht die Modernisierung der Justiz weiter. Auch die Justiz profitiert von dem Stellenhebungsprogramm für den mittleren und den gehobenen Dienst. Auch hier gilt: Dies alles ist offenbar so alternativlos, dass die Opposition schon gar keine substanziellen Anträge zum Einzelplan 05 gestellt hat.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Aber Sie hätten ja zugestimmt, gell, Herr Kleinmann!)

Ich bedanke mich, dass Sie uns und unsere Leistung in dieser Weise anerkennen.

Zehntens: Dass unser Land im Vergleich der Bundesländer eine herausragende wirtschaftliche Bilanz vorzuweisen hat, verdanken wir zuallererst der mittelständischen Struktur der Wirtschaft hier in Baden-Württemberg. Der Mittelstand steht für Initiative, für Innovation und für Wachstum. Ihm vor allem verdanken wir Arbeits- und Ausbildungsplätze.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Aber wenn das so ist, dann hat gute Wirtschaftspolitik immer und zuallererst auch Mittelstandspolitik zu sein. Mittelstandspolitik muss nicht immer Geld kosten – ich verweise auf eine mittelstandsfreundliche Gestaltung des Gemeindefinanzrechts, Stichwort Subsidiaritätsklausel, und auf mittelstandsfreundliche Vergaberegulungen, die wir geschaffen haben.

Mittelstandspolitik kann und muss uns aber auch den Einsatz zusätzlicher Mittel wert sein. Hier ist die Umsetzung der Empfehlungen der Mittelstandsenquetekommission ein Beispiel für zusätzliche Akzente gerade auch im Doppelhaushalt 2002/03.

Wir reden nicht nur vom Mittelstand, wir kümmern uns auch um den Mittelstand. Das unterscheidet die Wirtschaftspolitik des Landes ganz zentral von der Wirtschaftspolitik des Bundes; denn aus Berlin erhält der Mittelstand in aller Regel eher Steine statt Brot.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Durch die verfehlte Wirtschaftspolitik des Bundes wird – elftens – auch der Erfolg unserer Konsolidierungspolitik hier im Land gefährdet. Wir haben deshalb für das zurückliegende Jahr eine, wie ich schon erwähnte, höhere Nettokreditneuaufnahme als vorgesehen in Kauf nehmen müssen. Dasselbe gilt, soweit es vorhersehbar ist, auch für die Jahre 2002 und 2003. Damit handelt es sich nur um ein vorübergehendes Abweichen vom Kurs strikter Haushaltskonsolidierung. Aber wir bedauern dies und denken, dass drei Punkte zu beachten sind, wenn wir dies ändern wollen.

Erstens: Das Wachstum der Steuereinnahmen muss sich ab 2003 wieder auf dem Niveau einpendeln, das die Steuerschätzung vom Mai vorgesehen hat.

Zweitens: Wir selbst müssen noch einmal zusätzliche Anstrengungen unternehmen, Kollege Scheffold, um weitere Haushaltsentlastungen erreichen zu können.

Und drittens: Die Erkenntnisse der neuen Steuerungsinstrumente müssen wir so rasch wie möglich umsetzen.

Wir geben das Ziel einer Nettokreditneuaufnahme von Null nicht auf. Wir wollen aus eigener Kraft alles tun, um dieses Ziel jedenfalls dann fristgerecht erreichen zu können, wenn sich die konjunkturelle Situation im Jahre 2003 wieder verbessert.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Angesichts dieser Ungewissheiten haben wir für die Nettokreditneuaufnahme in der mittelfristigen Finanzplanung einen Korridor eingebaut. Dazu brauche ich aber nichts mehr zu sagen; das ist hinlänglich bekannt.

Unsere Ziele sind gewiss ehrgeizig. Wir wissen, dass wir bis zum Jahre 2004 im Haushalt strukturelle Entlastungen in einer Größenordnung von 1 Milliarde € vornehmen müssen, soll das Konsolidierungsziel überhaupt erreicht werden.

Last, not least – zwölftens –: Weil das so ist, können wir keine Haushaltspolitik machen, die die Änderungsanträge gewissermaßen am Umfang des Posteingangs frei nach dem Motto orientiert: „Wer einen Postbrief schreibt, erhält als Antwort auch einen Haushaltsantrag.“

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Dennoch haben die Koalitionsfraktionen auch bei den Haushaltsberatungen im Finanzausschuss eigene Akzente gesetzt.

(Abg. Schmiedel SPD: Lächerlich! – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

– Wir wissen, dass wir dem öffentlichen Dienst in unserem Land Erhebliches abverlangt haben, Herr Schmid. Deshalb schaffen wir jetzt über das hinaus, was von der Regierung im Haushalt schon vorgesehen war, im mittleren und im gehobenen Dienst zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten, zum Beispiel in der Steuerverwaltung, bei den Gerichtsvollziehern oder bei den Rechtspflegern. Herr Schmid, wir stellen zusätzliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung, weil wir der Verschlechterung der Wohnraumversorgung in Ballungsräumen und Universitätsstädten konsequent entgegenwirken wollen.

(Zuruf von der SPD: Dank dem Bund mehr tun!)

– Ja, natürlich, wir danken doch dem Bund dafür, dass er die Mittel zur Verfügung stellt, aber wir brauchen die Komplementärmittel.

Wir haben Kürzungen im Bereich der überbetrieblichen Ausbildung rückgängig gemacht, und wir setzen zusätzliche Akzente im sozialen Bereich: bei der Suchtkrankenhilfe, bei der Aidshilfe und bei der Förderung der Tagesmüttervereine.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Kleinmann)

Wir haben auch dafür gesorgt, dass für die Kulturveranstalter in den soziokulturellen Zentren Planungssicherheit auf dem realen Niveau der letzten zwei Jahre geschaffen werden kann.

Meine Damen und Herren von der Opposition, unterstützen Sie uns in unserem guten Kurs.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Na, na, na!)

Wir als FDP/DVP-Fraktion stimmen dem Haushalt zu und glauben, dass wir mit diesem Haushalt eine gute Zukunft vor uns haben, wie Kollege Scheffold auch schon gesagt hat.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dederer.

Abg. Heike Dederer GRÜNE: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Am Schluss dieser Haushaltsberatungen möchte ich gerne einen Dank aussprechen, einen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien,

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

vor allem natürlich auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung; denn nicht nur für uns, sondern vor allem auch für diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die Haushaltsberatungen eine sehr arbeitsintensive Zeit. Von unserer Seite also ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei den Grünen)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es tut gut, wenn man gelobt wird. Wir wurden mehrfach für unsere Finanzpolitik gelobt, die wir in diesen Haushaltsberatungen praktiziert haben. Wir wurden für unsere Anträge mit Augenmaß gelobt.

(Abg. Schmid SPD: Von wem?)

– Kollege Schmid, man kann sich nicht aussuchen, von wem man gelobt wird. – Wir wurden für unsere Anträge gelobt, die, denke ich, auch zeigen, dass wir um die Haushaltssituation wissen. Uns war wichtig, dass diese Anträge seriös gegenfinanziert sind und dass sie vor allem auch finanzpolitisch vertretbar sind. In Russland gibt es ein Sprichwort, das heißt, Kollege Scheffold: Lob ist des Mannes Untergang. Wir Frauen sind da wesentlich gelassener.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Eine gelassene Frau ist immer gut!)

Wir können uns auch über Lob einfach freuen.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, Kollege Kleinmann, gelassen muss man bei diesen Haushaltsberatungen auch sein, wenn

man 60 Anträge in die Finanzausschussberatungen einbringt, diese Anträge aber alle abgelehnt werden, oft ohne jegliche Diskussion. Manche Anträge, verehrte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP/DVP, haben Sie mit solcher Überzeugung abgelehnt, dass Sie sie später bei der Beratung der Haushaltsreste als Ihre eigenen wieder eingebracht haben. Denn letztendlich klingt es ja besser, wenn man sagen kann, die Koalition nehme die Kürzung bei den Aidshilfen zurück, als wenn es schließlich heißt, der Finanzausschuss stimme auf Antrag von Grünen und SPD gegen Kürzungen.

Dabei gab es für unsere Anträge sehr gute Argumente, und ich möchte Ihnen an dieser Stelle die wichtigsten noch einmal in Erinnerung rufen:

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Wir kennen die!)

Das Wichtigste für uns ist die Kinderbetreuung, einer unserer Schwerpunkte bei den Haushaltsberatungen. Sie haben in der Tat einen Schritt in die richtige Richtung gemacht, und wir haben das auch anerkannt. Aber es war unserer Meinung nach viel zu wenig, um tatsächlich zu zeigen, dass das Land bei der Betreuung unter Dreijähriger Verantwortung übernimmt. Wir haben 19 Millionen € für den Doppelhaushalt beantragt; Sie geben gerade 7 Millionen € aus.

(Zurufe der Abg. Dr. Reinhart CDU und Kleinmann FDP/DVP)

Das Gleiche gilt, Kollege Kleinmann, für die Familienpolitik. Sie haben ohne Not die Mittel für die Mutter- und Kind-Projekte um 20 % gekürzt. Sie haben aber vergessen, dies als „Errungenschaft“ Ihrer Familienpolitik zu bezeichnen. Deswegen mache ich das hier.

Wichtig war uns auch die Ganztagsbetreuung an Schulen.

Für den Ökologiebereich haben wir beantragt, die regenerativen Energien zu stärken, um damit ein Ziel zu verfolgen – nämlich die Verdoppelung ihres Anteils in den nächsten zehn Jahren –, das – daran darf ich Sie noch einmal erinnern – auch schon einmal Ihr Ziel war. Sie haben leider auch hier unsere Anträge abgelehnt.

Auch wollten wir die Rücknahme der Kürzungen bei Programmen für Langzeitarbeitslose. Ich denke, auch hierfür gibt es sehr gute Gründe, vor allem dann, wenn man, wie Sie, Herr Minister Stratthaus, immer gern nach Berlin und auf andere zeigt. Hier sollte man sich an die eigene Nase fassen und auch den eigenen Beitrag erbringen.

Kurz: Sie haben alles abgelehnt – im Gegensatz zu uns. Wir haben sehr differenziert abgestimmt, sehr sachorientiert entschieden und Vorhaben, die wir gut finden, auch zugestimmt. Sie dagegen haben alles abgelehnt. Ich weiß nicht, ob alles Quatsch war, was wir beantragt haben.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Wir sind konsequent!)

Sicher nicht. Man muss einfach noch einmal feststellen, dass ein Argument in der Politik nur so lange gut ist, bis man weiß, von wem es ist.

(Beifall bei den Grünen)

(Heike Dederer)

Als Opposition im Land muss man nicht nur gute Ideen haben, sondern vor allem auch sehr schnell sein. Schauen wir uns die Haushaltsberatungen an: Am 19. Dezember fand die Allgemeine Aussprache über den Haushalt statt; immerhin eine Woche vorher lag uns der Haushaltsplanentwurf vor. Dann haben wir natürlich die 13 000 Einzeltitel mit in den Weihnachtsurlaub nehmen dürfen – die Familie hat dafür Verständnis gehabt –

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

und konnten anschließend sehr ausführlich die Anträge beraten. In der Woche darauf fanden schon die Finanzausschusssitzungen statt. Das war alles kein Problem. Wir hatten genügend Zeit, die Einzelfragen mit den Ministerien abzustimmen.

Alles in allem war es ein Schnelldurchlauf, der unseres Erachtens der Verantwortung, die wir hier im Parlament für die Haushaltsberatungen haben, nicht gerecht wird.

Der Gipfel war, dass Ihre Nachschiebeliste teilweise eine Minute nach Sitzungsbeginn bei uns auf dem Tisch lag.

(Zuruf von der SPD: Unerhört!)

Das hat dann immerhin noch gereicht, um einen Blick auf die Überschrift zu werfen. Meine Damen und Herren, ich denke, so kann man sich vielleicht über Kochrezepte unterhalten,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Können Sie kochen?)

aber nicht verantwortlich mit einem Doppelhaushalt umgehen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Bitte keine Chauvi-Bemerkungen!)

– Ich darf das machen, Herr Kollege Birk. – Wir haben aber auch Signale von Ihrer Seite vernommen, dass auch Sie mit dem Verfahren nicht ganz einverstanden sind, vor allem was die Anträge anbelangt. Wenn auch auf Ihrer Seite bestimmte Ansprüche bestehen, wäre mein Vorschlag, sich zusammzusetzen und sich einmal Gedanken darüber zu machen, wie zu einem Verfahren gefunden werden kann, das der Bedeutung der Haushaltsberatungen gerecht wird. Dann dürfen aber auch, Kollege Scheffold, die Damen und Herren von CDU und FDP/DVP nicht nur gelangweilt im Finanzausschuss herumsitzen

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Jetzt aber!)

und die Anträge der Opposition niederstimmen, sondern dann müssen sie sich auch ihrer Rolle als Parlamentarier und vor allem als Kontrollorgan der Regierung im Klaren sein.

(Beifall bei den Grünen)

Ich weiß, Herr Kollege Kleinmann, dass Sie das nicht hören wollen.

Meine Damen und Herren, ich habe schon vorhin kurz unsere Anträge erwähnt, bei denen wir darauf geachtet haben, dass sie solide gegenfinanziert sind.

Ich möchte jetzt noch einmal auf ein Thema eingehen, das Kollege Scheffold schon ausführlich behandelt hat: das Thema Privatisierungen. Wir haben uns in der Tat gegen einen Verkauf der Anteile an der LBBW ausgesprochen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Es wäre für uns sicher einfach gewesen, mit dem Erlös aus diesem Verkauf alle Wünsche dieser Welt zu erfüllen – oder zumindest die Wünsche aus meiner eigenen Fraktion. Wir haben das aber nicht gemacht.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Unseres Erachtens sprechen gute Gründe gegen den Verkauf. Kollege Scheffold hat schon einige aufgezählt. Auch mir ist das wichtig, und ich möchte noch einmal auf einige eingehen.

Ein Grundsatz ist, dass Sie natürlich alles, was Sie haben, nur ein einziges Mal verkaufen können, und es ist schon die Frage, ob wir jetzt in einer Situation sind, eine rentierliche Beteiligung verkaufen zu müssen, zumal wenn ich mir die im Moment niedrigen Zinssätze anschau. Auch ist es bei der gegenwärtigen Situation der Banken nicht sinnvoll, eine Beteiligung zu verkaufen. Dadurch würde sich das Rating deutlich verschlechtern, und damit würde sich auch der Ertrag unserer verbleibenden Beteiligung verschlechtern.

Dann stellte sich natürlich auch die Frage, an wen wir diese Beteiligung verkaufen sollen. Die SPD hat an die Sparkassen gedacht. Nach unserer Information wollen die Sparkassen diese Beteiligung aber überhaupt nicht.

Kurz und gut, für uns war das Grund genug, keine Privatisierungen vorzunehmen.

Wir haben auch eine andere Form der Finanzierung abgelehnt, die mittlerweile bei der Regierung gang und gäbe ist, nämlich die Finanzierung über Schattenhaushalte, beispielsweise über verkappte Bankbeiträge zur Finanzierung des Sonderprogramms für den Landesstraßenbau. Hier haben wir es wirklich mit einem klassischen Schattenhaushalt zu tun, und es bleibt festzustellen, dass hiermit Lasten letztendlich nur in die Zukunft verlagert werden. Wir lehnen das ab. Unser Anspruch ist, nicht nur eine ökologische, soziale und auch demokratische Politik hier in diesem Haus zu machen, sondern vor allem eine nachhaltige Politik. Das gilt für uns auch für die Finanzpolitik, weil wir auch künftigen Generationen Handlungsspielräume lassen wollen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, diese Handlungsspielräume müssen wir uns hier im Land erst wieder schaffen. Wenn ich mir die mittelfristige Finanzplanung anschau, stelle ich fest, dass sie keine Antwort auf die heutigen und zukünftigen Belastungen gibt – auch nicht für die Schuldenlast und die Pensionsverpflichtungen. Ganz im Gegenteil; bei den Deckungslücken für die Jahre 2004 und 2005 wird mir angst und bange. In einer solchen Situation zeigt Herr

(Heike Dederer)

Minister Stratthaus wieder einmal gerne nach Berlin und freut sich auch über den einen oder anderen blauen Brief. Ich muss Ihnen sagen, verehrter Herr Minister:

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Metzger freut sich auch!)

Da machen Sie es sich zu einfach. Denn letztendlich haben Sie auch in guten Jahren in diesem Land nicht haushalten können und zusätzliche Schulden gemacht. Die Stabilitätskriterien bzw. den Stabilitätspakt müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam erfüllen. Das heißt, auch die Länder müssen zu ihrer Verantwortung stehen und ihren Beitrag leisten. Das sehe ich bei Ihrer mittelfristigen Finanzplanung nicht.

(Beifall bei den Grünen)

Sie verweisen zu Recht auf finanzpolitische Unsicherheiten. Die sehen wir natürlich auch, aber diese entbinden Sie als Finanzminister nicht von der Verantwortung, Wege aus diesem strukturellen Defizit, das auch Kollege Kleinmann beklagt hat, aufzuzeigen. Wir müssen uns – hierzu gibt es Vorschläge von uns, die wir auch schon im letzten Jahr gemacht haben, Herr Kollege Kleinmann – beispielsweise über die Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen Gedanken machen. Wer mit dieser Frage ernsthaft umgeht, kann eben nicht einfach alle Lasten den Kommunen aufbürden,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

wie es jetzt teilweise versteckt gemacht wird. Mit dem Streichen von Arbeitslosenprogrammen treibt man die Leute in die Sozialhilfe

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig! – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

und verstärkt dadurch natürlich auch die Lasten, die die Kommunen zu tragen haben.

Strukturelle Veränderungen – Fehlanzeige. Wir haben eine Verwaltungsreform angeregt. Zu diesem Thema haben Sie, Herr Kollege Kleinmann, sich wohlweislich nicht geäußert.

Auch eine Schulreform würden wir gern sehr viel grundsätzlicher diskutieren, als dies Herr Kollege Scheffold hier getan hat – nicht nur auf die Schulämter und Oberschulämter fokussiert. Es geht auch um die grundsätzliche Frage, wie Aufgaben verteilt werden können und wie hier neu strukturiert werden kann.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Schulausschuss!)

Strukturelle Veränderungen – Fehlanzeige.

Unseres Erachtens haben Sie sich auch vom Ziel der Netto- nullneuerschuldung im Jahr 2006 verabschiedet.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: So ist es! Natürlich!)

Dazu trägt auch die Landesstiftung ihren Teil bei, denn letztendlich fehlt das Geld im regulären Landeshaushalt. Schauen Sie sich das einmal an: In der Landesstiftung wird

mittlerweile ein Zsigfaches von dem bewegt, was beispielsweise unsere Haushaltsanträge beinhaltet haben.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Das ist doch gut so!)

Bei unseren Anträgen geht es teilweise nur um ein paar Tausend Euro.

Letztendlich muss ich feststellen, dass die freie Spitze, über die wir als Parlament bisher noch diskutieren konnten, sich neuerdings in der Stiftung befindet, ohne dass dieses Parlament ein Wort mitzureden hätte. Sie betreiben die Entmachtung dieses Parlaments.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Scheffold CDU: Kollege Salomon sitzt doch im Aufsichtsrat! – Gegenruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das kann man auch ändern, Herr Scheffold! – Gegenruf des Abg. Dr. Scheffold CDU: Ja, wollen Sie raus aus dem Aufsichtsrat?)

Ich weiß, dass Sie das Thema Landesstiftung nicht mehr hören können, aber wir werden nicht aufhören, darauf hinzuweisen, solange Sie dieses Spiel weiter treiben und die Beschlüsse in irgendwelchen Aufsichtsratsgremien gefällt werden,

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Dann kritisieren Sie doch Ihren Herrn Salomon!)

aber nicht mehr dort, wo sie eigentlich hingehören: in diesem Parlament, in dem wir als gewählte Abgeordnete sitzen, die eine Verantwortung für die Finanzen dieses Landes tragen.

(Beifall bei den Grünen)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, vor allem in diesen finanziell schwierigen Zeiten braucht man Mut, Ideen und auch Visionen. Als Regierung muss man einen Weg aufzeigen. Ich habe den Eindruck, dass Sie selbst nicht mehr an diese Zukunft glauben.

(Zurufe der Abg. Kleinmann und Theurer FDP/DVP)

Sie glauben nicht mehr an das Jahr 2020, das Herr Ministerpräsident Teufel in seiner Regierungserklärung als Ziel genannt hat.

(Abg. Dr. Birk CDU: Man braucht immer Ziele!)

Sie haben das Jahr 2020 nämlich schlicht und ergreifend aus dem Jahresspiegel gestrichen, als gäbe es diese Zukunft nicht mehr und als interessiere Sie das nicht mehr. Daraus kann ich nur schließen, dass Sie weder eine Antwort für das Jahr 2020 noch für das Jahr 2006, noch auf die heutigen Probleme haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Wieso gerade 2020?)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Scheffold.

Abg. Dr. Scheffold CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Um noch einmal kurz auf Ihre Äußerung einzugehen, Frau Kollegin Dederer: Wenn man sich natürlich schon selbst fragt, ob alles, was man im Finanzausschuss vorschlägt und als Antrag einbringt, Quatsch sei, dann muss man sich nicht wundern, wenn die Regierungsfaktionen nicht mehr die allergrößte Aufmerksamkeit darauf richten, was man dort tut.

(Lachen der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Kretschmann GRÜNE: Aber Sie als Akademiker können doch sicher eine Frage von einer rhetorischen Frage unterscheiden! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Ironie scheint Ihnen fremd zu sein, Herr Scheffold!)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, eigentlich wollte ich zunächst zu Ihnen, Herr Kollege Drexler, sagen: Wenn man hier im Parlament in den Haushaltsberatungen Überlegungen anstellt, wo der Wirtschaftsminister oder ein anderes Regierungsmitglied möglicherweise ihre Hochzeitsnacht verbringen, dann ist das derart peinlich und unangemessen, dass ich das in dieser Form zurückweisen möchte.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kollege Drexler hat auf die Statistik des Statistischen Landesamts Bezug genommen.

(Abg. Schmiedel SPD: Jetzt kommts! Aber jetzt mal ehrlich!)

Ich hätte eigentlich erwartet, dass Sie darüber traurig gewesen wären, weil das Statistische Landesamt ja keine positive Prognose für die Zukunft gemacht hat.

(Abg. Fischer SPD: Das hat er doch gesagt!)

Aber ich habe den Eindruck gehabt, als hätten Sie sich hier voller Freude auf diese Zahlen gestürzt.

(Abg. Fischer SPD: Nein! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das war Ironie, Kollege Scheffold! Sie machen jetzt mal einen Kurs in Ironie! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Jetzt reden Sie in der zweiten Runde genauso viel Stuss wie in der ersten!)

Zunächst einmal war das eine Prognose.

(Abg. Drexler SPD: Das war keine Prognose, das waren Zahlen einer Blitzumfrage!)

Jetzt werde ich Ihnen sagen, was das Statistische Landesamt vorgestern, am 4. Februar 2002, gesagt hat. Es hat gesagt, dass sich die Erwerbstätigenzahl in Baden-Württemberg auf einem noch nie da gewesenen hohen Niveau befindet.

(Abg. Drexler SPD: Das ist doch gut so!)

5,33 Millionen Erwerbstätige, so viel wie noch nie. Das ist Tatsache.

(Abg. Schmiedel SPD: Dank Schröder! – Gegenruf des Abg. Dr. Birk CDU: Der Schmiedel hat einen Kratzer in der Brille!)

Im Ländervergleich liegt Baden-Württemberg mit einer Zuwachsrate von 1,2 % auf dem ersten Platz. Dann haben Sie expressis verbis gesagt, der Dienstleistungssektor sei bei uns ja so schwach.

(Abg. Drexler SPD: Das habe ich nicht gesagt!)

– Das haben Sie gesagt.

(Abg. Drexler SPD: Er ist nicht so ausgeprägt wie der Produktionsbereich!)

Jetzt lese ich Ihnen weiter aus dieser Mitteilung des Statistischen Landesamts von vorgestern vor. Es heißt dort, vom Dienstleistungsgewerbe gingen die stärksten Wachstumsimpulse auf die Gesamtwirtschaft in Baden-Württemberg aus. Seit drei Jahrzehnten gewinne der Dienstleistungssektor stetig an Bedeutung.

(Abg. Drexler SPD: Trotzdem ist es so!)

Mittlerweile sind 3,3 Millionen Erwerbstätige von insgesamt 5,3 Millionen im Dienstleistungsbereich beschäftigt. Da können Sie doch nicht hergehen und sagen, wir täten nichts, wir hätten die falsche Politik gemacht.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Aber in anderen Bundesländern ist es anders!)

Wir haben genau die richtige Politik gemacht, weil wir nämlich den Übergang vom produzierenden Gewerbe hin zum Dienstleistungssektor mitgegangen sind

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie als CDU?)

und genau diesen Bereich unterstützt haben, der uns in der Zukunft Arbeitsplätze bringen wird. Deswegen ist das falsch, was Sie hier gesagt haben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Sie haben nicht zugehört! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Er hat es nicht verstanden!)

Ein letzter Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren: Selbst wenn die Prognose des Statistischen Landesamts stimmen würde – ich bezweifle es, der Finanzminister bezweifelt es, der Wirtschaftsminister bezweifelt es, viele bezweifeln es,

(Zurufe von der SPD)

aber jetzt unterstellen wir einmal, dass es richtig wäre –, dann ist doch in solchen Zeiten, wo das Wirtschaftswachstum zurückgeht, wo die Erwerbstätigenzahlen möglicherweise gefährdet sind, genau die Politik richtig, die wir hier im Land machen, dass wir nämlich investieren,

(Abg. Drexler SPD: Die geringste Investitionsquote der Flächenstaaten!)

dass wir in die Bildung und in die Hochschulen investieren, dass wir über die Landesstiftung und über die Zukunftsoffensive investieren, dass wir investieren, investieren, investieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Wohnungsbau!)

(Dr. Scheffold)

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, verstehe ich überhaupt nicht, was Sie vorhin hier gesagt haben, Herr Kollege Drexler.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist schon klar, dass Sie das nicht verstehen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wiederhole noch einmal: Wir sind auf einem guten Weg,

(Abg. Drexler SPD: Das sagen Sie ja immer!)

und das Land Baden-Württemberg sieht in eine gute Zukunft.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Moser.

Abg. Moser SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zurückblickend muss man sagen, dass die Auseinandersetzungen hier im Hause teilweise Wahlkampfgetöse waren. Wir sollten festhalten, dass Wahlkampfgetöse keinen einzigen Arbeitsplatz schafft,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr staatsmännisch!)

dass dadurch nirgendwo die Konkurrenzfähigkeit des Landes gestärkt wird, dass damit kein Euro Schulden abgebaut wird, dass dadurch auch das Steueraufkommen im Land nicht steigt und dass die Verwaltungsstrukturen des Landes auch nicht zu ihrem Vorteil verändert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Es spricht der Vorsitzende des Finanzausschusses! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sehr gut!)

Herr Scheffold, wenn Sie sagen: „Wir investieren, investieren“, dann wäre es schön, Sie täten es. Wir hängen, was die Investitionsquote anbelangt, immer noch ziemlich unten, und zwar in der Geschichte Baden-Württembergs betrachtet. Ich vergleiche nicht einmal mit dem Bund. Wir haben da viel zu tun. Es wäre besser gewesen, das auch zu sagen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Scheffold CDU: Es wäre nicht schlimm, wenn Sie einmal vergleichen würden!)

Ich habe als Finanzausschussvorsitzender kritisiert, dass die Eigenständigkeit des Finanzausschusses verloren geht und dass ein gewisser Schulterchluss der Finanzer und des Parlaments gegenüber der Regierung, den man in den letzten Jahren feststellen konnte, nicht mehr gegeben ist.

(Abg. Drexler SPD: Das liegt an Herrn Scheffold!)

Ich habe auch kritisiert – und ich kritisiere das heute noch einmal –, dass zu viele Entscheidungen hinter verschlossenen Türen innerhalb der Fraktionen und der Arbeitskreise

festgezogen werden. Das nichtöffentliche Vorparlament vor dem Parlament und das Aushandeln von Haushaltsvorlagen, von Haushaltsansätzen in Arbeitskreisen beraubt das Parlament, uns alle des Königsrechts, der eigentliche Souverän im Land zu sein.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich halte es auch nicht für gut, wenn sich Regierungsfraktionen Anträge in den Ministerien schreiben lassen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ein selbstbewusstes Parlament hat dies nicht nötig. Ich sage das gerade im 50. Jahr des Bestehens des Landes Baden-Württemberg: Wir müssen uns wirklich ernsthaft überlegen, wie wir wieder zu klaren Trennlinien zwischen der ersten und der zweiten Gewalt im Staat kommen und wie wir dadurch auch das öffentliche Spannungsfeld erhöhen, das der Demokratie nützt und die Leute nicht von der Demokratie weg treibt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich gebe zu, dass die Debatte der letzten Tage mich auch dazu bewegt hat, darüber nachzudenken, ob dieses Land geführt wird oder ob es nur noch verwaltet wird.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das ist jetzt Wahlkampf!)

– Sie sagen, das sei Wahlkampf. Trotzdem müssen wir uns Gedanken darüber machen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das können Sie gar nicht belegen!)

– Ich belege Ihnen gern, an welchen Beispielen wir das sehen.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Jetzt gönnen Sie es uns halt, dass wir hier regieren! – Abg. Dr. Birk CDU: Wir haben einen Regierungsauftrag, Herr Kollege!)

– Ich gönne Ihnen, dass Sie regieren. Ich gönne Ihnen auch vieles andere, liebe Kollegin.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Na, na!)

Aber die Frage muss berechtigt sein, ob es uns gelingt, das Land aus der Schuldenfalle herauszuführen, oder ob es das Elend der Politik bleibt, immer mehr Schulden machen zu müssen, mit denen wir Spielräume in der Zukunft einengen, anstatt sie zu erweitern, um die Zukunft zu sichern. Für 2006 haben Sie ein gutes Ziel, das wir mit unterstützen, nämlich zur Nullverschuldung zu kommen.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Aber nicht über Ihre Anträge, Herr Kollege Moser!)

Aber werden wir das schaffen? Inzwischen hat sich ja Herr Späth in diese Diskussion eingeschaltet. Das hat mir bei dieser Geschichte ein leichtes Schmunzeln abgerungen.

(Abg. Drexler SPD: Ja! – Lachen der Abg. Ursula Haußmann SPD)

(Moser)

In der Geschichte „50 Jahre Baden-Württemberg“ muss ein Kapitel der Schulden des Herrn Späth vorkommen. Herr Späth war der eigentliche Schuldenmacher in diesem Land.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Capezzuto SPD: Kommt das nicht drin vor?)

Der Ministerpräsident ist ja leider nicht mehr da. Ich erinnere mich aber an manche Debatten, in denen ich sein Gesicht sah, als wir über Geld geredet haben. Späth war auch derjenige, der dieses Land nahezu zum Stiften getrieben hat, weil er ununterbrochen Stiftungen gegründet und ununterbrochen Dinge ausgelagert hat. Aber so wird man dann, wenn man keine Verantwortung mehr hat, halt vom Saulus zum Paulus.

(Abg. Capezzuto SPD: Dann ist er stiften gegangen!)

Wir müssen doch davon ausgehen, dass wir mit Neuverschuldungen von 1 Milliarde € für 2002, von 900 Millionen € für 2003, von 350 bis 650 Millionen € für 2004 und von 300 bis 600 Millionen € für 2005 zu rechnen haben. Wir haben Deckungslücken, Herr Scheffold – das ist ja das, was uns besorgt macht –, die 2004 und 2005 rund 1 Milliarde € bis 1,4 Milliarden € pro Jahr ausmachen.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Wir haben Milliardenrisiken. Deswegen muss die Frage erlaubt sein: Schaffen wir das Ziel, 2006 zur Nullverschuldung zu kommen?

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Für mich bleibt es nach wie vor ein Geheimnis aus den Tiefen der Andromeda, ob wir dies erreichen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wir budgetieren die Ministerien!)

Diese Diskussion muss geführt werden können.

Ein weiterer Punkt: Zurzeit befindet sich eine Untersuchung des Landesrechnungshofs über den Zustand der Finanzverwaltung in der Anhörung der Finanzverwaltung. Ich sage das ohne Schadenfreude, weil es mich ärgert, wenn rund 700 Millionen € pro Jahr an Steuern mehr eingenommen werden könnten, die wir dringend bräuchten – und wenn wir nur Teile davon hätten –, um zentimeterweise an die Nullverschuldung heranzukommen. Es ärgert mich, dass Sie nicht selbst darauf kommen, Ihre Finanzverwaltung auf Trab zu bringen. Nach allem, was wir so hören, kommen Sie bei dieser Untersuchung nicht sehr gut weg.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Herr Finanzminister, ich habe auch kein Verständnis dafür, dass Sie immer, wenn es darum geht, Mehreinnahmen zu schaffen – dazu ist die Finanzverwaltung da –, darauf verweisen, wir müssten dann ja einiges an die anderen Bundesländer abführen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Vieles, nicht bloß einiges!)

Also Entschuldigung! Die Menschen in den anderen Bundesländern sind auch keine Tagediebe, sondern sie arbeiten wie wir auch. Sie haben das Geld auch nötig. Ihre Aufgabe ist es, in den Finanzministerkonferenzen dafür zu sorgen, dass auch die anderen ihre Finanzverwaltungen mit auf Trab bringen, damit es zum Ausgleich kommt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Gut gebrüllt, Löwe! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Im Übrigen sind nicht die Steuerhinterzieher und die Steuerverkürzer unsere Partner, sondern diejenigen, die ehrlich Steuern bezahlen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Sie bestrafen dadurch, dass Sie nicht handeln, diejenigen, die ehrlich sind. Denn wir brauchen das Geld, um Bildung und Forschung, um Infrastruktur und Wirtschaft, um Straßen und innere Sicherheit, um die soziale Gerechtigkeit und die Verbesserung der Lage der Kinder und der Familien bezahlen bzw. fördern zu können. Das sind ja alles edle Ziele, die wir alle miteinander haben.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Gut!)

Da gibt es doch überhaupt keinen Streit, und jeder würde auch gern mehr tun.

Wenn Sie dann immer Finanzierungen anzweifeln – mein Gott. Wenn Ihnen das Geld nicht mehr reicht, dann greifen Sie in den Forstgrundstock und holen Geld heraus.

(Abg. Drexler SPD: So ist es, Herr Scheffold!)

Oder Sie gehen zur L-Bank und lassen Straßen privat finanzieren.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Da reden Sie auch nicht darüber, dass Sie dafür Zinsen bezahlen müssen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Oder Sie finden plötzlich beim Landesvermessungsamt Geld, das Sie herüberziehen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wir sind eben erfinderisch, mein Lieber!)

Zu der Geschichte mit dem Landesvermessungsamt muss ich auch noch etwas sagen.

Trotzdem bleibt es richtig, dass der eigentliche Schlüssel, um an mehr Geld heranzukommen, das Wachstum der Wirtschaft ist. Ein Prozent mehr bedeutet ein Plus von 165 Millionen € in unseren Kassen, und ich sage Ihnen: Der Aufschwung wird kommen – der Aufschwung wird kommen! Nicht das nervöse Herumgehüpfe ist gefragt, sondern wirklich eine ruhige Hand in der Wirtschaft.

Im Übrigen ist die Zinswende eingeläutet. Alan Greenspan hat in der vergangenen Woche auf weitere Zinssenkungen

(Moser)

in den USA verzichtet und von Pessimismus auf Optimismus geschaltet. Otmar Issing, der Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank, hat sich ähnlich geäußert. Ernst Welteke, der Präsident der Bundesbank, hat sich ähnlich geäußert. Heute wurde schon von Portugal geredet. Vitor Constancio von der Bank von Portugal hat gesagt: Ein Wirtschaftswachstum von bis zu 2,5 % ist in greifbarer Nähe.

Zu Portugal: Hören Sie doch auf, über Portugal und Irland zu reden. Wenn wir, von der EU subventioniert, solche Konditionen hätten, hätten wir ein Wirtschaftswachstum von 10 %. Die bezahlen dort doch fast keine Steuern. Das muss man sehen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Drexler SPD: Dann ist es doch klar! – Abg. Dr. Scheffold CDU: Sie waren doch selbst in Irland dabei! Schauen Sie sich doch die dortigen Steuersätze an!)

Das ist eine ganz bewusste Politik, die dort gemacht wird. Sei es, wie es will. Auch was die Steuerpolitik anbelangt, sind die Grundlagen gelegt, und die Richtung stimmt.

Hören Sie doch endlich auf mit Ihrem Quatsch von der Benachteiligung des Mittelstands. Ich will Ihnen jetzt einmal etwas anhand Ihrer eigenen Zahlen sagen.

(Abg. Drexler SPD: Jawohl! Gucken Sie sich Ihre eigenen Zahlen an!)

Wir haben 270 bis 280 AGs und KGs, also große Unternehmen, und wir haben 48 000 bis 49 000 GmbHs in Baden-Württemberg. Wenn Sie das Steueraufkommen dieser beiden Gruppen gegenüberstellen, werden Sie feststellen, dass es in erster Linie der Mittelstand ist, der mit von der Senkung der Steuer, über die wir jetzt reden, nämlich der Körperschaftsteuer, profitiert hat. Lesen Sie doch einmal die Gutachten der Steuerwissenschaftler, die alle sagen: Es ist eine Mär, dass nur die Großen bevorzugt seien. Alle profitieren von der Steuersenkung. Geben Sie das doch einfach zu, das ist doch keine Schande.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Moser, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Steim?

Abg. Moser SPD: Herrn Steim immer.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Dr. Steim.

Abg. Dr. Steim CDU: Herr Moser, apropos Quatsch: Können Sie die Größe einer Firma am Titel AG, KG oder GmbH festmachen, wie Sie es gerade haben anklingen lassen?

Abg. Moser SPD: Nein, ich kann es nicht. Aber wenn wir insgesamt 49 000 oder noch mehr Betriebe haben, kann ich davon ausgehen, dass darunter viele Mittelständler sind. Daran kann ich es festmachen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Ich freue mich ja, Herr Scheffold, wenn viele Menschen in Arbeit und Brot sind, in Baden-Württemberg mehr als je zuvor,

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Gott sei Dank!)

aber in der Bundesrepublik insgesamt auch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Es sind 1,1 Millionen Menschen mehr, seit Schröder Kohl im Bund abgelöst hat, und hier sind es auch mehr. Es ist doch okay, dass das so ist. Ich gönne es jedem, und ich hoffe, dass wir vorankommen.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Heute 4,3 Millionen Arbeitslose!)

Lassen Sie uns doch ein bisschen über das Land reden, über bestimmte Grundlinien.

Stichwort Vermessungsverwaltung: Warum gelingt es uns im eigenen Land nicht, die Vermessungsverwaltung im Landwirtschaftsbereich mit dem Landesbetrieb Vermessung zusammenzulegen? Es geht hierbei um über 1 000 Personen, die Vermesser sind und im Landwirtschaftsbereich angesiedelt sind. Durch die angesprochene Zusammenlegung würden Synergieeffekte entstehen.

Warum gelingt es uns nicht, die Mittelstandspolitik neu zu ordnen? Ist die Zahl der Referate im Wirtschaftsministerium noch richtig? Hat das Landesgewerbeamt noch die richtigen Aufgaben? Brauchen wir es überhaupt noch?

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Sie regieren in Berlin!)

Brauchen wir nicht etwas ganz anderes, was wesentlich mehr Kraft entfalten würde als das, was wir derzeit haben?

Warum besteht immer noch eine Verzettelung der Zuständigkeiten für die erneuerbaren Energien beim Wirtschaftsministerium und beim Ministerium für Umwelt und Verkehr? Warum besteht beim Atomrecht noch immer ein entsprechendes Durcheinander, obwohl es anders lautende Beschlüsse des Landtags gibt? Übrigens, zu uns allen gesagt: Daran sehen Sie, was Beschlüsse des Landtags teilweise bewirken. Sie werden von der Regierung gar nicht beachtet, und sie kosten uns sehr viel Geld. Wahrscheinlich hätte man vieles vermeiden können, wenn der „Laden“ sauber geordnet gewesen wäre.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich frage mich schon lange, warum bei den Landwirtschaftsämtern, nachdem wir in der Landwirtschaft seit Jahrzehnten einen starken Rückgang haben – auch was die Zahl derer angeht, die in der Landwirtschaft arbeiten –, die Proportionen des Abbaus der Zahl der Landwirte und des Abbaus der Zahl derjenigen, die in der Landwirtschaftsverwaltung tätig sind, nicht zusammenpassen.

(Abg. Oettinger CDU: Die Fläche bleibt!)

– Sie verwalten die Fläche. Das ist aber toll.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

(Moser)

Inzwischen sind die modernen Landwirte so weit, dass sie ihre Anträge elektronisch verschicken. Da wird die Landwirtschaftsverwaltung als Zwischenebene nicht mehr benötigt. Darüber muss man einmal nachdenken. Vielleicht sollte sich einmal der Rechnungshof mit diesem Thema beschäftigen.

Weiterbildung: Jedes Ministerium beschäftigt sich mit Weiterbildung.

Hochschulreform: Wir haben im Finanzausschuss darüber diskutiert. Die Hochschulreform geht leider nicht weiter, oder sie geht zu langsam weiter. Es wurde gesagt, möglicherweise könne man oben an den Spitzen auch noch Stellen einsparen. Es ist richtig, dass die Hochschulen mehr Verantwortung erhalten.

Wir finden im Haushalt viele Klein- und Kleinstinstitute, Forschungseinrichtungen usw. Dies muss man sich einmal ganz genau anschauen.

Das heißt schlicht und ergreifend: Wenn wir nicht ständig nur auf andere zeigen wollen, sondern unser Geschäft selbst machen wollen, müssen wir strukturelle Veränderungen vornehmen.

Zur Bildung: Wir sind uns doch einig, dass wir die zusätzlichen Stellen, die wir im Bildungsbereich brauchen, auf Dauer nicht immer nur über Neustellen schaffen können. Bereits 2003 verschlechtert sich die Unterrichtsversorgung wieder, obwohl wir mehr Personal einstellen. Das heißt, wir müssen aus eigenen Ressourcen durch Umschichtungen Kräfte gewinnen, damit wir auch dort weiterkommen.

Der Finanzminister hat selbst gesagt, eigentlich bräuchten wir brutale Eingriffe im gesamten Personalbereich.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Schauen Sie sich doch die Zahlen an. Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter und für Pensionen steigen wesentlich schneller als in den anderen Bereichen. Da müssen wir uns etwas überlegen. Vieles ist noch nicht durchdacht. Risiken sind noch vorhanden: Stuttgart 21, Messe Stuttgart usw. usf.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Überlegen Sie nur!)

Das Problem der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen ist noch nicht gelöst – nicht gelöst!

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Na, na, na! Unseren Kommunen geht es so gut wie sonst keiner Kommune!)

Das heißt, wir stehen vor großen Risiken.

Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung zur Landesstiftung. Ich fand es nicht sehr fair, was der Herr Ministerpräsident in diesem Zusammenhang gesagt hat. Denn diejenigen, die im Aufsichtsrat der Stiftung sitzen, arbeiten seriös. Wir müssen darauf achten, dass dort persönliche Interessen in Zukunft außen vor bleiben.

Ich sage Ihnen: Solange es diese Stiftung gibt, sehe ich mich und die anderen Mitglieder im Aufsichtsrat der Stif-

tung in der Pflicht, die Regierung zu kontrollieren. Das sollte man anerkennen. Das ist nämlich unsere Aufgabe. Es ist eine ganz andere Frage, ob man die Stiftung politisch will.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Zur Stiftung erlaube ich mir noch den Hinweis, dass Sollzinsen immer mehr kosten, als Habenzinsen einbringen – immer, bei allen Stiftungen. Deswegen ist es politisch legal, zu sagen: Wir hätten eine andere Lösung gewählt.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben im Ausschuss tatsächlich – Sie werden das jetzt wohl auch nicht tun – keinen einzigen Antrag der Opposition, auch nicht die sich selbst finanzierenden Anträge, unterstützt. Ich bedauere dies. Sie können deswegen von uns nicht verlangen, dass wir diesem Haushalt zustimmen. Wir werden ihm natürlich nicht zustimmen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Finanzminister Stratthaus.

Finanzminister Stratthaus: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte versuchen, den Haushalt in den finanzpolitischen Rahmen einzuordnen, in dem er aufgestellt worden ist, und eine Antwort auf die Frage geben, was das Land eigentlich tun kann, um zukünftige Haushalte, die letzten Endes ein Produkt der Wirtschaftslage des Landes sind, besser ausgleichen zu können. Ich muss aber noch eine Reihe von Punkten, die genannt worden sind, ansprechen und klarstellen.

Es gab eine lange Diskussion über die Zahlen des Statistischen Landesamts. Zunächst einmal muss ich eindeutig sagen, dass unser Statistisches Landesamt gut arbeitet und gut gearbeitet hat. Dass bei einer Pressekonferenz zumindest ein Zungenschlag unglücklich war, habe ich schon gesagt, und dabei bleibt es. Damit ist für mich diese Sache erledigt.

Ich habe aber bei Ihnen von der Opposition manchmal den Eindruck, dass Sie sich geradezu freudig auf vermeintlich schlechte Nachrichten stürzen

(Lachen bei der SPD – Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Gustav-Adolf Haas)

und anschließend enttäuscht nach Hause gehen, weil die Nachrichten leider nicht schlecht sind.

(Abg. Bebbler SPD: Völliger Unsinn!)

Was hat denn eigentlich das Statistische Landesamt gesagt, und was sind die Fakten?

Zunächst hat das Statistische Landesamt in der Tat gesagt, im letzten Vierteljahr des letzten Jahres sei das Wachstum in Baden-Württemberg um 1 % zurückgegangen. Wie stark das Wachstum in den anderen Bundesländern zurückge-

(Minister Stratthaus)

gangen ist, wissen wir nicht, weil nur das Land Baden-Württemberg diese Vierteljahresstatistiken macht. Aber viel interessanter ist doch, dass wir im gesamten letzten Jahr ein Wachstum von ungefähr 1 % hatten. Das ist annähernd doppelt so viel wie das Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt.

(Zuruf des Abg. Rech CDU)

Mehr braucht man dazu wohl nicht mehr zu sagen.

(Beifall bei der CDU)

Das Nächste – das hat vorhin Herr Kollege Scheffold schon angesprochen, aber ich muss doch noch einmal darauf eingehen –: Die Zahl der Erwerbstätigen ist in Baden-Württemberg im Jahr 2001 um 63 000 gestiegen.

(Abg. Schmiedel SPD: Dank Schröder!)

– Ja, dank Schröder. – Jetzt werden Sie fragen, wie stark sie in der ganzen Bundesrepublik gestiegen ist:

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Dank Schröder!)

in Baden-Württemberg um 63 000, im gesamten Bundesgebiet um 55 000. Das heißt, der Saldo der anderen Länder war negativ. Wenn in Baden-Württemberg die Zahl nicht zugenommen hätte, hätten wir für das gesamte Bundesgebiet eine riesige negative Zahl.

(Beifall bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Dank Schröder! – Abg. Dr. Scheffold CDU: Danke, Herr Schröder!)

Dann hat das Statistische Landesamt eine Prognose über das Wirtschaftswachstum im ersten Vierteljahr des Jahres 2002 gewagt und sich dabei auf die schlechten Auftragsgänge bezogen. Das ist klar, damit kann gerechnet werden. Nun haben wir allerdings seit ungefähr einer Stunde die ersten echten Zahlen für das Jahr 2002, nämlich die der Arbeitslosigkeit im Januar. Die muss ich Ihnen jetzt einmal vortragen. Die Arbeitslosenquote beträgt bundesweit 10,4 % und hat um 0,8 Prozentpunkte zugenommen. In Baden-Württemberg betrug sie im Januar 5,6 % und hat lediglich um 0,4 Prozentpunkte zugenommen. Sie hat in Bayern von 6,8 % auf 7,3 % zugenommen, in Hamburg auf 9,0 % und in Bremen auf 12,8 %. Meine Damen und Herren, im Januar hat sich der Abstand zwischen dem besten Land und dem folgenden, nämlich zwischen Baden-Württemberg und Bayern, vergrößert. Wir hatten auch im Januar des Jahres 2002 die besten Arbeitslosenzahlen.

(Beifall bei der CDU)

Was folgt daraus? Entweder wird die Prognose des Statistischen Landesamts von minus 3 % nicht eintreten,

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

oder bei den anderen Ländern wird der Einbruch noch viel stärker sein.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Nur eines von beiden kann richtig sein. Das eine ist eine Prognose, und das andere sind festgestellte Zahlen. Ich

muss wiederholen: Unser Vorsprung vor allen anderen Ländern hat sich vergrößert.

(Zuruf von der SPD: Erbsenzählerei!)

Wir haben uns im ersten Zwölftel dieses Jahres besser bewegt als alle anderen Länder in der Bundesrepublik.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dann ist wieder einmal die Investitionsquote genannt worden, die bei uns angeblich am niedrigsten sei. Lassen Sie mich dazu, wirklich fast im dozierenden Sinne, eine gewisse Aufklärung betreiben; denn das ist notwendig.

Zunächst einmal ist doch der Begriff der Investition – ich glaube, da sind wir uns alle einig – betriebswirtschaftlich und volkswirtschaftlich ganz anders zu definieren. Ich habe an dieser Stelle schon vor zehn Jahren gesagt: In unseren öffentlichen Haushalten ist zum Beispiel der Bau eines Spaßbades eine Investition, und die Einstellung eines Lehrers ist Konsum. Nun frage ich Sie: Was ist für die Zukunft dieses Landes eigentlich wichtiger: weitere Spaßbäder zu haben oder eine bessere Lehrerversorgung? Daran sehen Sie schon die ganze Problematik des Begriffs der Investition; Nummer 1.

Zum Zweiten hat zum Beispiel das Land Niedersachsen 2 % mehr Investitionen allein durch die Verlustabdeckung der EXPO. Die Verlustabdeckung der EXPO hat Niedersachsen allein 2 % gebracht.

Zum Dritten wird unsere Investitionsquote immer auf eine viel zu breite Basis bezogen, nämlich auf die Basis vor Abzug des Länderfinanzausgleichs. Wenn wir unsere 4,5 Milliarden DM Länderfinanzausgleich herausnehmen, ist unsere Investitionsquote gleich um einen Prozentpunkt höher.

Das Letzte und Interessanteste ist nun Folgendes: Wenn wir zum Beispiel den Gemeinden Pauschalzuweisungen geben – wir machen das ja in einem ganz hohen Maße –, dann sind das Konsumausgaben. Wenn wir keine Pauschalzuweisungen, sondern Investitionszuweisungen geben würden, dann wären das Investitionen. Wenn wir etwa unsere Investitionszuweisungen, die in diesem Jahr 1,4 Milliarden DM betragen, verdoppeln würden, würde sich unsere Investitionsquote von rund 10 % auf rund 14 % erhöhen, und wir lägen ganz eindeutig vor allen anderen Ländern mit Ausnahme Bayerns.

Ich musste das einfach einmal sagen. Der Vergleich der Investitionsquoten, der hier angestellt wird, ist einfach Unsinn.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Herr Moser hat – darüber kann man diskutieren – gefordert, wir sollten mehr Beamte bei der Steuerverwaltung einstellen, um die Steuerquellen besser ausschöpfen zu können. Natürlich sollen wir auch mehr Lehrer einstellen und mehr Polizeibeamte einstellen. Wo wir dann sparen sollen, hat mir niemand gesagt.

(Abg. Wieser CDU: Privatisierung der Finanzämter!)

(Minister Stratthaus)

Ich muss die Unterstellung, wir würden unsere Steuerquellen nicht ausschöpfen, weil vieles in den Finanzausgleich gehe, mit aller Deutlichkeit zurückweisen. Bei uns wird selbstverständlich nach dem Gesetz gearbeitet. Auch den Vorwurf mangelnder Solidarität, der erhoben worden ist – es ist ja gesagt worden, wir müssten mehr Steuern für die anderen Länder erheben –,

(Zuruf von der SPD: Die Ressourcen!)

muss ich eindeutig zurückweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das Land Baden-Württemberg ist 50 Jahre alt und hat als einziges Land 50 Jahre lang jedes Mal Geld in den Länderfinanzausgleich bezahlt. Wir haben in diesen 50 Jahren 73 Milliarden DM in den Finanzausgleich gezahlt. Wenn Sie das mit unseren Schulden von ca. 60 Milliarden DM vergleichen, könnten Sie sagen, wir hätten heute 13 Milliarden DM Überschuss, wenn es den Finanzausgleich nicht geben würde.

(Abg. Wieser CDU: Wenn es die Roten nicht gäbe! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Jedes Mal das Gleiche! Sie stellen den Föderalismus infrage!)

– Frau Dederer, jedes Mal das Gleiche, weil der Lehrer durch geduldige Wiederholung die Chance hat, dass es der Schüler kapiert. Deswegen muss ich es immer wieder sagen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sie stellen den Föderalismus infrage!)

– Ich stelle den Föderalismus nicht infrage.

(Abg. Teßmer SPD: Nein, gar nicht!)

Ich stelle aber fest, dass es eine Reihe von Ländern gibt, die sich Dinge leisten, die wir uns nicht leisten können, aber zum großen Teil vom Finanzausgleich leben.

(Zuruf von der SPD: Saarland!)

Meine Oma hat immer gesagt: Allzu gut zu sein ist ein Stück von der Liederlichkeit. Darum geht es hierbei und nicht um den Föderalismus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Teufel hat unterschrieben!)

Meine Damen und Herren, der Haushalt – das habe ich in der Einbringungsrede gesagt – ist unter schwierigen Bedingungen aufgestellt worden. Die Bedingungen sind in der Tat nicht leichter geworden, sondern sie sind in den letzten Monaten von Tag zu Tag schwieriger geworden.

Ich darf Sie daran erinnern, dass die Steuereinnahmen immer stärker zurückgegangen sind. Auch da eine Zahl, die doch einmal genannt werden muss – es ist keine politische, aber eine höchst interessante Zahl –: Wir hatten im Jahr 2001 einen Steuerrückgang gegenüber dem Vorjahr um 2 Milliarden DM; das sind 6 %. Seit das Land Baden-

Württemberg besteht, hat es das noch nie gegeben, dass die Steuereinnahmen um 6 % zurückgehen. Das ist der stärkste Rückgang, den es bisher je gegeben hat. Dazu kam noch, dass auch gegenüber unserer Haushaltsplanung ein Rückgang um knapp 600 Millionen DM zu verarbeiten war.

Ich darf darauf hinweisen: Seit Baden-Württemberg besteht, gab es lediglich drei Jahre mit negativer Steuerentwicklung. Normalerweise hat man von negativer Entwicklung gesprochen, wenn die Steigerungsrate gering war. Es gab nur drei Jahre mit negativer Steuerentwicklung, nämlich 1975, 1994 und 1997. Am härtesten war es bisher 1994 mit einem Rückgang um 4 %. Dieses Mal sind die Steuereinnahmen um 6 % zurückgegangen. Meine Damen und Herren, das musste verarbeitet werden, und das war nicht leicht.

Diese Einnahmeausfälle – ich muss das doch einmal sagen, weil das in der politischen Diskussion immer wieder angeführt wird – sind ohne Frage auf die verfehlte Reformpolitik der Bundesregierung zurückzuführen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: Ja, ja! Das ist das Problem!)

Heute ist schon einige Male gesagt worden, die Bundesrepublik hätte schon während der Kohl-Regierung die schlechteste Entwicklung in Europa gehabt. Das trifft für einige Jahre zu, aber auch mit diesem Argument muss man sich auseinander setzen. Wir hatten in der Tat seit 1995 eine schlechte Entwicklung. Die damalige Regierung hat richtig reagiert. Sie hat nämlich eine Steuerreform eingeleitet, sie hat eine Arbeitsmarktreform gemacht, sie hat eine Rentenreform gemacht, und sie hat die Krankenversicherung reformiert. Was aber haben Lafontaine und Schröder gemacht? Die Steuerreform wurde im Bundesrat unmöglich gemacht, die Arbeitsmarktreform wurde zurückgenommen, die Rentenreform wurde zurückgenommen, und die Krankenversicherungsreform wurde zurückgenommen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Der Bundeskanzler hat damals gesagt: Wir machen nicht alles anders, aber vieles besser. Es ist ganz anders gekommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Zunächst hat Lafontaine alles schlechter gemacht, und Schröder hat daran nichts geändert. Das ist heute unser Problem. International ist man sich darüber einig, dass auf den Gebieten, die heute diskutiert werden – Steuern, Rentenreform, Krankenversicherung, Arbeitsmarkt –, etwas geschehen müsste. Die Kohl-Regierung hatte bereits die notwendigen Reformen eingeleitet.

(Lachen bei der SPD)

Sie haben sie unmöglich gemacht oder wieder zurückgenommen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der SPD)

(Minister Stratthaus)

Deswegen ist auch der Rundumschlag des Bundesfinanzministers wegen der Verschuldung wirklich nicht angebracht.

(Zuruf von der SPD: Aber er stimmt doch! – Abg. Dr. Reinhart CDU: UMTS!)

Zunächst einmal ist festzustellen, dass sich der Bund eine ganze Reihe von Steuererhöhungen genehmigt hat. Er hat die Ökosteuer erhöht, er hat die Versicherungsteuer erhöht. Wir durften anschließend bei der Entfernungspauschale bezahlen. Das war der dickste Hund. Als die Ökosteuer die Regierung allmählich zu bedrohen begann, hat man einfach die Entfernungspauschale eingeführt. Übrigens ist diese Entfernungspauschale – ich wende mich an die Grünen – ein Witz. Erst will man das Autofahren einschränken, indem man das Benzin verteuert; nachdem dann aber die ersten Autofahrer protestieren, wird eine Entfernungspauschale eingeführt. Man hat mit der Fußspitze Gas gegeben

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Und hinten gebremst!)

und mit dem Absatz gebremst. Das ist völlig unmöglich. Die Ökosteuer hat der Bund kassiert, während die Entfernungspauschale anteilig der Bund, die Länder und die Gemeinden bezahlen können.

(Beifall bei der CDU)

Das ist einfach eine Tatsache. Meine Damen und Herren, deswegen sollte der Bundesfinanzminister sehen, wo wirklich die Schuld für diese starke Verschuldung liegt. Sicherlich nicht bei den Ländern und schon gar nicht bei Baden-Württemberg.

Lassen Sie mich noch in einem letzten Punkt versuchen – das ist mir wirklich ein Anliegen –, ganz sachlich darauf einzugehen, was eine Landesregierung eigentlich tun kann, damit die Einnahmen besser fließen, damit der Haushalt leichter aufzustellen ist.

Es ist überhaupt keine Frage, dass wir eine direkte Einnahmehoheit beinahe nicht haben. Wir können aber durch eine richtige Wirtschaftspolitik dafür sorgen, dass bei uns die Steuern besser fließen. Wir können durch eine richtige Wirtschaftspolitik dafür sorgen, dass die Arbeitslosigkeit niedriger ist. Wenn Sie die Ergebnisse sehen, müssen Sie mir zugestehen, dass die Wirtschaftspolitik richtig war. Wir können zum Beispiel die Menschen durch Bildung fit für die Zukunft machen. Das haben wir getan. Wir können das duale System fördern. Das haben wir getan. Wir können dafür sorgen, dass die jungen Menschen in den Schulen und Hochschulen an das Berufsleben herangeführt werden. Auch das tun wir. Wir können dafür sorgen, dass das Wissen um innovative Produktionspotenziale umgesetzt wird. Auch das haben wir getan.

Wir können den Mittelstand fördern. Lieber Herr Moser, für mich ist der Mittelstand kein Quatsch, wie Sie vorhin gesagt haben,

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

sondern der Mittelstand ist der Teil der Wirtschaft, der dafür sorgt, dass die Arbeitslosenquoten bei uns niedriger

sind als in den anderen Ländern, und dafür sollten wir dankbar sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Blenke CDU: So ist es! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Finanzminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Moser?

Finanzminister Stratthaus: Bitte sehr.

Abg. Moser SPD: Herr Finanzminister, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass ich dem, was Sie gesagt haben, ausdrücklich in dem Teil zustimme, welche Bedeutung der Mittelstand hat, dass ich aber in meiner Rede gesagt habe, dass es ein Quatsch ist, ständig zu behaupten, nur die großen Aktiengesellschaften würden von der Steuerreform profitieren, der Mittelstand hingegen nicht? Diese Behauptung ist der Quatsch.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Caroli SPD: Das war auch deutlich!)

Finanzminister Stratthaus: Ich nehme das zur Kenntnis, wobei ich die Behauptung nicht ganz nachvollziehen kann.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Der gewerbliche Mittelstand und auch die selbstständigen Berufe sowie die Arbeitnehmer waren die großen Verlierer der letzten Steuerreform, und die großen Gewinner waren die Konzerne. Das dürfen Sie mir wirklich glauben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: 60 %!)

Meine Damen und Herren, vorhin ist schon einmal gesagt worden – Herr Dr. Scheffold hat das ausgeführt –, dass auch die Behauptung, unsere Wirtschaftsstruktur sei die falsche, so nicht stehen bleiben kann. Es ist in der Tat so, dass in der Zwischenzeit auch in Baden-Württemberg viel mehr Menschen im Dienstleistungsgewerbe beschäftigt sind als im produzierenden Gewerbe und dass wir große Zuwächse hatten. Aber es ist auch eine Tatsache, dass bei uns der Anteil des produzierenden Gewerbes prozentual höher ist als in allen anderen Bundesländern. Das ist aber keineswegs ein Nachteil. Denn die Wertschöpfung ist im produzierenden Gewerbe wesentlich größer als bei den Dienstleistungen, und das ist auch der Grund dafür, dass bei uns der Wohlstand höher ist. Darüber sollten wir uns freuen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, alles in allem: Dieser Haushalt ist in einer sehr schwierigen finanzpolitischen Umgebung entstanden, und ich glaube, er ist so, wie er aufgestellt ist, ein gutes Werk, eine gute Richtschnur für die nächsten Jahre der Landespolitik in Baden-Württemberg. Ich kann den Damen und Herren von der Opposition sagen, dass sich Ihre Kolleginnen und Kollegen in den anderen Ländern freuen würden, wenn sie einem solchen Haushalt zustimmen dürften. Machen Sie sich die Freude: Stimmen auch Sie zu!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen daher in der Dritten Beratung zur **A b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage sind die in der Zweiten Beratung gefassten Beschlüsse, Drucksachen 13/700 und 13/701.

Wir stimmen zunächst ab über den

Staatshaushaltsplan 2002/03

Hierfür ist die Abstimmungsgrundlage die Drucksache 13/700. Ich bitte, damit einverstanden zu sein, dass wir wie in den früheren Jahren jeweils die Einzelpläne im Ganzen aufrufen. Den vorliegenden Änderungsantrag werde ich beim Einzelplan 07 zum Aufruf bringen.

Ich rufe auf

Einzelplan 01

Landtag

Wer dem Einzelplan 01 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 01 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 02

Staatsministerium

Wer dem Einzelplan 02 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 02 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 03

Innenministerium

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 03 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 04

Ministerium für Kultur, Jugend und Sport

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 04 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 05

Justizministerium

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 05 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 06

Finanzministerium

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 06 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 07

Wirtschaftsministerium

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/718.

In diesem Antrag sind zwei Kapitel aufgeführt. Ich gehe davon aus, dass wir über diese Kapitel in getrennten Abstimmungen entscheiden.

Dann rufe ich in diesem Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Drucksache 13/718, zunächst die zu Kapitel 0702 begehrten Änderungen auf. Wer dem Änderungsantrag insoweit zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann rufe ich in diesem Änderungsantrag die zu Kapitel 0705 begehrten Änderungen auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen ist auch dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Einzelplan 07 – Wirtschaftsministerium – abstimmen. Wer ihm zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 07 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 08

Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 08 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 09

Sozialministerium

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 09 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt und Verkehr

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 10 ist mehrheitlich zugestimmt.

Einzelplan 11

Rechnungshof

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 11 – Rechnungshof – ist einstimmig zugestimmt.

(Präsident Straub)

Ich rufe auf

Einzelplan 12

Allgemeine Finanzverwaltung

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 12 ist mehrheitlich zugestimmt.

Schließlich rufe ich auf

Einzelplan 14

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dem Einzelplan 14 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zur **A b s t i m m u n g** über das

Staatshaushaltsgesetz 2002/03

Dafür ist der Beschluss des Landtags in Zweiter Beratung, Drucksache 13/701, Abstimmungsgrundlage.

Ich rufe auf

§ 1

und bitte um die Jastimmen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Darf ich die

§§ 2, 3 und 4

aufrufen und das gleiche Abstimmungsverhalten zugrunde legen? – Das ist der Fall.

Dann rufe ich auf

§ 5

Wer § 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen ist § 5 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 6

Wer § 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 6 ist einstimmig zugestimmt.

(Abg. Fischer SPD: Bis § 10!)

Darf ich zu den

§§ 6 a, 7, 8, 9 und 10

das gleiche Abstimmungsverhalten, also einstimmige Zustimmung, feststellen? –

(Zurufe: Ja!)

Das ist der Fall. Den §§ 6 a, 7, 8, 9 und 10 ist einstimmig zugestimmt.

Dann rufe ich auf

§ 11

und bitte diejenigen um das Handzeichen, die zustimmen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen ist § 11 mehrheitlich zugestimmt.

§ 12

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 12 ist einstimmig zugestimmt.

§§ 13, 14, 15 und 16

Darf ich gleiches Abstimmungsverhalten, also einstimmige Annahme, feststellen? –

(Zurufe: Jawohl!)

Das ist der Fall. Auch diesen Paragraphen ist einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 6. Februar 2002 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 (Staatshaushaltsgesetz 2002/03 – StHG 2002/03)“. – Das Haus stimmt der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt und Punkt 1 der Tagesordnung damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes – Drucksache 13/548

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: fünf Minuten für die Begründung und fünf Minuten je Fraktion für die Aussprache.

Das Wort zur Begründung erteile ich Frau Abg. Rastätter.

(Stellv. Präsident Birzele übernimmt den Vorsitz. – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen und mehr Ruhe zu bewahren. – Bitte schön, Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Würden die Herren bitte meiner Aufforderung Folge leisten und Platz nehmen,

(Zuruf von der SPD: Und die Dame!)

damit Frau Rastätter mit ihrer Rede beginnen kann.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Vielen Dank.

(Anhaltende Unruhe)

Stellv. Präsident Birzele: Wenn Sie bitte Platz nehmen würden!

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren, die letzten Wochen haben uns gezeigt, dass ethische Fragen die Gesellschaft bewegen und dass die Politik Entscheidungen treffen muss. Die rasante Entwicklung der Wissenschaft und der Forschung zwingt uns immer mehr, Antworten auf ethische Grundfragen zu finden. Dazu gehören solche existenziellen Fragen wie: Was darf der Mensch? Wann beginnt das Leben? Auch hier im baden-württembergischen Landtag haben wir sehr ernste Debatten über diese Themen geführt.

Der Schock des 11. September letzten Jahres und seine Folgen haben uns darin bestärkt, dass der Auseinandersetzung mit Werten und dem Dialog der Kulturen künftig eine größere Rolle zukommen müssen.

Junge Menschen sind Teil unserer Gesellschaft und stellen Fragen an die Welt, in der sie aufwachsen. Kinder und Jugendliche müssen in ihrer Suche nach ethischer Orientierung und Urteilsfindung ernst genommen werden und brauchen dabei unsere Unterstützung.

(Beifall bei den Grünen)

Wir Grünen haben daher erneut einen Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes in den Landtag eingebracht, mit dem Ziel, die Fächer Ethik und Religion gleichzustellen und gleichzeitig zu stärken.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Das Fach Ethik soll dabei von einem Ersatzfach für den Religionsunterricht zu einem Wahlpflichtfach werden. Ethik und Religion sollen künftig eine gemeinsame Fächergruppe bilden und eng miteinander kooperieren.

Unser Gesetzentwurf, der Ihnen heute vorliegt, beinhaltet den Ausbau des Ethikunterrichts über alle Klassenstufen hinweg und an allen Schularten. Es macht Sinn, meine Damen und Herren, in der ersten Klasse der Grundschule und gleichzeitig in der fünften Klasse der Hauptschule mit der Einführung des Ethikunterrichts bald – und zwar im kommenden Schuljahr – zu beginnen, weil dort der größte Handlungsbedarf für die Einführung des Ethikunterrichts besteht.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sehr richtig!)

Wir brauchen natürlich gleichzeitig den Beginn der Ausarbeitung der Lehrpläne und die Einführung eines eigenständigen Studiengangs Ethik für Grund- und Hauptschullehrkräfte an den Pädagogischen Hochschulen des Landes. Ich

halte es für ein Armutszeugnis, dass es diesen eigenständigen Studiengang zwar für Realschullehrer und für Gymnasiallehrer gibt, nicht aber für Hauptschullehrer, die an ihren Schulen mit den größten Problemen konfrontiert sind.

(Beifall bei den Grünen)

Bei der von uns vorgeschlagenen Umwandlung des Ersatzfachs Ethik in ein Wahlpflichtfach geht es uns aber nicht um ein Konkurrenzangebot oder gar einen Verdrängungswettbewerb zwischen Ethik und Religion, sondern es geht um die gemeinsame Aufgabe des Ethikunterrichts und des Religionsunterrichts: eine verantwortungsbewusste Erziehung und Bildung unserer Kinder und Hilfestellung zur Bildung ihrer ethischen Urteilskraft.

Der Religionsunterricht wird gestärkt, weil der Stellenwert der ethischen Erziehung insgesamt gestärkt wird.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Das, Herr Kleinmann, wird übrigens auch von den Kirchen zunehmend so gesehen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ich weiß nicht, welchen Kirchen Sie zuhören!)

Vor wenigen Wochen fand eine eindrucksvolle Tagung zu Ethik und Religion an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe statt. Der Tübinger Religionspädagoge Professor Nipkow, den Sie sicher kennen,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ich habe meine Zulassungsarbeit bei ihm geschrieben!)

hat bei dieser Gelegenheit gesagt: Wir brauchen die Wahlpflichtfächer Ethik und Religion, und die Zukunft des Religionsunterrichts liegt in der engen Kooperation der Fächer Ethik und Religion.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Selbstverständlich, meine Damen und Herren, bleibt der grundlegende Unterschied zwischen den Fächern Ethik und Religion bestehen. Die Einzigartigkeit des Faches Religion liegt ja gerade darin, dass es kein weltanschaulich neutrales Fach ist, sondern dass der Religionsunterricht ein bekenntnisgebundenes Fach ist,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

dessen Kern religiöse Werte und der Gottesglaube ausmachen. Der Ethikunterricht dagegen als weltanschaulich neutrales Fach orientiert sich an Werten und Normen, wie sie das Grundgesetz vorgibt und wie sie in der Menschenrechtskonvention enthalten sind. Dazu kommen – das halten wir für sehr wichtig – religionskundliche Inhalte, interkulturelle Inhalte, ethische, lebenskundliche und philosophische Fragen. Diese werden im Ethikunterricht vertieft behandelt. Insofern geht der Ethikunterricht weit über das hinaus, was fächerintegrativ an Werteerziehung in allen Fächern geleistet werden kann. Denn selbstverständlich, meine Damen und Herren, bedeutet ein eigenständiges

(Renate Rastätter)

Fach Ethik nicht, dass die Werteerziehung, wie sie in allen Fächern an der Schule einbezogen werden muss und auch einbezogen ist, dort nicht mehr stattfinden soll.

Meine Damen und Herren, gehen Sie an die Schulen dieses Landes, gehen Sie vor allem an die Grundschulen und die Hauptschulen. Sie werden dort von den Lehrkräften hören, dass der Ethikunterricht dringend notwendig ist. Wir haben die Situation, dass in vielen Hauptschulklassen, aber auch zunehmend an Grundschulklassen bis zu 50 %, an einigen über 50 % der Schüler und Schülerinnen keinen Religionsunterricht mehr haben, weil sie muslimischen Glaubens sind, weil sie keiner Konfession angehören oder von ihren Eltern abgemeldet wurden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sie können nicht islamischen Religionsunterricht dafür einführen!)

Diese Kinder brauchen auch ein werterziehendes Fach. Das ist auch eine Forderung nach mehr Gerechtigkeit, und es ist eine wichtige Forderung insbesondere für die Integration muslimischer Schüler und Schülerinnen in unsere Gesellschaft.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Für uns Grüne ist der Ethikunterricht allerdings kein Ersatz für den Religionsunterricht.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Doch, das ist er!)

Wir wollen selbstverständlich trotzdem islamischen Religionsunterricht und haben dazu Pilotprojekte beantragt.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend eines sagen: Die Gesellschaft verändert sich. Die Kirchen öffnen sich zur Kooperation. Der Landeselternbeirat fordert Ethik ab der ersten Klasse. Der Städtetag begrüßt in seiner Stellungnahme unseren Gesetzentwurf. Nur das Kultusministerium, die Ministerin, die ausgerechnet bei dieser Debatte nicht da ist, lehnt dies in ihrer Antwort auf den Antrag meiner Fraktion ab.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das Ministerium verharrt in Altersstarre! – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Ruhe, Herr Salomon!)

Die Kultusministerin dieses Landes muss aufpassen, dass sie in dieser wichtigen Frage nicht bald zu den Ewiggestrigen gehört.

Ich bedanke mich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Stelly. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Wacker.

Abg. Wacker CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit diesem Gesetzentwurf der Grünen sprechen wir heute über etwas ganz Wesentliches in unseren Schulen. Es geht um die religiöse Erziehung und um die Werteerziehung unserer Kinder und Jugendlichen. Insofern begrüße ich die Debatte heute an dieser Stelle.

Für die CDU-Landtagsfraktion hat der Religionsunterricht ab Klasse 1 sehr hohe Priorität. Sie haben richtig gehört. Ich sage: Der Religionsunterricht hat für uns sehr hohe Priorität. Das Grundgesetz und die Landesverfassung von Baden-Württemberg geben uns den Auftrag zur christlichen Wertevermittlung an den Schulen. Aus diesem Grund ist in allen Lehrplänen unserer Schulen der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach ausgewiesen.

Gerade weil wir in einer zunehmend pluralistischen Gesellschaft leben und die Säkularisierung weiter voranschreitet, ist dieser konfessionsbetonte Unterricht so wichtig. In einer Zeit des Wohlstands und der weltpolitischen Herausforderungen ist das Ergründen von Pfaden nach der Sinnfrage des Lebens und die Vermittlung von christlich geprägten Werten in der Schule für uns von größter Bedeutung. Dies soll nicht nur in den Räumen der Kirche geschehen. Da die Schule neben dem Elternhaus Lebensmittelpunkt der Kinder und Jugendlichen ist, muss über diese wichtigsten Fragen des Lebens im Lernort und Lebensmittelpunkt Schule gesprochen werden.

Allerdings hat sich der Staat bei der Definition dieser Werte bekannterweise herauszuhalten.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die vom Grundgesetz vorgeschriebene Werteneutralität verpflichtet uns hierzu. Dafür sind die Kirchen bzw. die anerkannten Religionsgemeinschaften zuständig.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Sie unterliegen allerdings der großen Herausforderung, dieses hochinteressante Fach auch für junge Menschen interessant und attraktiv zu gestalten.

An dieser Stelle fragen Sie zu Recht, was mit den jungen Menschen geschieht, die aus Glaubens- oder aus anderen persönlichen Gründen nicht am Religionsunterricht teilnehmen wollen. Auch hierfür haben wir einen klaren Verfassungsauftrag, den wir erfüllen. Niemand kann zum Religionsunterricht gezwungen werden. Wenn man nicht am Religionsunterricht teilnimmt, ist man verpflichtet, ab Klasse 8 Ethik als ordentliches Unterrichtsfach zu besuchen.

Die eben gemachten grundsätzlichen Ausführungen waren notwendig, meine Damen und Herren, um hervorzuheben, dass das Grundgesetz und die Landesverfassung dem Schulfach Religion einen ganz besonderen Stellenwert verleihen. Was die Verfassung hervorhebt, ist nicht beliebig wählbar, austauschbar oder gar abwählbar.

Auch das in der Begründung Ihres Gesetzentwurfs zitierte Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 17. Juni 1998, Frau Kollegin Rastätter, beanstandet die bisherige Vorgehensweise des Landes Baden-Württemberg mit dem ordentlichen Lehrfach Religion und dem Ersatzfach Ethik keineswegs. Sie stellen etwas Richtiges fest, wenn Sie sagen, dass es dem Land Baden-Württemberg unbenommen sei, Ethik mit Religion als Wahlfach gleichzustellen. Das ist im Bundesverwaltungsgerichtsurteil enthalten. Darauf nehmen Sie zu Recht ausdrücklich Bezug.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Genau!)

(Wacker)

Allerdings ist das nur die halbe Wahrheit. Gleichzeitig hat das Bundesverwaltungsgericht klar gesagt, dass § 100 a des Schulgesetzes, in dem der Religionsunterricht prioritär behandelt wird, nicht zu beanstanden ist. Das ist die vollständige Wahrheit. Insofern unterstreicht es das, was ich zu Beginn meiner Ausführungen über den Religionsunterricht gesagt habe.

Der Gesetzentwurf der Grünen ist weiter mit Skepsis zu betrachten. Er will die eben beschriebenen Prioritäten verschieben, indem der Ethikunterricht als bekenntnisfreier Werteunterricht ab Klasse 1 gleichrangig neben Religion eingeführt werden soll. Ich unterstelle Ihnen nicht, dass Sie den Religionsunterricht – so, wie in Niedersachsen oder in Brandenburg vorgesehen – gänzlich aus der Schule verbannen wollen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Aber es besteht die Gefahr!)

Das wäre ungerecht. Aber wenn Sie Ethik mit Religion gleichstellen, schwächen Sie den Stellenwert und das Ansehen dieses Faches gerade bei unseren Kindern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Noch eine Bemerkung am Rande, meine Damen und Herren: Überbewerten Sie nicht die Fähigkeit der sechs- bzw. siebenjährigen Erst- und Zweitklässler zur eigenständigen Entscheidung. Es werden doch nicht die Kinder sein, die sich entscheiden, ob sie den Religionsunterricht oder den Ethikunterricht besuchen sollen. Es sind natürlich die Eltern, die nach ihrem Gewissen entscheiden,

(Abg. Zeller SPD: Das gilt auch für den Religionsunterricht!)

welcher Unterricht nun besucht werden soll. Eine solche Unterhöhlung des Religionsunterrichts wäre nach unserer Auffassung außerdem verfassungsrechtlich höchst bedenklich.

Ihr Gesetzentwurf weist eine weitere Schwachstelle auf: Sie wollen für Ihr Vorhaben – Sie haben es gerade betont – zu Beginn des nächsten Schuljahres möglichst schnell pro Jahr 100 zusätzliche Deputate schaffen,

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das haben wir im Haushalt beantragt!)

um diesen Ethikunterricht ab Klasse 1 zu gewährleisten. Insgesamt sollen also bis zum Jahr 2006 400 Neustellen für diesen Bereich vorgesehen werden. Diese Deputate fehlen dann in der Unterrichtsgrundversorgung. Das muss man vollständig in die Rechnung einbeziehen.

Sie wissen, dass wir die beschlossenen 5 500 zusätzlichen Deputate ausschließlich dafür benötigen, die Unterrichtsversorgung bis zum Jahr 2006 zu sichern.

(Abg. Schmid SPD: Und dafür reicht nicht mal!)

Weniger Stellen für diesen Bereich würde bedeuten, dass die Stundentafel für die Abdeckung des Pflichtunterrichts nicht gesichert wäre. In diesem Haus wird aber auch von

Ihnen betont, dass die Gewährleistung des Pflichtunterrichts höchste Priorität hat und dafür auch die zusätzlichen Lehrerstellen vorgesehen sind.

Ich möchte allerdings nicht nur über Dissenspunkte sprechen. Sie haben einiges Richtige angesprochen, Frau Kollegin Rastätter, zum Beispiel dass natürlich eine gemeinsame Verantwortung für den Religionsunterricht und den Ethikunterricht vorliegt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Keine Frage! Da gibt es keine Diskussion!)

Die Werteerziehung darf nicht nur auf den Religionsunterricht beschränkt bleiben. Auch der Ethikunterricht hat dafür einen besonderen Stellenwert, und eigentlich müssen alle Unterrichtsfächer hierfür einen Platz haben. Deshalb fokussieren wir bitte schön diese Debatte nicht auf den Bereich des Religions- und des Ethikunterrichts.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Wacker CDU: Ich bin gerade beim letzten Satz. Vielen Dank für den Hinweis, Herr Präsident.

Dieser Bereich ist vielmehr ein Gesamtverantwortungsbereich der Pädagogik und Methodik an unseren Schulen. Deswegen ist Werteerziehung Bestandteil der Bildungspolitik im Allgemeinen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bayer.

Abg. Bayer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Zuruf des Abg. Reichardt CDU)

– Kein Problem.

Ja, um Himmels willen, müssen denn Hausmeister an Grundschulen immer noch Heiden hüten?

So äußerte sich kürzlich eine Lehrerin anlässlich einer Diskussion um die Einführung des Ethikunterrichts an bayerischen Grundschulen. Damit wäre das Problem, um das es hier geht, zwar mit einem ziemlich sarkastischen Unterton, aber meines Erachtens treffend auf den Punkt gebracht.

Die Anzahl konfessionsloser Schüler war über viele Jahre äußerst gering,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

und deshalb hatten wir auch kein schulpolitisches und kein bildungspolitisches Problem damit. Aber die Zeiten haben sich geändert. Seit Ende der Sechzigerjahre kann man einen Rückgang kirchlicher Bindungen und Gewohnheiten feststellen bis hin zu einer offensiven und massiven Kritik an den Kirchen. Das gilt nicht nur für die neuen Bundesländer, sondern auch für uns in Baden-Württemberg.

(Bayer)

Ich persönlich bedauere diese Form von Säkularisierung, aber sie ist Fakt. Wir müssen diese Entwicklung einfach zur Kenntnis nehmen, und zwar ohne den betreffenden Menschen ethische Grundorientierungen und Wertgebundenheit abzusprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

In diesem Zusammenhang stellt der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Lehmann, zu Recht die Frage, „ob es gemeinsame Überzeugungen gibt oder ob eine solche Gesellschaft durch die auseinander strebenden Kräfte auf einem Pulverfass sitzt“.

Darum geht es: Was hält diese Gesellschaft zusammen? Wo erlebt und lernt man gemeinsame Werte, und zwar als Kompass für den Lebensweg? Wie werden diese Orientierungen der nachfolgenden Generation vermittelt, und zwar nicht nur als reine Worthülsen und nicht nur als einfach schmückendes Beiwerk von Festreden?

Es ist richtig: Die Kirchen helfen bei der Antwort. Der Religionsunterricht hat nicht nur Verfassungsrang,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

sondern er hat auch, wie manche meinen, einen so genannten Mehrwert gegenüber neutralen ethischen Vermittlungsformen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Aber in einer Zeit, in der viele, und zwar nicht nur junge Menschen, Orientierung nicht oder nicht mehr bei den Kirchen suchen, in einem allgemeinen Pluralismus von vielgestaltigen und auch sehr widersprüchlichen Werten braucht es – und auch hier zitiere ich wieder Karl Lehmann – „eine gemeinsam verpflichtende Hinführung zu so etwas wie einer tragfähigen Mitte“.

Nichts anderes möchte ein Ethikunterricht, der sich auf die sittlichen Grundsätze des Grundgesetzes und auf die Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen bezieht. Ein solcher Ethikunterricht darf nicht einfach nur getarnter Religionsunterricht sein, er muss ein eigenständiges Konzept haben.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Natürlich!)

Die Landesregierung meint, es sei Aufgabe aller Fächer, den Schülerinnen und Schülern Grundwerte und ethische Einstellungen zu vermitteln. Sie meint, diese Ziele könnten mithilfe der spezifischen Inhalte viel nachhaltiger vermittelt werden, als dies ein Fach könne, das Ethik zum ausschließlichen Gegenstand hat. Diese Auffassung ist meines Erachtens nicht nachvollziehbar. Gerade wenn man den hohen Stellenwert ernst nimmt, der Sinn- und Wertfragen in den Schulzielen zukommt, muss man eigentlich zu der Auffassung gelangen, dass eine solch schwerwiegende Aufgabe nicht einfach nur nebenbei erledigt werden kann.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja, klar!)

Zu diesem Schluss kommt übrigens auch eine Untersuchung des kulturwissenschaftlichen Instituts der Universi-

tät Bayreuth. Zu diesem Schluss kommen ein groß angelegter Schulversuch in Österreich und auch die FDP/DVP, zumindest außerhalb dieses Hauses.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das war nicht ganz nachvollziehbar! Könnten Sie das bitte erklären? – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU)

– Ich meinte, es gebe auch Stimmen in der FDP/DVP außerhalb dieses Hauses, die diese Auffassung teilen.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Auch bei uns in Baden-Württemberg muss gewährleistet sein, dass sich alle Schülerinnen und Schüler systematisch mit Sinn- und Wertfragen auseinandersetzen können – im Religionsunterricht oder eben im Ethikunterricht, gerade auch in den hierfür besonders sensiblen Klassenstufen 5, 6 und 7.

Den eingebrachten Gesetzentwurf halten wir deswegen in der Sache für gerechtfertigt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Aber?)

Aber nicht alles, was richtig ist, nicht alles, was man sich wünscht, ist zu jedem Zeitpunkt auch realisierbar.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr diplomatisch!)

Wie Sie wissen, legen wir in dieser Legislaturperiode einen deutlichen Schwerpunkt auf die Ganztagsbetreuung von Kindern und Jugendlichen innerhalb und außerhalb der Schule. Wir sehen darin eine wesentliche Verbesserung der Lern- und Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen. Die Ganztagsbetreuung hat übrigens auch positive Effekte für die soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.

Da wir unsere diesbezüglichen Vorschläge und Anträge solide gegengerechnet haben, halten wir die in dem Gesetzentwurf geforderten zusätzlichen Stellen zumindest derzeit für nicht finanzierbar. Dennoch muss die stiefmütterliche Behandlung des Schulfachs Ethik überwunden werden, beginnend mit dem Ausbau der betreffenden Aus- und Weiterbildung. Es wäre aber schon einiges gewonnen, wenn im aktuellen Ethikunterricht alle Schülerinnen und Schüler von dafür ausgebildeten Fachkräften unterrichtet würden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Aber hierbei – damit komme ich zum Ende – tun sich auch andere ganz schwer. Man liest in einem Bändchen der schon angesprochenen Universität Bayreuth wörtlich Folgendes:

In den letzten Jahren hat sich die Situation in Bayern merklich gebessert. Es kommt aber immer wieder vor, dass, insbesondere aus organisatorischen Gründen und auch, weil kein Lehrer mit entsprechender Ausbildung vorhanden ist, der Hausmeister mit der Beaufsichtigung der Schüler, die nicht am Religionsunterricht teil-

(Bayer)

nehmen, betraut wird. So versiert Hausmeister im „Heiden hüten“ auch sein mögen, sie haben andere Aufgaben zu erfüllen, und die Schüler

– auch in Baden-Württemberg –

haben ein Recht auf einen Unterricht von fachlich und didaktisch kompetenten Lehrern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Bayer SPD: Letzter Satz: Ich weiß, das wäre lediglich ein Anfang und nicht mehr. Aber es wäre ein Anfang mit Perspektive, und in Verbindung mit einem umfassenden Ausbau der Ganztagsangebote wäre das schon eine ganze Menge.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kleinmann.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Um mit Goethe zu sprechen – Dichtung und Wahrheit –,

(Oh-Rufe von der SPD)

möchte ich vorweg einige grundsätzliche Dinge klarstellen.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Die FDP ist immer einer Meinung!)

Erstens: Es gibt wohl niemanden hier in diesem hohen Haus, der ernsthaft daran zweifelt, dass Ethik als Unterrichtsfach, als Ersatz für den Religionsunterricht eine sinnvolle Einrichtung ist.

Zweitens: Dass hier eine enge Kooperation zwischen Ethik einerseits und bekenntnisorientiertem Religionsunterricht andererseits stattfinden muss, ist so klar und so sicher wie das Amen in der Kirche. Es gibt niemanden, der das hier bezweifelt. Deshalb muss man das auch nicht hochstilisieren, als sei das eine neue Idee.

Drittens: Hier wird betont, man könne die muslimischen Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg – das sind immerhin 70 000 – nicht in den Ethikunterricht schicken. Das ist auch meine Argumentation, der ich mich schon immer für einen islamischen Religionsunterricht eingesetzt habe.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Auch das ist eine Selbstverständlichkeit, die man nicht noch einmal erwähnen muss.

(Zurufe von der SPD)

– Ach Quatsch. Hören Sie doch auf! Alles Unsinn.

(Unruhe – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Viertens: Es wird behauptet, die Kirchen hätten nichts gegen den Ethikunterricht. Die haben noch nie etwas gegen den Ethikunterricht gehabt, zu keinem Zeitpunkt. Wir streiten doch lediglich über die Frage der Gleichrangigkeit – sonst über gar nichts –

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

und die Frage, ob man ein Grundrecht, nämlich Artikel 7 des Grundgesetzes, ändern soll oder nicht.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Nein!)

Jetzt kommen wir zu vier wichtigen Punkten bei dieser ganzen Angelegenheit.

Erstens zum Thema Gleichwertigkeit. Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden: Wenn schon Ethik angeboten wird, dann, bitte schön, gleichwertig. Was war bisher der Fall? Man konnte keinen Leistungskurs machen, aber das entfällt jetzt ohnehin.

Zweitens: Für die Abiturdurchschnittsnote war die Ethiknote nicht relevant.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Das ist geschickt! So ein Quatsch!)

Drittens: Wir haben Ethik erst ab Klasse 8, ab der Religionsmündigkeit der Schülerinnen und Schüler. Dies soll geändert werden.

Viertens: Wir sollten qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer haben, die die Möglichkeit haben, an den Pädagogischen Hochschulen und an den Hochschulen das Fach Ethik zu studieren.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Dagegen ist nicht das Geringste einzuwenden. Genau das wollen wir auch.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Aber nichts passiert! Was haben Sie denn gemacht?)

– Frau Bregenzer, das darf Ihnen nachher der Kollege noch darlegen.

(Abg. Fischer SPD: Sie reden doch für die FDP/DVP! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Wir sind immerhin schon so weit gekommen, dass man Ethik als Wahlfach an den Pädagogischen Hochschulen studieren kann.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Aber nur für Reallehrer! Nicht für Grund- und Hauptschullehrer!)

Das reicht mir noch nicht; das ist völlig richtig. Das werden wir auch noch ergänzen.

Wir unterscheiden uns bei der Gleichrangigkeit. Ich sage Ihnen: Die Neutralität des Staates ist ein schwer erkämpftes Gut des 19. Jahrhunderts, nicht zuletzt durch den Liberalismus. Ich will keine Vorordnung der Kirche vor dem Staat, und ich will keine Vorordnung des Staates vor der Kirche.

(Kleinmann)

Wir bleiben bei der Neutralität, und das heißt: Wenn ich einen bekenntnisorientierten Religionsunterricht will, dann muss der Inhalt – er kann nicht vom Staat gemacht werden – von den Religionsgemeinschaften formuliert werden, und zwar

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wie lange noch? –
Abg. Christine Rudolf SPD: Was haben Sie in drei Jahren gemacht?)

innerhalb der Schranken des Grundgesetzes.

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Kretschmann GRÜNE: Das will doch gar niemand! – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

– Natürlich. Sie wollen doch die Gleichrangigkeit. Herr Kretschmann, Sie wollen Ethik mit bekenntnisorientiertem Religionsunterricht gleichsetzen. Dazu sagen wir als FDP/DVP ein klares Nein. Da machen wir nicht mit. Es bleibt die Vorordnung des bekenntnisorientierten Religionsunterrichts.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und weil der Staat zur Neutralität verpflichtet ist, kann ein Schüler, eine Schülerin – oder die Erziehungsberechtigten – sagen: Ich möchte an diesem Unterricht nicht teilnehmen. Sie können sich abmelden

(Zurufe der Abg. Carla Bregenzer SPD und Renate Rastätter GRÜNE – Abg. Carla Bregenzer SPD: Wohin geht er dann?)

und dann Ethikunterricht besuchen. Und so bleibt es. Deshalb keine Gleichrangigkeit, sondern eine Gleichwertigkeit.

Nächster Punkt: Vorhin ist von Herrn Bayer die Finanzierungsfrage angesprochen worden. Herr Bayer, da stimme ich Ihnen zu. Ich habe vor drei Jahren schon einmal zum gleichen Thema gesprochen. Die Meinung der FDP/DVP ist, dass wir mit dem Fach Ethik an den weiterführenden Schulen beginnen sollten – ab Klasse 5 und nicht wie bisher ab Klasse 8 – und dies Zug um Zug in Angriff nehmen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wie lange noch? –
Abg. Christine Rudolf SPD: Was haben Sie jetzt in drei Jahren gemacht?)

Weiter: Wir sollten es ermöglichen, dass an den Pädagogischen Hochschulen und den Hochschulen für das Fach Ethik qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet werden, um damit die Gleichwertigkeit zu erreichen. Wir schaffen es aus finanziellen Gründen höchstwahrscheinlich nicht, Ethik auch schon ab den Klassen 1 bis 4, also an den Grundschulen, einzuführen.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Sie schaffen gar nichts! Bisher haben Sie noch nichts geschafft!)

Über die Finanzierung, Herr Bayer, sind wir uns völlig einig.

Der letzte Punkt betrifft die Rechtsproblematik, meine Damen und Herren. Es wäre schön gewesen, wenn die Grünen einen Rechtsberater herangezogen hätten.

(Abg. Zeller SPD: Die fragen den Pfarrer Kleinmann!)

– Das ist eine gute Idee.

(Zurufe der Abg. Carla Bregenzer und Christine Rudolf SPD)

– Liebe Frau Kollegin, wer war denn sieben Jahre lang Assistent am Lehrstuhl für Kirchenordnung? Sie oder ich?

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Fischer SPD: Sie haben doch hier noch nichts eingebracht!)

Die Rechtsproblematik besteht darin: Wenn Sie die Gleichrangigkeit von bekenntnisorientiertem Religionsunterricht und dem Fach Ethik wollen, dann müssen Sie tatsächlich Artikel 7 des Grundgesetzes ändern.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

– Doch, Frau Rastätter. Lassen Sie sich das sagen. Sie müssen Artikel 7 des Grundgesetzes ändern, denn dort steht der bekenntnisorientierte Religionsunterricht, aber nichts von Ethik. Wir sind der Meinung: Wir lassen es, wie es ist.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Das Grundrecht auf bekenntnisorientierten Religionsunterricht als ordentliches Schulfach bleibt, wie es ist. Ethik bleibt Ersatzfach. In Sachen Ethik ist wegen der Gleichwertigkeit noch einiges zu tun.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Wann machen Sie das?)

Ansonsten ist das System sehr gut.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Staatssekretär Rau.

Staatssekretär Rau: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Alle Vorredner haben gesagt, was die Schule heute für die Entwicklung der jungen Menschen zu leisten hat. Frau Rastätter hat gesagt, Kinder und Jugendliche sollten in ihrer Suche nach Orientierung ernst genommen werden, und Herr Bayer hat die Frage aufgeworfen: Wo erlebt und lernt man gemeinsame Werte, wenn nicht in der Schule?

Diese Dinge, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind ja unstrittig. Der Erziehungsauftrag der Schule ist Allgemeingut nicht nur in diesem Hause, und ich glaube, dass wir gerade in den Bildungsplänen, die Gültigkeit haben – ich nenne die Grundschule einmal als Beispiel, weil wir hier ja mehrfach über die Grundschule gesprochen haben –, eine sehr moderne und uns auch zusammenführende Definition der Erziehungsaufgabe sehen können.

Ich glaube, dass durch den Antrag etwas anderes bezweckt wird, auch wenn das gerade in Zwischenrufen in Richtung des Kollegen Kleinmann heftig bestritten wurde; natürlich findet auch eine Debatte über den Stellenwert des Religionsunterrichts statt.

(Staatssekretär Rau)

(Abg. Kleinmann FDP/DVP und Abg. Wacker
CDU: So ist es!)

Sonst hätten Sie vermutlich einen anderen Antrag vorgelegt,

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Der ist noch da!)

als nun im Schulgesetz die beiden Fächer Religion und Ethik gleichstellen und damit die Rechtslage, die wir aus der Verfassung ableiten, gravierend verändern zu wollen.

In der Beurteilung der Verfassungslage sind wir uns seit der letzten Runde in dieser Sache vor drei Jahren nicht näher gekommen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Alle Jahre wieder!)

Wir sehen, dass Sie dem Parlament wieder das Gleiche vorlegen.

(Abg. Fischer SPD: Weil sich nichts getan hat!)

– Es ist nicht so, dass sich nichts getan hat, sondern wir können dem Anliegen aus guten Gründen nicht entsprechen. Wir würden dem Verfassungsauftrag von Artikel 7 des Grundgesetzes nicht entsprechen, wenn wir Religion und Ethik zu Wahlpflichtfächern machen würden; im Gegenteil.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig! Sehr gut!)

Das Grundgesetz hat in Artikel 7 den Religionsgemeinschaften mit dem Religionsunterricht ein Feld der Erziehung und Bildung in öffentlichen Schulen zugewiesen. Wir haben diese Festlegung des Grundgesetzes nicht nur zu respektieren; wir sind froh, dass es sie gibt, und wir setzen sie auch konsequent um.

Wir können die Schülerinnen und Schüler nicht vom Religionsunterricht auf ein Fach lenken, das in der alleinigen Verantwortung des Staates steht. Ethik kann deshalb nur eine Art Auffangfach für Schülerinnen und Schüler sein, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Der Verfassungsgeber wollte gerade nicht, dass Ethik- und Religionsunterricht zwei alternativ wählbare Wahlpflichtfächer sind.

Was kann der Religionsunterricht leisten, das der Ethikunterricht wahrscheinlich so nicht leisten kann? Kinder und Jugendliche sind mehr denn je auf Hilfe angewiesen, auf Hilfe bei der Suche nach Orientierung, auf Hilfe zur eigenen Entscheidung und auch – ich sage das bewusst – auf Unterstützung bei der Entwicklung einer eigenen Religiosität, die sie mehr trägt als alles andere Orientieren an Werten.

Kein Fach bietet mehr Hilfe als der Religionsunterricht; denn er beginnt mit der Vermittlung von Erfahrungen und Traditionen und nicht mit dem Lernen von Inhalten. Seine Aufgabe ist es, auf der Grundlage reflektierter Traditionen

nach dem Ganzen und nach dem Sinn des menschlichen Lebens und der Welt zu fragen. Das kann der Staat nicht leisten; denn er ist zur weltanschaulichen Neutralität verpflichtet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Artikel 7 des Grundgesetzes nimmt die Religionsgemeinschaften in die Pflicht – er gibt ihnen nicht nur Rechte, sondern nimmt sie auch in die Pflicht –; sie verantworten den Religionsunterricht als einen Bekenntnisunterricht, in welchem die im Glauben begründeten Wahrheiten vermittelt werden.

Jeder junge Mensch wird damit in den öffentlichen Schulen einerseits im Glauben seiner Religionsgemeinschaft gestärkt. Andererseits lernt und erfährt er durch das Zusammenleben mit Andersgläubigen in der Schule die Toleranz auch in religiösen Fragen.

Der Ethikunterricht hingegen kann diese Aufgabe, die das Grundgesetz dem Religionsunterricht zugewiesen hat, nicht erfüllen. Er muss der Neutralitätspflicht des Staates in religiösen Fragen unterworfen bleiben. Religiöse Inhalte kann er nur in der Form einer distanzierteren Religionskunde vermitteln, nicht aber in der Form einer im Glauben begründeten Verbindlichkeit.

Verstehen Sie mich nicht falsch. Der Ethikunterricht hat eine wichtige Aufgabe, erst recht in einer Zeit, in der die Zahl derer, die den christlichen Religionsunterricht besuchen, schwindet. Die Ethiklehrerinnen und -lehrer leisten viel und erbringen einen wichtigen Beitrag für die Ausbildung der Toleranzfähigkeit und die Verbindlichkeit von Werten; ich will das überhaupt nicht gering schätzen. Aber die Unterschiede zum Religionsunterricht sind, glaube ich, sehr deutlich geworden.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Bestreitet das jemand?)

– Die Konsequenz Ihres Gesetzentwurfs ist, dass Sie es bestreiten wollen. Deswegen mache ich noch einmal deutlich, worum es geht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1998 ist schon von verschiedenen Rednern gewürdigt worden.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Verwaltungsgericht!)

– Des Bundesverwaltungsgerichts, Entschuldigung. Ich muss das nicht wiederholen.

Es ist deutlich geworden, dass die in Baden-Württemberg gültige Rechtslage auch rechtskonform ist. Das Bundesverfassungsgericht hat ja eine gegen die Entscheidung erhobene Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung angenommen. Von daher kann eindeutig rückgeschlossen werden, dass wir uns auf verfassungsrechtlich sicherem Boden bewegen.

(Staatssekretär Rau)

Trotz der großen Wertschätzung, die ich dem Fach Ethik entgegenbringe, rate ich deshalb aus den genannten Gründen dringend davon ab, ihm einen anderen Status als den eines Ersatzfaches zu geben. Ich habe auch ein wenig den Verdacht, als ob über diese ganz grundsätzlich angelegte Debatte der faktischen Gleichstellung von Religion und Ethik eine Debatte über das Verhältnis von Kirche und Staat wieder belebt werden soll, die vonseiten der Grünen immer wieder begonnen wird.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das ist absolut hanebüchen! Das Gegenteil ist der Fall!)

– Das sind die Konsequenzen, die sich aus Ihrer Initiative ergeben. Ich will nur darauf hinweisen, dass man mit der Frage der Säkularisierung letztlich eine Debatte beginnt, die damit enden könnte, dass die Position der Religionsgemeinschaften in unserem Lande untergraben wird. Das ist mit uns überhaupt nicht zu machen.

(Zuruf von der SPD: Blödsinn!)

Wir sind mit den Kirchen im Verfassungsauftrag zur Bildung und Erziehung der jungen Generation verbunden, und das soll auch so bleiben.

Nun hat Herr Kollege Bayer mit, wie ich finde, bemerkenswertem Realismus am Ende auch noch auf die Ressourcenfrage hingewiesen. In der Tat ist es so, dass das, was in diesem Gesetzentwurf an Ausbringung zusätzlicher Stellen vorgeschlagen wird, in der Planung dieser Legislaturperiode überhaupt nicht zu leisten ist. Wir haben ab Klasse 8 in allen Schularten Ethikunterricht. Für die Studierenden des Hauptschullehrantes besteht übrigens auch die Möglichkeit, Ethik als Ergänzungsfach zu studieren. Es ist nicht so, dass dies an den Pädagogischen Hochschulen nicht studiert werden könnte. Man muss sich der Mühe eines Ergänzungsfachs unterziehen. Selbst wenn wir es wollten, haben wir aber gar nicht die Möglichkeit, den Ethikunterricht ab Klasse 1 flächendeckend einzuführen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Weil Sie unseren Finanzantrag abgelehnt haben!)

Wir haben nach § 100 a des Schulgesetzes den Auftrag, stufenweise voranzukommen. Wir haben uns bei der Prioritätenbildung deutlich für andere bildungspolitische Vorhaben entschieden. Das ist für mich ein weiterer Grund, weswegen wir diesem Gesetzentwurf heute mit Sicherheit nicht entsprechen können, allerdings ein nachrangiger Grund gegenüber den grundsätzlichen Überlegungen, die ich vorhin ins Feld geführt habe.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das, was die Vertreter der Regierung und die Koalitionsfraktionen dargelegt haben, hält einer kritischen Prüfung nicht stand. Was ist Ihre These? Ihre These ist: Wenn man Ethikunterricht ab Klasse 1 bis Klasse 7 ein-

führte – ab Klasse 8 besteht er ja schon –, dann wäre das der Versuch, die Kinder vom Religionsunterricht abzuhalten und sie auf eine Bahn zu lenken, die man gar nicht wollte.

(Zuruf von der SPD: Säkularisiert!)

So kann nur jemand argumentieren – das ist für das Kultusministerium ganz typisch –, der bar jeder Kenntnis der praktischen Verhältnisse in den Schulen ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das Abenteuerliche an Ihrer These ist Folgendes: Sie sagen, es ist besser, man hat für jene, die keiner Konfession angehören, gar keinen Unterricht als Ethikunterricht. Das genau ist Ihre These. Es ist also besser, Schüler, die keinen Religionsunterricht haben, werden vom Hausmeister betreut, statt ihnen ein Fach Ethik anzubieten. Das genau ist die praktische Konsequenz Ihrer Reden, und die ist völlig absurd.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Natürlich ist die Konkurrenz einer Freistunde gegenüber dem Religionsunterricht wahrlich um ein Vielfaches größer, als wenn man stattdessen auch in den Ethikunterricht gehen muss. Solche Thesen können wirklich nur weltfremde Leute erzählen, die noch nie an einer Schule waren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Faktisch ist es nämlich genau so, dass Ethik schon ein Wahlpflichtfach ist – das ist faktisch genau das Wahlverhalten der Schüler –, und was Sie tun, ist nichts anderes, als die Schüler zum Lügen zu ermuntern.

(Unruhe bei der CDU)

– Also, ich weiß nun sehr genau, weil ich dieses Fach jede Woche unterrichte, dass das Schüler nach dem Lehrer und anderen Gesichtspunkten entscheiden und nachher irgendetwas von Glaubens- und Gewissensgründen auf den Zettel schreiben, den sie im Rektorat abgeben.

Es ist völlig weltfremd – das erste Prinzip in der Politik ist aber Realismus –, einerseits zu sagen: „Der Staat hat weder das Recht, noch macht es Sinn, Leute, die nicht in einer Religionsgemeinschaft sind, zwangsumissionieren“, und andererseits, wenn man das nicht schafft, zu sagen: „Dann bleibt der Schüler halt auf dem Schulhof oder lungert im Aufenthaltsraum herum, und der Hausmeister wird schon gucken, was er tut.“ Das ist völlig abwegig. Das ist die Verstiegtheit Ihrer Politik, die alle zwei Jahre eine neue „pädagogische Sau“ durchs Dorf treibt,

(Heiterkeit bei den Grünen)

aber nur in der Theorie, und was in der Praxis stattfindet, interessiert Sie nicht.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ein „pädagogisches Schaf“!)

Ich glaube, es ist klar: Ausgerechnet den Einwandererkindern keine Werteerziehung zu geben, ist unter dem Ge-

(Kretschmann)

sichtspunkt der Integration verantwortungslos. Denn genau sie haben es am nötigsten, damit wir sie in unsere Gesellschaft integrieren können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Unruhe bei der CDU – Abg. Wacker CDU: Stopp!)

– Entschuldigung. – Herr Staatssekretär Rau.

Staatssekretär Rau: Herr Kollege Kretschmann, es ist eine beliebte Methode, wenn man im Grundsätzlichen merkt, dass man ertappt ist, hier Dinge zu unterstellen, die so nicht gesagt wurden, und sich darüber auslassen und aufregen zu wollen. Das können Sie sich schenken; das Haus hat Sie in dieser Technik durchschaut. Das kann ich Ihnen nur sagen.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe das Thema „Abwerbung vom Religionsunterricht“ nicht ein einziges Mal thematisiert.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: „Auf ein Fach lenken“ war Ihre Formulierung!)

Sie haben es zum Aufhänger gemacht, um hier noch einmal eine plumpe Polemik ablassen zu können. Das tut der Debatte über diesen Gesetzentwurf nicht gut.

(Beifall bei der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wo bleiben die Argumente? Keine Argumente!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, nunmehr liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Schule, Jugend und Sport zu überweisen. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 2 abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

a) **Antrag der Fraktion der CDU – Zukunft der Interregiozugverbindungen? Anspruch und Wirklichkeit der rot-grünen Interregiopolitik am Ende der Regierung Schröder – Drucksache 13/645**

– dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO

b) **Antrag der Fraktion GRÜNE – Verwendung der Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonennahverkehr/Öffentlichen Verkehr durch das Land Baden-Württemberg – Drucksache 13/703**

Zusätzlich rufe ich den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/719, auf.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache über a und b fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt.

Das Wort erhält Herr Abg. Schebesta.

Abg. Schebesta CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Einstimmige Beschlüsse zum Thema „Regionalisierungsmittel und Interregio“ haben in diesem Haus eine gute Tradition. So sind wir am 25. Oktober 2000 und am 25. Oktober 2001 verfahren. Heute liegt sogar ein gemeinsamer Entschließungsantrag aller Fraktionen vor, und ich gehe deshalb davon aus, dass wir diese Diskussion ohne Emotionalität und ohne entsprechende Lautstärke führen können, wie wir sie in Diskussionen zu diesem Thema hier auch schon erlebt haben.

Aus dem Bundesministerium für Verkehr liegt ein Referentenentwurf zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes vor. Dieses Gesetz ist Grundlage der Finanzausstattung der Länder für den Nahverkehr. Es hätte schon im Jahr 2001 mit Wirkung zum 1. Januar 2002 geändert werden sollen. Der Landtag und die Verkehrsministerkonferenz halten für die Finanzausstattung nach der Regionalisierung ab dem Jahr 2002 einen Betrag von knapp 7 Milliarden € mit einer nachfolgenden Dynamisierung für notwendig.

In diesem Referentenentwurf sind 6,5 Milliarden € vorgesehen. Dies entspricht dem Stand von 2001 wegen der in diesem Jahr geringer ausfallenden Umsatzsteuerentwicklung. Eine Dynamisierung enthält dieser Referentenentwurf nicht. Damit entspricht er nicht dem, was wir hier im Landtag einstimmig beschlossen haben und was dem einstimmigen Votum der Verkehrsministerkonferenz entspricht.

Wenn das umgesetzt werden sollte, würden die Folgen so sein, wie sie in der Stellungnahme des Umwelt- und Verkehrsministeriums zum Antrag der CDU-Fraktion ausgeführt sind: Es müssten Verkehrsleistungen abbestellt oder Investitionsförderungen gekürzt werden. Es ist nicht nur so, dass nicht dynamisiert wird, sondern wir müssen in den kommenden Jahren auch mit steigenden Kosten für die Bestellungen rechnen; auf uns kommt ein weiteres Verkehrswachstum zu.

Was allerdings im Referentenentwurf zum Thema Interregio steht, kann nur als Witz bezeichnet werden. Ich darf zitieren:

Der von den Ländern geforderte Mittelbedarf in Höhe von rd. 200 Millionen DM für die künftige Finanzierung von Nahverkehrsleistungen, die bisher noch mit Angeboten des Fernverkehrs erbracht wurden, ist hiermit gleichfalls abgeholten.

Meine Damen und Herren, wir waren uns hier darüber einig, dass der Interregio keinen Nahverkehr, sondern Fernverkehr bedient. Er wird deshalb bisher mithilfe von Fernverkehrsleistungen gefahren. Das sollte auch so bleiben, es sei denn, die Länder bekommen die 100 Millionen € und die Zuständigkeit dafür übertragen, wie das Grundlage des Landtagsbeschlusses und der Beschlüsse der Verkehrsministerkonferenz ist.

(Schebesta)

So weit besteht, denke ich, in diesem Haus auch heute Einigkeit. Es besteht sicher auch darüber Einigkeit, und eine entsprechende Verständigung zwischen den Fraktionsspitzen in Berlin soll es geben, dass dieser Referentenentwurf nicht Grundlage der weiteren Beratungen sein soll. Denn so kann mit dem Schienenpersonennahverkehr, dem öffentlichen Personennahverkehr und mit den Bundesländern nicht umgegangen werden.

Ich wünsche mir, dass die Einigung, die wir hier im Landtag bisher in den Beratungen immer hatten, auch bei Terminen im Land deutlich wird. Herr Kaufmann, ich hätte Ihnen gern schon beim Aktionstag des Umwelt- und Verkehrsministeriums in St. Georgen geantwortet, aber es war nicht das Ziel dieser Veranstaltung, dass sich dort die Landtagsabgeordneten gegenseitig mit Wortmeldungen belegen. Sie haben dort davon gesprochen, dass das Land die Ausschreibung im Interregiobereich blockiere und dass politische Konzeptionslosigkeit bestehe.

Sie haben im Landtag der Forderung zugestimmt, dass der Bund als zuständige und verpflichtete Ebene für den Schienenpersonenfernverkehr auch den Interregioverkehr aufrechterhalten oder diesen den Ländern übertragen und dann die Mittel dafür zur Verfügung stellen soll. Erst dann stellt sich die Frage nach den Konzepten. Sie werden sehen: Wenn das geschehen ist, wird es diese Konzepte geben. Entsprechende Aussagen gab es ja auch in St. Georgen.

(Abg. Kaufmann SPD: Das kann man schon vorbereiten!)

Herr Palmer, eine Bitte habe ich an Sie. Hören Sie auf mit Aussagen wie in der Etatdebatte am Freitag, es sei skandalös, Geld umzuwidmen und Bundesfinanzminister Eichel aufzustacheln, Regionalisierungsmittel zu kürzen. Sie haben hier ja auch schon einmal von „Zweckentfremdung“ gesprochen. Herr Palmer, bei der Übertragung des Nahverkehrs wurde eine Regelung gefunden. Die Länder haben Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonennahverkehr übertragen bekommen, und wenn bei der Bestellung des Schienenpersonennahverkehrs durch die Länder Mittel frei werden – so war es gerade Zielrichtung der Regionalisierung –, soll damit der ÖPNV verbessert werden. Diese Verbesserung im öffentlichen Personennahverkehr in Baden-Württemberg wollen wir doch auch alle. Wir haben in dieser Beziehung schon viel erreicht. Für weitere Verbesserungen brauchen wir die Dynamisierung, sonst müssen wir mit den Zuschüssen und den Ausschreibungen zurückfahren.

Wir unterstützen deshalb weiterhin die Position des Landes. Wir unterstützen die Bundesratsinitiative, den Gesetzesentwurf, der gestern im Landeskabinett verabschiedet wurde. Wir fordern, dass die rund 7 Milliarden €, inklusive 100 Millionen € für den Interregio, Grundlage der Beratungen mit dem Bund sind und dass wir zu einer Dynamisierung kommen.

Die Länder haben schon einen Schritt getan, sie haben nämlich auf den Ersatz eines Teils des Defizits, das der Interregio einfährt, verzichtet, nämlich auf rund 50 Millionen €.

Hoffentlich kommt es bald zu einer Einigung – am besten auf dieser Grundlage, aber auf keinen Fall auf Grundlage des Referentenentwurfs.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Bundesregierung betreibt seit dem Regierungswechsel eine bahnfreundliche Politik.

(Lachen bei der CDU – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Hauk CDU: Das kann ja nur Gelächter ernten!)

– Es ist interessant, was bei Ihnen alles Heiterkeit erregt. Ich belege Ihnen das.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Hauk: Da sollten Sie Ihren eigenen verkehrspolitischen Sprecher hören!)

Auf Betreiben der Grünen ist es gelungen – was Sie nie geschafft haben –, die Entfernungspauschale endlich auch Bahnkunden zugute kommen zu lassen. Bei Ihnen galt sie immer nur für das Auto.

(Abg. Pfisterer CDU: Und die Preise zu erhöhen!)

– Die Preise erhöht die DB selbst, das macht nicht die Bundesregierung. Das sollten Sie wissen, Herr Kollege.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Wir haben es geschafft, die Investitionsmittel für das Netz um 50 % zu erhöhen. Bei Ihnen sind sie immer zusammengestrichen worden. Die Bahn kann nun endlich wieder in ihr Netz investieren.

Wir haben erreicht, dass nicht die Forderung des Kollegen Drexler durchgesetzt wird, das Geld sofort wieder in den Straßenbau zu schichten, wenn die Bahn mit dem Bauen nicht nachkommt.

Vor allem aber haben wir – damit kommen wir zum Thema – seit Übernahme der Regierung die Regionalisierungsmittel um rund 650 Millionen € erhöht, bundesweit.

(Abg. Hauk CDU: Entschuldigung, das ist Gesetz! Verfassungsrechtlich abgesichert!)

Sie sind um 650 Millionen € erhöht worden,

(Abg. Hauk CDU: Das ist nichts Neues!)

und gleichzeitig wurde die Neuverschuldung massiv abgesenkt. Das muss man erst einmal schaffen. Das ist eine Leistung, eine politische Leistung, Herr Kollege Hauk.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Pfisterer CDU: Das ist auch viel Eigenlob!)

(Boris Palmer)

Wir fragen uns allerdings – das haben wir heute mit einem Antrag geklärt –:

(Abg. Hauk CDU: Verfassungsanspruch und -wirklichkeit!)

Was ist aus dem Geld geworden?

(Abg. Pfisterer CDU: Wir auch! Das fragen wir uns auch!)

Warum ist bei den Fahrgästen nichts angekommen? Seit 1998 hat sich im Schienenverkehr des Landes nicht mehr viel getan. Die Verbesserungen sind alle vorher auf die Schiene gekommen. Was also ist mit dem Geld passiert?

Herr Kollege Schebesta, ich kann Ihnen das leider nicht ersparen: Was ich schon in der Haushaltsdebatte angerissen hatte, hat die Stellungnahme der Landesregierung nun eindeutig belegt. Die Landesregierung spricht offen an, dass sie Sparkassen aus Regionalisierungsmitteln anlegt, nämlich in den Jahren 2000 und 2001 jeweils 80 Millionen €. Diese Gelder konnten nicht ausgegeben werden. Der Bund überweist, und Sie bunkern dieses Geld irgendwo. Das Geld wird nicht ausgegeben. Das ist nicht Sinn des Regionalisierungsgesetzes.

Im Finanzausschuss haben Sie eingestanden, dass Sie auch im kommenden Jahr wiederum 80 Millionen € nicht ausgeben können. Sie können sie einfach nicht ausgeben. Woran liegt das? Sie sind nicht kreativ genug, endlich einmal zu bestellen. Es gibt jede Menge Anliegen auf der Schiene, die nicht erfüllt werden. Ich könnte Ihnen zig Fahrten nennen, die dringend bestellt werden müssten – ohne dass man dazu Wagenmaterial kaufen müsste –: Abendverkehr, Wochenendverkehr und Nachtverkehr beispielsweise. Da kommt bei Ihnen nichts.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Palmer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber sicher.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Oh!)

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Palmer, wollen Sie zur Kenntnis nehmen, dass eine ganze Reihe von Großinvestitionen anstehen, wie zum Beispiel die S-Bahn Rhein-Neckar, die dann auch entsprechend finanziert werden müssen?

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Kollege Hauk, das nehme ich sehr gern zur Kenntnis. Sie argumentieren ja immer, Sie müssten dieses Geld ansammeln, weil Sie nicht in der Lage seien, die Projekte rechtzeitig durchzuführen. Das Problem aber ist, dass Sie jedes Jahr aufs Neue 80 Millionen € zusätzlich ansammeln, die Sie nicht ausgeben. Es kann doch nicht sein, dass Sie mit Ihren Projekten überhaupt nie in die Gänge kommen. Irgendwann müsste auch einmal etwas abfließen. Es kommen aber in jedem Jahr 80 Millionen € hinzu.

(Abg. Hauk CDU: Sie müssen die Projekte komprimiert angehen!)

– Das ist nicht der Grund. Sie haben einen strukturellen Überschuss, weil Sie nicht bereit sind zu bestellen. Das ist der Grund.

(Beifall bei den Grünen)

Nebenbei bemerkt: Die Interregiofinanzierung ist dabei ja schon enthalten: 30 Millionen DM, also 15 Millionen €, haben Sie für den Interregio schon ausgegeben. Trotzdem gibt es diese Überschüsse. Sie könnten das also alles locker bezahlen.

Was Sie nicht zugeben – das ist der zweite Grund, warum so viel Geld übrig bleibt und weshalb Eichel jetzt kürzen will –: Sie wollen damit den Landshaushalt sanieren. Seit 1995 haben Sie in einem Volumen von 50 Millionen € jährlich Landesmittel durch Regionalisierungsmittel ersetzt und damit zur Konsolidierung des Landshaushalts beigetragen.

Es ist nicht verwunderlich, wenn Finanzminister Eichel daher sagt: „Jedes Jahr erhöhe ich die Mittel. Davon kommt nichts bei den Fahrgästen an. Die Länder machen damit, was sie wollen. Warum soll ich denen eigentlich noch zusätzliche Mittel geben?“ Sie haben diese Kürzungsabsichten des Bundesfinanzministers provoziert.

Ich bin dennoch der Meinung, dass das, was Herr Eichel hier vorschlägt, nicht in Ordnung ist. Wir als Grüne wollen mehr Geld für die Schiene und nicht weniger. Wir sagen das im Land wie im Bund.

Da muss ich auch noch ein deutliches Wort an die SPD sagen. Wenn Frau Kollegin Rehbock-Zureich die Pläne des Bundesfinanzministers wie folgt kommentiert: „Zugleich begrüßt die SPD-Bundestagsfraktion den Entwurf der Bundesregierung für ein Regionalisierungsgesetz, der die Mittel des Bundes an die Länder für Zwecke des ÖPNV auf dem Niveau des Jahres 2001 dauerhaft sichert“, dann ist das nicht kongruent mit dem, was Sie hier vortragen. Ihre bahnpolitische Sprecherin ist aus Baden-Württemberg. Bitte nehmen Sie auf die Frau einmal Einfluss.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich sage Ihnen ganz klar: Für den Entwurf der Bundesregierung – des Finanzministers, muss man eigentlich sagen – wird sich keine grüne Hand im Bundestag heben. Deswegen ist er auch so gut wie erledigt.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Wo hat der die Informationen her?)

Wir wollen, dass mindestens auf der Basis des Jahres 2001, und zwar ohne Abzüge,

(Abg. Hauk CDU: Starken Worten müssen auch Taten folgen!)

6,75 Milliarden € für die Regionalisierung zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen den Zuschlag von 100 Millionen € für den Interregioverkehr. Wir wollen die Dynamisierung. Auch in Zukunft muss es Zuwächse geben. Wir sagen das einheitlich im Bund wie im Land. Deswegen brauchen wir Ihre Bundesratsinitiative nicht. Wir sind sehr

(Boris Palmer)

zuversichtlich, dass wir mit unserem Koalitionspartner die bahnfremdliche Politik, die 1998 begonnen hat, fortsetzen werden.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Schebesta CDU:
Wir werden es nicht vergessen!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kaufmann.

Abg. Kaufmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wurde vorhin schon angedeutet, dass über einige Punkte dieses Themas auch Einmütigkeit besteht. Aber ich will nicht verhehlen, dass zumindest in der Überschrift des CDU-Antrags eine Botschaft suggeriert wird, die an ein vorgezogenes Wahlkampfgeplänkel erinnert.

(Abg. Hauk CDU: Na, na, na!)

Über Anspruch und Realität in der Verkehrspolitik sollten wir uns sachlicher auseinander setzen und dabei auf Unterstellungen verzichten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich will deshalb an dieser Stelle unsere Position noch einmal deutlich zum Ausdruck bringen. Diese haben wir in der Vergangenheit bereits beschrieben. Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Fortschreibung des Regionalisierungsgesetzes den Ländern ein Anteil von 7,06 Milliarden € zur Finanzierung des ÖPNV zur Verfügung gestellt wird und dass diese Mittel jährlich zu dynamisieren sind. Damit verfügte Baden-Württemberg über einen Zuwachs von 80 Millionen €. Von einer Einstellung bedrohter Interregiozugverbindungen kann man dann in diesem Kontext nicht mehr sprechen.

(Abg. Schebesta CDU: Dann!)

– Das hatte ich gesagt.

Insoweit schließen wir uns dem jetzt vorliegenden Entschließungsantrag an und stimmen ihm zu. Ich habe vernommen, Herr Palmer, dass auch Sie die Zustimmung signalisiert haben. In dem Antrag kommt ja auch zum Ausdruck, dass Sie diese Bundesratsinitiative unterstützen. Die diesbezüglichen Ausführungen in Ihrer Rede habe ich jetzt ein bisschen als Widerspruch empfunden.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Aber sehr deutlich als Widerspruch!)

– Sehr deutlich.

Meine Damen und Herren, da sich beim ersten Referentenentwurf des Bundesfinanzministeriums zur Anpassung des Regionalisierungsgesetzes die Beifallsstürme sehr in Grenzen hielten, sind wir froh, dass er jetzt vom Tisch ist. Das spricht auch dafür, dass unsere Argumente in Berlin Gehör gefunden haben – im Gegensatz zu dem, wie Sie, Herr Palmer, es hier dargestellt haben.

Die bisherigen Leistungen der SPD-geführten Bundesregierung bei der Förderung des ÖPNV halten jedem Vergleich mit der Kohl-Regierung stand.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hauk CDU: Herr Kaufmann, das ist doch gesetzlich festgelegt gewesen! Von wem denn? Doch nicht von Ihnen! Sie haben das gerade übernommen als gesetzliche Fortschreibung! Wenn Rot-Grün gesetzestreu ist, ist das ja in Ordnung!)

Es ist in der Tat richtig, dass in dem Gesetzentwurf ein Zuwachs vorgesehen ist, aber darüber hinaus, Herr Hauk, wurden auch noch aufgrund der Zinersparnisse, die sich aus der Verringerung der Schulden durch die Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen ergeben, im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt, allein in diesem Jahr 1 Milliarde €, und bis zum Jahr 2003 werden es 3 Milliarden € sein.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Damit hat die Bundesregierung die Investitionen in das deutsche Schienennetz deutlich erhöht und eine Angleichung an das Niveau Straße vorgenommen.

(Abg. Hauk CDU: Das sieht man auch an der Vorfinanzierungsrate für die Strecke Stuttgart – Ulm!)

Sie wissen auch, dass sich diese Regierung in der Vergangenheit bei der Förderung des Nahverkehrs länderfreundlich gezeigt hat. Es sind nicht nur die vorhin angesprochenen 500 Millionen €, die bei den Regionalisierungsmitteln neben den Mitteln für Investitionen in das Schienennetz zusätzlich zur Verfügung gestellt werden, sondern der Bund hat auch zugesagt, auf die Rückzahlung von rund 400 Millionen € zu verzichten, die den Ländern nach dem Ergebnis des WIBERA-Gutachtens in den vergangenen Jahren bei den Regionalisierungsmitteln zu viel überlassen wurden. Meine Damen und Herren, diese Leistungen können sich sehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte nun zu der angesprochenen gesetzlich vorgeschriebenen Fortschreibung des Regionalisierungsgesetzes Stellung nehmen. Es ist in der Tat so, dass dieses Gesetz befristet war und zum 31. Dezember 2001 ausgelaufen ist. Nun sind zwei gesetzliche Auflagen damit verbunden:

Erstens ist zu prüfen, ob ein Betrag von 7,9 Milliarden DM ausreicht, um Verkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr von 1998 bis 2001 in gleichem Umfang bestellen zu können, wie sie seinerzeit im Fahrplan 1993/94 von der Bundesbahn erbracht worden sind.

Zweitens ist mit Wirkung ab 2002 die Steigerungsrate neu festzusetzen und zu bestimmen, aus welchen Steuereinnahmen der Bund den Ländern die Regionalisierungsmittel leistet.

Von einem guten Finanzminister – dazu gehört auch Hans Eichel – erwartet man zu Recht, dass er zu Beginn eines solchen Verhandlungspokers noch nicht alle Karten offen auf den Tisch legt. Das gehört eigentlich zu seinem Job. Und – darauf wurde vorhin auch eingegangen – die Bundesländer haben es dem Finanzminister gelegentlich auch sehr leicht gemacht, für eine Festschreibung der Regionalisierungsmittel zu plädieren. Ich zitiere dazu einmal aus einer Schlagzeile der „Frankfurter Rundschau“ vom 9. Janu-

(Kaufmann)

ar. Überschrift: „Krokodilstränen der Landesregierungen“. Weiter heißt es: „Bund zieht Konsequenzen aus der Zweckentfremdung seiner Regionalisierungsmittel“. Andere Zeitungen kommentieren ähnlich.

Meine Damen und Herren, wenn Regionalisierungsmittel nicht voll verausgabt werden und die Länder zum Teil auf Kosten des Bundes sparen und immer weniger eigene Mittel für den ÖPNV bereitstellen

(Abg. Hauk CDU: Entschuldigung! Das Geld steht uns zu! Das geht nicht auf Kosten von anderen!)

– Herr Hauk – und zudem der Wettbewerb auf der Schiene von den Ländern nur noch zögerlich zur Reduzierung der Kosten genutzt wird, dann muss man sich nicht wundern, wenn man dem Bundesfinanzminister die Argumente frei Haus liefert.

(Abg. Scheuermann CDU: Sie sollten besser Ihrem Verkehrsminister den Rücken stärken als Ihrem Finanzminister! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das wäre sinnvoll! – Abg. Hauk CDU: Es wäre besser, Herrn Bodewig so beizuspringen als Herrn Eichel!)

Dieser Referentenentwurf hätte ja heute im Bundeskabinett eingebracht werden sollen. Sie wissen: Er ist vom Tisch.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Warum denn?)

Wir betrachten das ebenfalls als Ergebnis unserer Einflussnahme in dieser Richtung. Das wissen Sie.

(Zuruf des Abg. Schebesta CDU)

Ich darf auch sagen, Frau Rehbock-Zureich hat sich maßgeblich daran beteiligt. Sie hat auch unsere Argumente vortragen und offensichtlich Gehör gefunden.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Warum sagt sie dann das Gegenteil?)

– Ich weiß nicht, worauf Sie sich beziehen. Ich habe persönlich mit ihr gesprochen. Insofern, denke ich, ist das die direktere Information.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Meine Damen und Herren, ich darf sagen: Die Inhalte der Bundesratsinitiative werden von uns mitgetragen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Kaufmann SPD: Wir benötigen jedoch zusätzlich – das darf ich abschließend noch einmal feststellen – mehr Wettbewerb auf der Schiene. Wir bedauern auch, dass die Vorbereitungen, Herr Schebesta, bei den Ausschreibungen von Nahverkehrsleistungen in unserem Land nur schleppend vorangehen.

(Zuruf des Abg. Schebesta CDU)

Hier muss die Landesregierung ihre Marktposition als Besteller von Nahverkehrsleistungen besser nutzen, um die Nahverkehrsmärkte stärker dem Wettbewerb zu öffnen und damit Einsparpotenziale für das Land und die Bahnkunden zu erreichen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Genau so ist es!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag der CDU-Fraktion bzw. die Stellungnahme der Landesregierung dazu sind bereits teilweise überholt. Das wurde schon angesprochen. Inzwischen lag ein Referentenentwurf vor. Dass dieser glücklicherweise, Herr Kollege Kaufmann, wieder vom Tisch ist, spricht dafür, dass auch die Parteien, die in Berlin die Regierung tragen, nicht so ganz glücklich damit sind. Das ist auch richtig so.

(Zuruf des Abg. Göschel SPD)

Denn da steht wirklich Fatales drin.

Herr Palmer, es beweist keineswegs, dass die Bundesregierung eine bahnfremde Politik betreibt, wenn sie einen solchen Entwurf überhaupt vorlegt.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Wer hat denn die Investitionen für die Bahn erhöht?)

Die Problematik Interregio besteht tatsächlich schon eine ganze Weile. Wir haben schon im Juli einen Fraktionsantrag dazu eingebracht, der inzwischen auch debattiert worden ist. Ich verweise auf das dort Gesagte.

Erneut zeigt sich, dass die Bahn weder wirtschaftlich noch zukunftsorientiert denkt und handelt. Wie glaubt man eigentlich Fernverkehre weiterhin ertragbringend betreiben zu können, wenn man die Äste, die zuliefern, abschneidet? Das geht doch nicht auf.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der CDU und des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg. Hauk CDU: Sehr richtig!)

Das ist genauso wie die verrückte Idee, dass man den größten Umsteigebahnhof in Baden-Württemberg einfach links oder rechts liegen lassen

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der CDU und des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

und dann sagen kann: Da halten alle, die bisher dort gehalten haben. Das reicht ja nicht. Mannheim muss weiterhin unser wesentliches ICE- und unser Fern- wie Nahverkehrszentrum bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

(Heiderose Berroth)

Aber was ist der Fall? Nun wieder zum Interregio: Die Bundesregierung ist entweder nicht gewillt oder nicht in der Lage – was nun der Grund ist, ist mir eigentlich egal –,

(Abg. Blenke CDU: Beides!)

mit der Deutschen Bahn zusammen den grundgesetzlichen Auftrag zur Aufrechterhaltung des Fernverkehrs durchzusetzen.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Wenn der Bund das aber nicht schafft, dann soll er halt, so wie wir das auch vorgeschlagen haben, den Ländern entsprechendes Geld zur Verfügung stellen, damit die Länder – wie sie es beim öffentlichen Nahverkehr bewiesen haben – das selbst ordentlich regeln können.

Nun ist es aber so, dass nicht nur dieses Geld nicht kommen soll, sondern dass die Mittel auch noch negativ dynamisiert werden. Im Weiteren soll die Dynamisierung ausgesetzt werden. Wir alle haben einen gemeinsamen Antrag gestellt, der sich dagegen richtet. Ob es der darin angesprochenen Koppelung an die Umsatzsteuer unbedingt bedarf, ist noch die Frage. Es hat sich ja gezeigt, dass diese Umsatzsteuer von Herrn Eichel einmal eingenommen wird und einmal auch nicht. Ob es dann so sinnvoll ist, die Entwicklung daran zu koppeln, muss man sich überlegen. Ich könnte genauso gut mit einer Koppelung an die Lebenshaltungskosten leben oder vielleicht an die Preise, die die Deutsche Bahn von ihren Kunden verlangt. Das wäre auch ein interessanter Ansatz.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Das ist ja Unsinn! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Dann wird es aber jedes Mal 10 % teurer!)

Zum Grünen-Antrag „Regionalisierung“. Ich habe einmal nachgeschaut: Elfmal findet man dieses Stichwort in dieser Legislaturperiode bereits im Internet. Das zeigt, wie heiß es hergeht.

Ich habe keinen Grund, der Stellungnahme des Ministeriums zu misstrauen, dass diese Mittel entsprechend ihrer Zweckbindung eingesetzt werden. Die Rückzahlungsforderung für das letzte Jahr beweist auch sehr deutlich, dass es besser ist, wenn man nicht alles ausgibt, sondern noch ein bisschen gespart hat, was ja eine gute schwäbische Tugend ist. Sonst werfen Sie uns immer vor, unsere Ausgaben seien zu hoch. Nun, wo wir, weil wir sehen, dass größere Aufgaben kommen, vorsorglich einen Teil parat halten, damit wir das Geld dann richtig investieren können, soll das plötzlich nichts taugen.

Von den Regionalisierungsmitteln ist sehr viel bei den Fahrgästen angekommen, und das wird von denen auch geschätzt. Der öffentliche Nahverkehr ist ein Erfolgsmodell in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Eine kleine Anmerkung dazu habe ich. Über die Verteilung innerhalb des Landes werden wir uns mit Sicherheit noch unterhalten müssen. Es ist natürlich wichtig, dass der ländliche Raum und die weniger dicht besiedelten Gebiete mit

öffentlichem Nahverkehr gut versorgt werden. Aber dass man deshalb die Region Stuttgart nun plötzlich ganz außen vor lassen will, das können wir nicht akzeptieren.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr gut!)

Das werden wir noch klären müssen.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Hauk CDU: Das ist ja wohl nicht wahr, Frau Kollegin!)

Zusammenfassend: Herr Kollege Palmer, Herr Kollege Kaufmann, mehr Geld für die Schiene reicht nicht. Das hat sich im Bund gezeigt. Das Geld war ja da, und der Bund gibt es gerade nicht aus.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie geben es nicht aus! – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Die Bahn kann es nicht investieren, das ist das Problem!)

– Die Bahn kann es nicht investieren; das ist doch genau der Punkt. Was ist das für eine Steuerung,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie haben die Ingenieure entlassen!)

ein Verkehrsminister, der da nicht eingreift, das Gespräch sucht und vielleicht auch unterstützend mahnt? Es bedarf langfristig zielgerichteter Investitionen bei der Bahn.

(Abg. Göschel SPD: Jetzt lenken Sie doch nicht ab!)

Da steht der Bund in der Verpflichtung und in der Verantwortung,

(Abg. Kaufmann SPD: Das macht der!)

und wir hoffen, dass er sich dieser auch stellt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Kaufmann SPD: Hat er doch!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Staatssekretär Mappus.

Staatssekretär Mappus: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gab hier schon die eine oder andere Aussage, bei der ich sagen muss, dass es ganz interessant ist, darüber noch einmal zu diskutieren. Überhaupt möchte ich feststellen, dass wir heute wohl wieder, was parlamentarische Anträge angeht, Einstimmigkeit erzielen können. Das halte ich auch für gut, weil es hier in der Tat um ein Thema geht, das sich, glaube ich jedenfalls, auch nicht für den Wahlkampf eignet. Ich denke, hinsichtlich der Bundestagswahl gibt es viele entscheidende Themen. Ob aber das Thema Interregio die Bundestagswahl entscheiden wird, da habe ich gewisse Zweifel.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Insofern ist es wohl durchaus angebracht, dass man Einstimmigkeit erzielt. Dabei stelle ich auch fest, Herr Kaufmann, wenn ich ein, zwei, drei Tage nach den Regional Konferenzen die Zeitungen lese, dass manche, die daran teilgenommen haben, im Nachhinein etwas ganz anderes

(Staatssekretär Mappus)

behaupten. Aber deshalb haben wir hier auch die Gelegenheit, über das eine oder andere zu diskutieren.

Ich möchte mich zunächst einmal auch dafür bedanken, dass wir bei dieser Materie, auch was die verkehrspolitischen Sprecher angeht, auch in den letzten Wochen Einmütigkeit behalten konnten. Sie wissen, es gab kontinuierliche Abstimmungen mit den verkehrspolitischen Sprechern aller Fraktionen, zuletzt vorletzte Woche bei uns im Haus. Ich glaube, es ist auch gut, dass wir uns bei diesem Thema einig sind, was die Vorstellungen des Bundesfinanzministers betrifft. Interessanterweise diskutieren wir in dieser verkehrspolitischen Debatte ständig über den Finanzminister. Eigentlich müsste es zur Abwechslung einmal der Verkehrsminister sein.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Aber mir soll es recht sein. Wir können gern auch über Eichel diskutieren.

Ich finde es auch gut, dass wir, was die Regionalkonferenzen angeht, im Prinzip Einmütigkeit erzielt haben und dass im Übrigen alle Bundesländer – alle; das kommt auch nicht alle Tage vor – exakt die gleiche Sichtweise haben, was die Entwicklung der Regionalisierungsmittel betrifft. In diesen Tagen werden in vielen Landeskabinetten – egal, ob es sich um ein A- oder um ein B-Land handelt – die gleichen Beschlüsse gefasst, auch hinsichtlich der Bundesratsinitiative, auf die ich noch zu sprechen komme.

Insofern, meine Damen und Herren, wird es Zeit für die Bundesregierung, zu handeln. Denn wir haben bisher gehört, was alles nicht gehe. Wir haben auch gehört, dass der Entwurf, der in diesen Tagen im Kabinett in Berlin behandelt werden sollte, nicht kommt. Aber bisher hat uns noch niemand gesagt, was kommt. Genau davon hängt die Entwicklung vor allem im Hinblick auf den Interregio, für den die getroffene Regelung Ende dieses Jahres ausläuft, letztlich ab.

Meine Damen und Herren, das Thema steht und fällt – man kann darüber diskutieren, wie man möchte – mit dem Geld. Es besteht eine riesige Diskrepanz zwischen dem, was wir bräuchten und was wir eigentlich auch bekommen sollten, und dem, was nun letztlich angedacht war. Die Verkehrsministerkonferenz hat im Oktober letzten Jahres in Dresden einstimmig beschlossen – ich nenne den Betrag in D-Mark, weil er damals noch in D-Mark beschlossen wurde –: 13,8 Milliarden DM inklusive 200 Millionen DM für den Interregio. Nun hat die Bundesregierung – zumindest bis vor kurzem – gesagt: rund 1 Milliarde DM weniger, gleichfalls inklusive Interregio. Darüber, dass dies nicht akzeptabel ist, sind wir uns, glaube ich, auch alle einig.

Jetzt zu Ihnen, Herr Palmer. Das, was Sie gesagt haben, war ohnehin interessant.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Denn Sie haben eigentlich fünf Minuten begründet, warum Sie überhaupt nicht zustimmen können, um im letzten Satz zu sagen: Ich stimme aber zu.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das habe ich nicht gesagt! Das kommt erst in der zweiten Runde!)

Das finde ich auch gut. Aber Sie haben mit Argumenten gearbeitet – auf diese möchte ich schon noch einmal eingehen –, die nicht richtig sind.

Zum berühmten „Sparkässlé“: Ich weiß nicht, ob Sie die Vorlage, die Sie als Beweis angeführt haben, auch richtig durchgelesen haben. Denn darin stand auch, warum wir rund 200 Millionen € derzeit nicht verausgabt haben.

Ich möchte Ihnen einmal anhand eines einzelnen Vorgangs darlegen, wie schnell das Geld weg ist. In zwei Wochen werden uns vom Bundesministerium der Finanzen 40 Millionen € als Rückzahlung für im letzten Jahr zu viel Bezahltes vorweg abgezogen. Das heißt, in zwei Wochen sind 20 % dieses „Sparkässles“, wie Sie es nennen, weg,

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

weil wir eine negative Dynamisierung haben. Das ist übrigens auch eine ganz interessante Komponente. Vom Wortstamm des Begriffs Dynamisierung kann ich eigentlich nicht unbedingt ableiten, dass das Geld weniger wird. Aber von diesen 200 Millionen € werden uns in zwei Wochen rückwirkend 40 Millionen € abgezogen.

Nachdem wir schon bei diesem Thema sind und Sie auch gesagt haben – –

(Zuruf des Abg. Kaufmann SPD)

– Herr Professor Kaufmann, darüber kann man diskutieren. Es gibt auch nicht wenige Juristen, die sagen: „Im Gesetz ist eindeutig von einer Steigerung die Rede.“ Natürlich könnte ein Mathematiker sagen: Es gibt auch eine negative Steigerung.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Aber wenn in einem Gesetz der Begriff Steigerung steht, kann ich daraus nicht ableiten, dass ich plötzlich 40 Millionen € zurückzahlen muss. Aber seis drum. Ich bin guter Hoffnung, dass sich dies Ende dieses Jahres aufgrund eines anderen Ereignisses noch ändern wird. Aber zunächst einmal werden uns 40 Millionen € abgezogen. Das ist Fakt. Insofern ist das Thema Sparkasse so, wie Sie es darstellen, nicht richtig.

Meine Damen und Herren, im Übrigen, weil immer gesagt wird, wir verausgabten das Geld nicht, nenne ich nur einmal drei Großprojekte: Regio-S-Bahn Rhein-Neckar, Regio-S-Bahn Freiburg und Ringzug. Zu Letzterem, Herr Kaufmann, müssten Sie doch kraft familiärer Verhältnisse beste Informationen haben, warum das bald kommt, aber eigentlich schon lange hätte kommen sollen.

Sie, Herr Palmer, wissen ganz genau, dass da jede Menge Geld reinfließt.

(Minister Dr. Christoph Palmer: Ich schon, aber er dort drüben nicht!)

Im Übrigen: Wenn wir den Interregio übernehmen, wie wir das wollen, brauchen wir allein 50 Millionen €, um das Wagenmaterial für den Interregio, das marode ist und das uns die Bahn auch nicht geben wird, zu ersetzen. Allein dafür sind 50 Millionen € weg. Insofern werden wir die Dis-

(Staatssekretär Mappus)

kussion spätestens im nächsten Jahr, weil die 200 Millionen € dann weg sind, ganz anders führen. Dann werden Sie auch Ihr letztes Argument, das Sie vermeintlich haben, schlussendlich nicht mehr haben.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Versprechen Sie, dass das im nächsten Jahr kommt?)

– Ich verspreche Ihnen, dass wir die Projekte so schnell wie möglich umsetzen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: So schnell wie möglich oder nächstes Jahr?)

Ich verspreche Ihnen, dass das Geld dann, wenn wir den Interregio übernehmen dürfen, wenn das rechtlich umgesetzt wird, im nächsten Jahr abfließen wird, weil wir dann das Wagenmaterial bestellen und es schlussendlich auch einsetzen wollen. Deshalb, meine Damen und Herren, kann überhaupt nicht die Rede davon sein, dass wir zu viel Geld hätten; im Gegenteil.

Im Übrigen ist die Argumentation von Herrn Eichel schon am Rande der Nobelpreisverdächtigkeit.

(Zuruf von der SPD: Ein guter Mann!)

Er argumentiert ja ständig, die Länder bräuchten eigentlich weniger Geld, weil sie durch Effizienzgewinne infolge der Regionalisierung deutlich weniger Geld verausgaben müssten, um das Gleiche zu bekommen. Die Grundidee der Regionalisierung war aber nicht nur, dass wir den Status quo aufrechterhalten – im Übrigen gibt es, ganz nebenbei, auch in diesem Bereich so etwas wie Preissteigerung, im Moment, wie Sie wissen, sowieso –, sondern auch, dass wir mehr Angebote schaffen wollen. Wir haben in den letzten fünf Jahren 30 % mehr Angebot geschaffen und haben in der Zwischenzeit eine deutlich höhere Zunahme als 30 % bei den Passagieren auf der Schiene – übrigens müssten Sie doch der größte Fan davon sein –, aber das geht auf Dauer nicht mit weniger Geld, sondern nur mit mehr Geld, weil wir vor allem im investiven Bereich mehr Geld brauchen, wenn ich nur an die Reaktivierung der einen oder anderen Strecke denke, was Sie im Übrigen zu Recht auch fordern. Genau darum geht es. Deshalb können wir in den nächsten Jahren auf die Dynamisierung – sei sie an die Umsatzsteuer, sei sie an die Inflationsrate gekoppelt – nicht verzichten. Bei der jetzigen Wirtschaftslage ist die Koppelung an die Inflationsrate eine durchaus interessante Alternative. Wir hätten dann in den nächsten Jahren mit Sicherheit mehr Geld als jetzt. Darüber können wir gerne diskutieren.

(Abg. Hauk CDU: Wir sollten aber auch an einen Regierungswechsel denken, Herr Staatssekretär!)

– So ist es. – Aber in der Tat – wir können gerne darüber diskutieren –, wir brauchen eine Dynamisierung, weil wir in den nächsten Jahren im Vergleich zu dem, was wir bis jetzt hatten, mehr Mittel brauchen.

Jetzt noch etwas zum Interregio: Herr Palmer argumentiert interessanterweise immer, wir könnten den Interregio doch schon längst ausschreiben – von vornherein aus Regionalisierungsmitteln, obwohl Sie im Landtag immer zugestimmt haben, dass wir das nicht machen. Aber Tatsache ist, dass

wir für das Produkt Interregio bis zum heutigen Tag nicht die rechtliche Zuständigkeit haben. Wir dürfen den Interregio nicht ausschreiben, ganz abgesehen davon, dass Ihnen jeder Jurist bestätigen wird, dass Sie dann, wenn Sie eine Ausschreibung machen, diese auch umsetzen müssen,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Natürlich!)

weil Sie sich rechtlich dazu verpflichten. Und wenn wir etwas nicht machen dürfen und Sie zustimmen, dass wir das nicht machen dürfen, dann können Sie nicht andererseits fordern, dass wir das umgehend machen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das habe ich nie gemacht!)

Ich kann nur sagen: Wir haben die Ausschreibungsunterlagen in der Schublade. Wenn wir die rechtliche Zuständigkeit bekommen, werden wir sofort ausschreiben.

Übrigens, Herr Kaufmann, zum Thema „Wettbewerb auf der Schiene“ könnte man noch das eine oder andere diskutieren, zum Beispiel darüber, wer den Wettbewerb verhindern will. Es gibt nämlich ein Unternehmen, zu 100 % im Besitz der Bundesrepublik Deutschland, das nicht so wahn-sinnig viel vom Wettbewerb hält. Dessen Aufsichtsrat ist zu 100 % mit Vertretern dieser Bundesregierung besetzt. Da haben Sie, Herr Palmer, halt das Pech, dass man die Grünen über den Tisch gezogen hat. Sie haben sage und schreibe einen Vertreter, alles andere sind SPD-Vertreter.

(Abg. Zeller SPD: Wie war es bis 1998?)

Aber Tatsache ist, dass dort der Einfluss auch nicht so wahn-sinnig stark geltend gemacht wird. Darüber, was beim Thema Mannheim passiert ist, haben wir diskutiert. Sie wissen genau, dass das alles durch den Aufsichtsrat muss.

Ich denke an die Zuführung von französischer Seite, an Brückenbauten, an Schnellbahntrassen usw. Bei diesen Themen ist tote Hose angesagt. Für die Rheinstrecke mit mehreren Milliarden Aufwand wird das Geld nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt. Auch dort haben wir Probleme.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Wenn es nach den Grünen gehen würde, würde die Bahn in Zukunft an Stuttgart vorbeifahren, weil wir weder eine Schnellbahntrasse Stuttgart – Ulm

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

noch Stuttgart 21 bekommen würden. Insofern kann ich nur sagen: Wenn Sie dort Ihren Einfluss geltend machen würden, würde uns das zu einem großen Teil auch in diesem Bereich helfen, in dem wir dringend auf Unterstützung auch der Bahn und somit der Aufsichtsratsmitglieder im Bereich der Bahn angewiesen sind.

Also, meine Damen und Herren, wir sind, was die Interregioverkehre betrifft, jederzeit bereit. Aber wir brauchen zum einen die rechtliche Zuständigkeit und zum anderen das Geld. Wir brauchen es auch schnell, weil, wie Sie ganz genau wissen, eine Ausschreibung und die anschließende Umsetzung mindestens zwei, zweieinhalb Jahre dauern,

(Staatssekretär Mappus)

auch wenn man noch so viel Gas gibt. Wir können aber den Startschuss eben erst geben, wenn das Gesetz in Berlin in trockenen Tüchern ist. Jetzt können wir noch nichts unternehmen, weil das Gesetz noch nicht einmal im Kabinett ist. Wir müssten irgendwann einmal wissen, was ins Kabinett kommt und wann es dann vor allem im Kabinett, im Bundestag und im Bundesrat verabschiedet wird, damit wir in die Umsetzungsphase gehen können.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, wollen wir die Angelegenheit beschleunigen. Wir machen deshalb eine Bundesratsinitiative. Dabei machen übrigens alle anderen 15 Bundesländer mit; das kommt auch nicht alle Tage vor. Dafür herzlichen Dank! Es kann nicht schaden, wenn alle mitziehen.

Die Bundesratsinitiative hat genau das zum Inhalt, was in Dresden beschlossen wurde, also 13,8 Milliarden DM mit entsprechender Dynamisierung – bisher auf der Basis des Umsatzsteueraufkommens –, damit wir in den nächsten Jahren genügend Geld für Baden-Württemberg und für die ganze Bundesrepublik zur Verfügung haben. Denn ich glaube, dass der Nahverkehr speziell in unserem Bundesland eine Erfolgsstory darstellt. Wir haben gezeigt, dass es die Länder effizienter machen können, als es früher zentral vom Bund gemacht worden ist.

Wenn es um die Privatisierung geht, werden wir aber auch über das eine oder andere Thema diskutieren müssen, weil wir, meine Damen und Herren, jede Menge Probleme bekommen werden. Ich nenne Tarifierungsprobleme, und ich nenne die Frage: Was passiert eigentlich mit den Bahnhöfen? Dazu brauchen wir übrigens auch die Bahn. Das heißt, es wird in Kürze noch jede Menge hochinteressanter Diskussionen geben.

Deshalb finde ich es richtig, dass bei diesem Thema alle an einem Strang ziehen. Ich habe aber die Bitte, dass wir das nicht nur hier machen, sondern vielleicht auch vor Ort, zum Beispiel bei Regionalkonferenzen. Ich bin jedoch guter Dinge, dass wir zum Wohle des Regionalverkehrs und des Interregio in Bälde entsprechende Erfolge erzielen können, wenn die Bundesregierung endlich ihre Gesetzesinitiative einbringt.

In diesem Sinne herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Scheuermann.

Abg. Scheuermann CDU: Ja, was soll ich jetzt noch sagen?

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wenn man alle Gesichtspunkte zusammenfasst, ist, glaube ich, eine Feststellung ganz wichtig: Im Moment ist im Bundesgebiet ungeklärt, wie es mit den Regionalisierungsmitteln weitergeht, und im Moment ist im Bundesgebiet ungeklärt, wie es mit dem Interregioverkehr weitergehen soll. Für beide Fragen haben wir heute, wenn wir den gemeinsamen Antrag annehmen, eine Lösung, die vom ganzen Landtag getragen wird. Dies kommt nicht alle Tage

vor, und es ist wert, noch einmal ausdrücklich festgehalten zu werden.

Herr Palmer, ich nehme es Ihnen nicht übel, dass Sie einen ganzen Kranz von Problemen aufgezeigt haben, von Vernachlässigungen aus Ihrer Sicht gesprochen haben und uns vorgeworfen haben, dass wir uns in der Politik des öffentlichen Personennahverkehrs nicht richtig verhalten hätten.

Aber bei diesem Kranz der von Ihnen genannten Probleme darf nicht untergehen, was unser gemeinsames Ziel ist, nämlich, um es noch einmal zu sagen: die 7,06 Milliarden € an bundesweiten Regionalisierungsmitteln in Zukunft, die Dynamisierung und die Regelung, dass der Interregioverkehr auf die Länder übergeht und in den 7,06 Milliarden € 100 Millionen € als Gegenleistung für die Übernahme der Zuständigkeit enthalten sind.

Noch zwei Schlussbemerkungen, Frau Berroth. Mich würde wirklich einmal interessieren, auf Heller und Pfennig Rechenschaft darüber zu bekommen, was die Region Stuttgart im Verhältnis zu den Mitteln für das gesamte Land an Nahverkehrsmitteln bekommen hat. Sie wissen so gut wie ich, dass es über Jahre hinweg in Baden-Württemberg Investitionen im Nahverkehr überhaupt nur in der Region Stuttgart gegeben hat und dass es über Jahre hinweg als ersten und einzigen Verbund den Verbund im mittleren Neckarraum gegeben hat. Ich sehe völlig entspannt einer Aufrechnung entgegen, die uns einfach einmal zeigt, wie viel in den letzten zehn Jahren in die Region Stuttgart und wie viel in den Rest des Landes geflossen ist.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hofer?

Abg. Scheuermann CDU: Gern.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Kollege Scheuermann, stimmen Sie mit mir überein, dass es nicht um die Frage geht, wie man entsprechend Ihren Ausführungen Prioritäten richtig setzt, sondern dass es darum geht, dass man bei einer Aufgabe, die delegiert worden ist, entgegen der Praxis aller anderen Bundesländer die Region nicht grundsätzlich außen vor lassen kann?

Abg. Scheuermann CDU: Herr Kollege Hofer, Sie sind mir jetzt mit Ihrer Frage einen Satz zuvorgekommen. Lassen Sie mich meine Ausführungen noch zu Ende führen, dann gebe ich Ihnen auch die Antwort auf Ihre Frage. In der Öffentlichkeit wird immer der Eindruck erweckt, als ob die Region Stuttgart im landesweiten Vergleich benachteiligt worden sei.

(Abg. Hauk CDU: Gerade das Gegenteil!)

Der Teil meiner Ausführungen, an den sich Ihre Frage angeschlossen, diente dazu, das zu widerlegen.

Sie wollen mit Ihrer Frage wissen, ob es richtig ist, dass die Region Stuttgart aufgrund ihrer Zuständigkeit für den S-Bahn-Verkehr jedes Jahr praktisch zweckfrei, wie es im Land üblich ist, nur für den ÖPNV einen Anteil an Regio-

(Scheuermann)

nalisierungsmitteln erhält – über ihn müsste man sich dann unterhalten. Ich sehe mich außerstande, Ihnen heute hierauf eine Antwort zu geben.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist schon mal erfreulich! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ich habe aber schon eine Antwort von der Landesregierung! Sie sagt Nein!)

– Das habe ich nicht gesagt. Ich glaube, dass das auch rechtlich nicht so einfach zu beantworten ist, als dass ich das jetzt aus dem Ärmel schütteln könnte.

Eine letzte Bemerkung: Herr Palmer, Sie haben aufgeführt, wo seit der Regierungsübernahme durch Rot-Grün in Berlin für die Bahn eine Politik betrieben worden sei, die für die Bahn weit förderlicher sei als jene unter der alten Regierung. Sie haben auch einige zusätzliche Gelder genannt. Dazu kann ich nur sagen: Hoffentlich ist die Bahn in der Lage, dieses Geld überhaupt zu verbrauchen und auszugeben.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Richtig!)

Bis heute war es nämlich immer so – das gilt selbst für das Geld der Regierung Kohl, das Sie als zu wenig kritisieren –, dass das Geld gar nicht ausgegeben werden konnte.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hauk CDU)

Das ist meine erste Feststellung.

Meine zweite und letzte Feststellung: Die gesamten Regionalisierungsmittel werden in Baden-Württemberg für den öffentlichen Personennahverkehr ausgegeben. Das Ergebnis im öffentlichen Personennahverkehr bei uns kann sich jederzeit sehen lassen. Um einer Legendenbildung vorzubeugen: Wir geben weit über 2,5 Milliarden DM – bitte ersparen Sie es mir jetzt, das in Euro umzurechnen – jährlich für den ÖPNV aus. Davon sind knapp die Hälfte Bundesmittel, der Rest sind Landesmittel. Jetzt können Sie eine Rechnung aufmachen und Mark und Pfennig einmal ohne die Regionalisierungsmittel und einmal mit den Regionalisierungsmitteln addieren. Vielleicht kommt bei den Landesmitteln ein bisschen weniger heraus – das möchte ich gar nicht bestreiten. Fakt ist: Mehr als 2,5 Milliarden DM im Jahr werden für den ÖPNV in Baden-Württemberg ausgegeben. Die Erfolge sind messbar und greifbar. Mehr als die Hälfte dieses Betrags sind Mittel des Landes.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hofer FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Boris Palmer.

(Abg. Walter GRÜNE: Sag mal, woher die Gelder kommen, die die hier großzügig verteilen!)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Staatssekretär, Ihre Rede war wieder der Beweis dafür: Baden-Württemberg ist Spitze.

(Beifall bei der CDU)

– Bei Ihnen ist das wie ein Pawlow'scher Reflex. Sie klatzen immer an dieser Stelle.

(Abg. Seimetz CDU: Weil Sie es sagen! – Abg. Hauk CDU: Ihnen fehlt etwas baden-württembergisches Bewusstsein, so habe ich den Eindruck!)

Herr Staatssekretär, Sie haben sich wieder an die Spitze der Bewegung gestellt, die denjenigen, die sagen, das Land könnte ausschreiben, „Verfassungsfeinde“ zuruft. Das haben Sie wieder einmal gemacht, und das rächt sich jetzt auf der Südbahn und auf der Schwarzwaldbahn. Auf der Südbahn und auf der Schwarzwaldbahn sind holpernde Provisorien unterwegs, die Sie übrigens trotzdem mit 15 Millionen € bezuschusst haben. Sie haben gerade erst verkünden müssen, dass Sie auch das nächste Jahr weiter ein Provisorium finanzieren müssen. Rheinland-Pfalz aber, meines Wissens auch ein Bundesland, das sich an die Verfassung halten muss, hat Interregioverkehre auf der Strecke Saarbrücken – Mannheim bestellt. Anscheinend ist dagegen kein Verfassungswiderspruch erhoben worden. Die Länder sind eben nicht daran gehindert, diese Aufgaben zu übernehmen, wenn sie vorangehen wollen. Sie wollen das leider nicht. Sie sind da Gefangener Ihrer eigenen Argumentation, weil Sie wieder einmal versucht haben, gegen den Bund zu sticheln.

Wir haben diese Ausschreibung immer gefordert. Hätten Sie ausgeschrieben, hätten wir zum 1. Januar des nächsten Jahres ein qualitativ hochwertiges Angebot, das zum Beispiel Rheinland-Pfalz bereits realisiert hat.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Schebesta CDU: Und kein Geld!)

– Zum Geld kommen wir noch. Sie hätten jede Menge Geld übrig; das habe ich vorhin schon erwähnt.

Jetzt kommen wir zum Zitieren – das ist ja Mode –: Ich lese in der „Badischen Zeitung“: „CDU – Bund am Zug“. Da wird Herr Stächele zitiert. Er sagt, das Zögern des Bundes sei völlig unverständlich, weil das Land ab 2003 eine Zwischenlösung mit bis zu 100 Millionen € mitfinanziere. Der Bund solle ausschreiben.

Erstens: Herr Stächele weiß offenbar nicht, dass der Bund das nicht kann, weil er keine Bestellgesellschaft hat.

Zweitens: 100 Millionen € für ein Jahr wird das Land hoffentlich niemals für ein Provisorium ausgeben, wenn bereits 15 Millionen € für zwei Jahre ausgereicht haben. Vielleicht sollte sich Herr Stächele mit seinem eigenen Haushalt beschäftigen und nicht solche Aussagen in die Welt setzen. Sprechen Sie einmal mit dem Herrn Minister darüber.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Ich behaupte, die Ausschreibung hätte gar nichts gekostet. Die Anbieter des Schienenverkehrs sagen: Wir wären in der Lage, mit den Zuschüssen, die schon jetzt für den Betrieb des Regionalexpresses auf der Südbahn und der Schwarzwaldbahn gezahlt werden, auch den Interregioverkehr zu übernehmen.

(Boris Palmer)

Erster Grund, warum das Geld gereicht hätte: Sie bräuchten gar kein zusätzliches Geld, wenn Sie endlich den Wettbewerb fördern würden.

Zweiter Grund: Selbst wenn das Schlimmste eintreten würde, was wir als Grüne aber verhindern werden, dass sich nämlich Herr Eichel durchsetzt und die Regionalisierungsmittel kürzt und dann festschreibt, hätten Sie nach der heute vorliegenden Auskunft Ihrer Landesregierung 50 Millionen € mehr zur Verfügung, als Sie nächstes Jahr ausgeben wollen.

(Abg. Mappus CDU schüttelt den Kopf.)

– 50 Millionen € sind übrig. Rechnen Sie es gegen, Herr Mappus. Ich habe Ihre Antwort hier vorn.

Mit diesen 50 Millionen € könnten Sie locker den Interregio bestellen, selbst wenn er etwas kosten würde, und Sie haben ja den Interregio bei den Ausgaben in den letzten beiden Jahren immer schon mit bezahlt. Es ist also überhaupt kein Problem, den Interregio endlich aufs Gleis zu setzen. Betreiben Sie nicht weiter Opposition gegen den Bund auf Kosten des eigenen Landes!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Nun zum Resolutionsentwurf: Ja, wir tragen ihn mit, wir halten ihn für richtig:

Denn erstens hat die grüne Bundestagsfraktion die Regelung erfunden, dass die Länder die Verantwortung übernehmen sollen und dafür vom Bund finanzielle Kompensationsleistungen erhalten. Das war ein Vorschlag des verkehrspolitischen Sprechers der grünen Bundestagsfraktion, Albert Schmidt, und wir freuen uns natürlich darüber, dass das mittlerweile von allen Fraktionen im Landtag und in allen Bundesländern als richtig erkannt wird.

(Abg. Hauk CDU: So etwas nennt man heutzutage Geschichtsklitterung!)

Zweitens wird unter Ziffer 4 etwas aufgegriffen, was Sie von den Regierungsfractionen bisher nicht aufgegriffen haben, dass nämlich das Land gebeten wird – der Landtag ist hier etwas bittstellerisch –, die Mittel in Zukunft zeitnah auszugeben. Das ist der Punkt, den wir immer vorgetragen haben, und deswegen unterstützen wir ihn.

Drittens halte ich diese Initiative zwar für nicht notwendig, weil wir das selber regeln werden – zusammen mit der SPD werden wir im Bund eine gute Lösung erreichen –, aber die Initiative schadet auch nicht, und deswegen können wir sie problemlos unterstützen. Überhaupt keine Frage.

Für uns ist die Unterstützung an Ihre Zusage gebunden, dass das zusätzliche Geld für den Verkehr, welches wir – auch nach der Bundestagswahl – aus Bundesmitteln in Zukunft an das Land schicken, hier auch ausgegeben wird. Sie haben sich bewegt; Sie wollen in Zukunft mehr bestellen. Dafür gibt es allen Grund. Bewegen Sie sich weiter auf uns zu; denn das wäre gut für den Schienenverkehr in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hillebrand CDU: Solange es euch noch gibt!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Staatssekretär Mappus.

Staatssekretär Mappus: Also, Herr Abg. Palmer, manchmal frage ich mich, ob Sie noch einen Zwillingbruder haben.

(Zuruf: Nein! Einer reicht!)

Denn das, was Sie draußen vertreten, ist genau das Gegenteil dessen, was Sie hier machen.

Spielen wir einmal durch, was Sie gefordert haben, und lassen wir einmal die Tatsachen, dass das rechtlich nicht geht und wir das Geld eigentlich nicht haben, außen vor. Nehmen wir einmal an, wir hätten es so gemacht, wie Sie es gesagt haben, und hätten ausgeschrieben. Wir sind uns ja einig, dass eine Ausschreibung auch eine rechtliche Verpflichtung mit sich bringt und das danach auch zu machen ist. Das ist eigentlich logisch. Sonst braucht man keine Ausschreibung.

Wenn man das also umgesetzt hätte, dann hätte – da geben Sie mir doch sicherlich Recht – die einzige Möglichkeit, dies zu machen, doch darin bestanden, das Ganze aus Regionalisierungsmitteln zu finanzieren. Das ist doch richtig?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ja! – Abg. Scheuermann CDU: Genau!)

– Sie sagen Ja. – Jetzt frage ich Sie aber: Warum haben Sie im Landtag immer zugestimmt, als wir hier zweimal einstimmig beschlossen haben, dass wir Interregioverkehre gerade nicht aus Regionalisierungsmitteln bezahlen?

Das ist das eigentlich Unseriöse: dass wir das wiederholt beschlossen haben und wiederholt gesagt haben, aus Regionalisierungsmitteln werde kein Fernverkehr bezahlt, und Sie dann sagen: Die hätten schon lange ausschreiben und das auch entsprechend umsetzen können. Das ist unseriös; es entspricht nicht der Wahrheit, Herr Palmer. Das muss man einfach einmal knallhart sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Eines ist doch auch klar, meine Damen und Herren: Wenn wir einmal mit dem Spiel anfangen – wir sehen doch, wie die Bahn vorgeht –, wenn wir das gemacht hätten und nächstes Jahr eine IC-Linie nicht mehr rentabel wäre, dann käme Herr Palmer und würde sagen: „Jetzt übernimmt den IC, denn wir haben ja genügend Geld.“ Wäre ein Jahr später eine Eurocity-Linie nicht mehr rentabel, käme Herr Palmer wieder – vielleicht würde er zwischendurch noch einmal eine Anfrage einbringen, wie es in der Zwischenzeit mit der Sparkasse aussehe – und sagte: „Das muss das Land übernehmen.“ Meine Damen und Herren, so kann man wirklich nicht miteinander umgehen. Man kann nicht im Landtag mitbeschließen, dass wir das Ganze nicht aus Regionalisierungsmitteln finanzieren, und anschließend, quasi im Zweitwohnsitz, einer Schwarzwaldbahn und einer Südbahn genau das Gegenteil verkünden. Das geht nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Staatssekretär Mappus)

Jetzt zu diesem berühmten Angebot.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Eine gesplattete Persönlichkeit!)

– Entweder er hat eine gesplattete Persönlichkeit oder einen Zwillingbruder. Ich habe jetzt einmal zu seinen Gunsten das Letztere angenommen. Es ist jedenfalls nicht in Ordnung.

Jetzt zu dem sagenhaften Angebot, das wir im letzten Jahr hatten, meine Damen und Herren. Da kam, zufälligerweise in der parlamentarischen Sommerpause, versteht sich, ein privates Unternehmen, das ein ganz tolles Angebot gemacht hat. Es hat gesagt: „Wenn ihr das ausschreibt und wir das machen dürfen, machen wir dort nicht nur den Regionalverkehr, sondern wir fahren quasi umsonst auch noch den Interregio mit. Für uns ist das alles kein Problem, denn wir sind privat und machen das effizient. Wir leisten für das gleiche Geld das Doppelte.“ Das hört sich zunächst einmal gut an.

Leider hat das gleiche Unternehmen noch zwei bescheidene Zusatzforderungen gestellt, damit es das machen kann. Erste Zusatzforderung: dass das Wagenmaterial dem neuen Bewerber von der Bahn überlassen wird. Es ist eigentlich ein ganz neues marktwirtschaftliches Denken, dass einem der härteste Konkurrent quasi noch das Wagenmaterial schenken soll.

Aber die zweite Forderung war die viel interessantere, nämlich dass, weil das Unternehmen das bundesweit machen wollte, der Bund – jetzt muss ich schon für die Bundesregierung reden – noch 2 Milliarden DM Anschubfinanzierung erbringen sollte. Es wurde gesagt, dann könne man das machen.

Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: Wenn Sie mir 2 Milliarden DM in die Hand drücken, dann fahre ich die Südbahn und die Schwarzwaldbahn auch ein Weilchen. Das war aber kein seriöses Angebot, und es ist kein Konzept dahinter. Insofern ist es einfach unseriös, wenn ein Anbieter kommt – egal, wer – und sagt: „Ich fahre den Regionalverkehr, und wenn ich den bekomme, fahre ich den Interregio noch umsonst mit“.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist der Unterschied zum Bundesangebot!)

einmal ganz abgesehen davon, dass das Wagenmaterial und alles andere noch nicht einmal auf der Strecke sind. Da muss man einfach einmal die Karten auf den Tisch legen und das in aller Seriosität darlegen.

Interessant fand ich bei dem, was Sie, Herr Palmer, gesagt haben, schon, dass wir jetzt aus den Regionalisierungsmitteln entgegen der eigentlichen Zweckbindung unverschämterweise auch noch bereit sein sollen, quasi das Zwischenstadium an Südbahn und Schwarzwaldbahn zu finanzieren.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Nur die zweitbeste Lösung!)

Ich kann nur Folgendes sagen: Wenn am Ende dieses Jahres der Interregio ausläuft – und er läuft aus; die Bahn hat gesagt, ab Ende dieses Jahres werde sie den Interregio

nicht mehr fahren – und wir bis dahin kein adäquates Angebot auf der Schiene haben,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Weil Sie nicht ausgeschrieben haben!)

heißt das auf gut Deutsch, dass auf der Südbahn und der Schwarzwaldbahn gar nichts mehr geht. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das im Interesse von irgendjemandem ist, der hier in diesem Parlament sitzt. Aber genau deshalb wäre es notwendig gewesen, dass wir möglichst schnell Rechtssicherheit und vor allem das Geld dafür bekommen. Denn eines ist klar: Diese Linie haben wir bisher beschränkt. Davon werden wir nicht abgehen. Bevor wir nicht die Zusage haben, dass wir zusätzliches Geld für die Übernahme des Interregios bekommen, werden wir den Interregio nicht übernehmen.

Wir haben aber, um dem Bund entgegenzukommen, auch gesagt: Für die Übergangsphase, die es zwingenderweise geben wird, werden wir aus Regionalisierungsmitteln – woher auch sonst? – das Geld herausholen, um das Wagenmaterial – ich sagte es vorhin: ein Aufwand von 50 Millionen € – zu beschaffen. Die Finanzierung der zwei Übergangsjahre, wenn wir in der Zwischenzeit bestellen müssen, bei wem auch immer, wird pro Jahr etwa 20 Millionen bis 30 Millionen € kosten. Auch das müssen wir zwischenfinanzieren. Wenn wir einen Privaten auf die Strecke holen, müssen wir uns etwas bezüglich der Tarifierungsprobleme und anderem einfallen lassen. Auch das wird ordentlich Geld kosten.

Insofern, meine Damen und Herren, kann man uns beim besten Willen nicht vorwerfen, wir arbeiteten nicht konzeptionell an dem Thema. Aber ich sage es noch einmal: Wir brauchen nur einen Gesetzesbeschluss, der übrigens keinen Pfennig kostet, dass wir die Zuständigkeit haben, und wir brauchen die 200 Millionen DM oder 100 Millionen €, allerdings bitte nicht mit diesem Taschenspielertrick, dass man zuerst 1 Milliarde DM abzieht, um dann großzügigerweise 200 Millionen DM für den Interregio draufzusatteln und zu sagen: „Aber mit 800 Millionen DM weniger könnt ihr den Interregio mit fahren.“ So billig bitte nicht, sondern mit netto 200 Millionen DM oder 100 Millionen € mehr. Dann machen wir das ruck, zuck und schreiben sofort aus, sobald die gesetzliche Grundlage da ist. Deshalb kann ich Sie, Herr Palmer, nur bitten, auch wenn es bei Rot und Grün im Gebälk ordentlich knirscht, sowohl in Berlin wie auch hier – das lässt sich ja unschwer hören – : Machen Sie – mit Schmidt oder anderen – einfach einmal Ihren Einfluss in Berlin geltend. Tun Sie das – und das Land Baden-Württemberg wird dies dann sofort umsetzen – zum Wohle der Bürger und für den weiteren Erfolg des Regionalverkehrs.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge.

Das Ministerium hat zu den Anträgen Drucksache 13/645 und Drucksache 13/703 inzwischen Stellungnahmen abgegeben, die Ihnen vorliegen.

(Stellv. Präsident Birzele)

Der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/645, ist ein Berichtsantrag und durch die Aussprache erledigt.

Abschnitt I des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/703, ist ebenfalls ein Berichtsantrag und damit erledigt.

Begehren Sie Abstimmung über Abschnitt II des Antrags?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wird mit dem Entschließungsantrag erledigt!)

– Wird als erledigt betrachtet.

Dann rufe ich nunmehr den Entschließungsantrag aller Fraktionen dieses Hauses, Drucksache 13/719, auf. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Damit haben wir Tagesordnungspunkt 3 abgeschlossen.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:01 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:00 Uhr)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Abg. Frieder Birzele u. a. SPD – Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften – Drucksache 13/644

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: fünf Minuten für die Begründung und fünf Minuten für die Aussprache je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Ich erteile das Wort zur Begründung des Gesetzentwurfs Herrn Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit unserem Gesetzentwurf Drucksache 13/644 wollen wir dem allgemeinen Grundsatz zum Durchbruch verhelfen, dass Gewählte sich auf eine möglichst breite Basis stützen können sollen. Ich glaube, es ist unumstritten, dass es bei jeder Funktion gut ist, wenn das Wahlgremium mit mehr als der Hälfte der Mitglieder jemanden in eine solche Funktion wählt.

Deshalb sehen alle Hochschulgesetze als allgemeine Regelung für Wahlen vor, dass im ersten und zweiten Wahlgang die absolute Mehrheit der Stimmen zu erreichen ist und erst im dritten Wahlgang, wenn eine solche Mehrheit in den vorhergehenden Wahlgängen nicht erreicht wurde, zwischen den beiden Bewerbern mit der höchsten Stimmenzahl eine Stichwahl stattfindet.

Unverständlicherweise haben die Hochschulgesetze eine Spezialregelung bei den so genannten gebundenen Wahlen vorgesehen, das heißt, wenn ein Verfahren vorliegt, bei dem das Wahlgremium nicht entsprechend eigener Ent-

scheidung wählen kann, sondern bei dem ein Vorschlag abgestimmt ist. Bestes Beispiel dafür ist die Wahl des Rektors bzw. des Präsidenten. Hier muss der Wahlvorschlag mit dem Wissenschaftsministerium abgestimmt sein, und dann kann das Gremium aus bis zu drei Bewerberinnen/Bewerbern auswählen.

Argumentiert wird bei den Hochschulgesetzen mit dieser Regelung, dass deshalb das allgemeine Wahlprinzip „Mehrheit in den ersten beiden Wahlgängen“ nicht angewendet werden könne. Dieses Argument ist jedoch falsch, denn wir haben auch in anderen staatlichen Bereichen solche Wahlsysteme, beispielsweise bei der Wahl der Landräte. Hier muss der Wahlvorschlag mit dem Innenministerium abgestimmt sein. Dann wird dem Kreistag ein abgestimmter Wahlvorschlag unterbreitet. Selbstverständlich gilt auch dort die Regelung, dass in den ersten beiden Wahlgängen jeweils die absolute Mehrheit der Stimmen erreicht werden muss.

Wenn eine solche Regelung nicht gilt und auch, wie das Wissenschaftsministerium Hochschulen gegenüber mitgeteilt hat, von den Hochschulen nicht eingeführt werden darf, kann es zu den etwas unerfreulichen Ergebnissen kommen, dass beispielsweise bei drei Bewerbern der erste Bewerber elf Stimmen erzielt, der zweite Bewerber zehn Stimmen, der dritte Bewerber neun Stimmen und dann der erste Bewerber im ersten Wahlgang mit elf Stimmen gewählt ist, obwohl er nur rund ein gutes Drittel der Stimmen erreicht hat.

Deshalb halten wir diese Regelung für änderungsbedürftig. Wir sollten auch für solche so genannten gebundenen Wahlen das allgemeine Wahlprinzip, das im Hochschulrecht niedergelegt ist, anwenden. Übrigens, meine Damen und Herren von CDU und FDP/DVP, wäre dies auch ein Beitrag zur Deregulierung, denn das Ganze können Sie umsetzen, indem Sie überflüssige Absätze streichen.

Der zweite Punkt unseres Gesetzentwurfs befasst sich mit der Stellvertretung. Beim Universitätsgesetz ist die Stellvertretungsmöglichkeit gerade für kleinere Gruppen weggefallen. Dies hat sich als sehr unerfreulich bei der Aufrechterhaltung der Kontinuität der Arbeit in den Selbstverwaltungsgremien erwiesen. Gerade bei kleinen Gruppen, gerade bei Gruppen wie Studenten, bei denen ein häufiger Wechsel vorkommt, sollte über eine Stellvertretungsmöglichkeit gesichert sein, dass die Gruppierung vertreten ist, dass der Informations- und Entscheidungsprozess kontinuierlich durchgeführt werden kann. Deshalb schlagen wir vor, die Stellvertreterregelung wieder einzuführen – so, wie es vor der Novellierung der Hochschulgesetze war – und bei den anderen Hochschulbereichen, in denen es bisher keine solche Stellvertreterregelung gegeben hat, eine solche Stellvertreterregelung vorzusehen.

Letzte Bemerkung, weil ich gefragt worden bin, warum dies nicht ein Gesetzentwurf der Fraktion, sondern ein Gesetzentwurf von Abgeordneten ist: Ich wollte wieder einmal darauf aufmerksam machen, dass wir nach der Geschäftsordnung auch als Abgeordnete die Möglichkeit haben, Gesetzentwürfe einzubringen.

(Beifall bei Abgeordneten des ganzen Hauses)

(Birzele)

Wir wollten damit gerade den beiden Regierungsfractionen signalisieren, dass das ein Gesetzentwurf ist, dem sie durchaus zustimmen können. Wir wollten bewirken, dass nicht das Schwert oder die Schere im Kopf schon angesetzt wird, wenn bei einem Gesetzentwurf „SPD“ gelesen wird. Wenn Sie den Gesetzentwurf anschauen, sehen Sie: Er ist von lauter honorigen Leuten unterschrieben worden. Infolgedessen hoffen wir auch auf eine Annahme durch die Regierungsfractionen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pauli CDU: Wir werden es wohlwollend prüfen!)

Stelly. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Professor Klunzinger.

(Abg. Capezzuto SPD: Jetzt nicht schimpfen, gell!)

Abg. Dr. Klunzinger CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vornweg, Herr Kollege Birzele: Abwegig sind Ihre Vorschläge nicht.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP und Abg. Fischer SPD: Aber?)

Sie sind aber auch nicht der allein selig machende Weg.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Zudem haben die von Ihnen problematisierten Fälle keine so hohe Dringlichkeit, dass man sie nicht in aller Ruhe besprechen könnte.

(Abg. Birzele SPD: Es stehen laufend Wahlen an! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Die Hochschulgesetze sind ja erst in der letzten Legislaturperiode novelliert worden. Wir wollen deshalb – das sehen wir als Aufgabe dieser Legislaturperiode –

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Aber Rektorenwahlen sind doch laufend!)

die Erfahrungen sammeln und dann im Lichte dieser Erfahrungen entscheiden, inwieweit Änderungen nötig sind. Aller Voraussicht nach können und werden auch gesetzgeberische Schritte folgen.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Jetzt einzelne Punkte herauszugreifen, erscheint uns weniger zweckdienlich. In einem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren wird ein korrekter Gesetzgeber eine Anhörung der betroffenen Hochschulen durchführen und damit auch den Betroffenen selbst die Möglichkeit geben, ihre Position aus ihrer Sicht darzustellen.

Nachdem die Landesregierung ja schon angekündigt hat, dass sie in dieser Legislaturperiode auch die Hochschulgesetze neu bewerten und gegebenenfalls Novellierungen vornehmen wird, erscheint uns der heutige Gesetzentwurf nicht sehr dringlich. Parlamentarisch gesprochen: Ich stelle anheim, den Gesetzentwurf der Regierung als Material zu überweisen.

Ich will mich aber einer inhaltlichen Auseinandersetzung nicht entziehen.

Zunächst einmal zur Stellvertreterregelung: Die von Ihnen vorgeschlagene Regelung ist sicher vertretbar. Wie Sie sagen: Es hat sie ja auch schon gegeben. Aber es erscheint mir etwas überhöht, wenn Sie in Ihrem Gesetzentwurf sagen – ich zitiere –, „Reibungsverluste, Diskontinuität in den Entscheidungsprozessen, mangelnde Qualität und damit geringere Akzeptanz“ seien die Folge. Diese etwas hehre Wortwahl lässt die banale Feststellung außer Betracht, dass in allererster Linie der Gewählte den Auftrag und die Pflicht hat, an den Sitzungen teilzunehmen. Ob ein Stellvertreter Kontinuität oder vielleicht genau das Gegenteil garantiert, weiß man auch nicht.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Aber ohne Stellvertreterregelung gibt es gar keinen Vertreter!)

Das Problem wird auch dadurch etwas gemindert, dass gerade bei der zugegebenermaßen betroffenen Gruppe der Studenten die Zugehörigkeit zu den Gremien entscheidend kürzer ist. Vielleicht sollten wir wirklich Erfahrungen sammeln und dann entscheiden. Dabei sind natürlich auch die Praktikabilität und der entstehende Organisationsaufwand zu bedenken.

Zweitens zu den Mehrheitserfordernissen: Sie wollen ja, dass bei Wahlen, bei denen die Wahlberechtigten kein freies Vorschlagsrecht haben, der Bewerber in den ersten beiden Wahlgängen die absolute Mehrheit erreichen muss und erst im dritten Wahlgang die relative Mehrheit entscheidet. Der spektakulärste Fall dürfte in der Tat die Wahl des Rektors oder des Präsidenten einer Hochschule sein. In Ihrer Gesetzesbegründung führen Sie aus, dass die jetzige Regelung „in den Hochschulen allgemein als unbefriedigend empfunden wird“. Das dürfte vom einzelnen Wahlgang abhängen, und das dürfte natürlich davon abhängen, wer sich durch die Wahl bestätigt findet.

Historisch hat man sich ja über Jahrhunderte hinweg mit der Begründung des Mehrheitswahlrechts schwer getan. Rousseau musste bei seiner „volonté générale“

(Abg. Teßmer SPD: Bei was? – Abg. Capezzuto SPD: Wie bitte?)

auch zu der Fiktion greifen, dass die abirrende Minderheit nicht wirklich existent ist.

Ich gebe zu, es gibt in der Verfassung und in den Kommunalgesetzen Fälle, wo diese qualifizierte Mehrheit erforderlich ist. Aber sind diese Fälle auch wirklich vergleichbar? Wollte man die demokratische Legitimation auf die Spitze treiben, dann müsste man geradezu eine qualifizierte Mehrheit oder vielleicht sogar – das gibt es ja auch – die Einstimmigkeit verlangen. Aber das werden Sie ja sicher nicht vertreten wollen.

Man könnte jetzt auch die einzelnen Fälle durchspielen und würde bald merken, dass sich in manchen Fällen gar nichts ändert.

Fall 1: Drei Bewerber bleiben bei allen drei Wahlgängen im Rennen. Im dritten Wahlgang erhält ein Bewerber wie in den beiden vorangegangenen Wahlgängen die relative Mehrheit.

(Dr. Klunzinger)

Fall 2: Bei drei Bewerbern tritt der mit der geringsten Stimmenzahl nicht mehr an. Unterfall A: Seine Wähler stützen den Bewerber mit der relativ höchsten Stimmenzahl. Unterfall B: Sie verschaffen dem bisher unterlegenen Kandidaten eine Mehrheit, die er aus Gruppensicht zuvor nicht hatte.

Das alles kann man wollen,

(Abg. Capezzuto SPD: Oder lassen!)

das alles ist möglich. Es zeigt aber auch, dass Problemreste bleiben. Auch Wahlabsprachen, Gruppenverhandlungen und Koalitionsmehrheiten haben ihre Nachteile, wie wir alle wissen.

(Abg. Birzele SPD: Haben Sie da an die Ministerpräsidentenwahl gedacht?)

Abschließend, meine Damen und Herren: Es ist sicher nicht unnützlich, dass mit dem vorliegenden Gesetzentwurf die betreffenden Punkte angesprochen werden. Wir möchten dies aber gern in die Wiedervorlagemappe nehmen bis zur Mitte der Legislaturperiode. Dann wird im Gesamtzusammenhang eine Bewertung der Hochschulgesetze erfolgen, und die Stellvertreterregelung sowie das Wahlverfahren werden erneut auf den Prüfstand kommen.

Rektorwahlen stehen an: 2002 in Karlsruhe und Hohenheim, 2003 in Freiburg, Tübingen und Ulm, 2004 in Konstanz. Sollte dabei noch das gegenwärtige Recht Anwendung finden, ist das bestimmt kein nationales Unglück. Für die im Jahr 2006 in Stuttgart und 2007 in Mannheim und Heidelberg anstehenden Wahlen könnte dann eine neue Regelung Anwendung finden, vorausgesetzt der Gesetzgeber entschließt sich dazu.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Birzele SPD: Herr Klunzinger, es gibt außer Universitäten auch andere Hochschulen!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich halte den Gesetzentwurf in beiden Punkten für überlegenswert, für bedenkenswert.

(Abg. Nagel SPD: Aber!)

Das gilt für den angesprochenen Punkt des Wahlverfahrens. Natürlich spricht vieles dafür – warum eigentlich nicht? –, dass auch bei so genannten gebundenen Wahlen, also bei Wahlen ohne ein freies Vorschlagsrecht, eine qualifizierte Mehrheit im ersten und zweiten Wahlgang erforderlich sein soll. Ich frage mich: Warum eigentlich nicht? Darüber kann man mit mir mit Sicherheit reden. Das gilt auch für den zweiten Punkt, die Kollegialorgane.

Ich glaube, dass es viele Beispiele gibt, die eigentlich eher dafür sprechen, eine Stellvertreterregelung zu finden. Ich weise darauf hin, dass wir in der Vergangenheit in den Hochschulgesetzen eigentlich immer eine Stellvertreterregelung hatten. Warum sie bei der letzten Novellierung he-

rausgefallen ist, kann ich auch nicht mehr ohne weiteres nachvollziehen.

Es spricht allerdings auch einiges dafür, jetzt nicht kleckerweise in den nächsten Wochen und Monaten an die Novellierung des Hochschulgesetzes zu gehen. Die Novellierung des Hochschulgesetzes ist angesagt, das wussten wir schon in der letzten Legislaturperiode. Sie sollte nicht zu spät kommen, sie sollte im nächsten Jahr kommen. Ich könnte Ihnen mindestens fünf Punkte nennen, die mir wichtig wären, was die Novellierung des Hochschulgesetzes angeht.

Ich will zum Beispiel noch einmal den Punkt der Wahlen ansprechen. Ich überlege mir sehr stark, ob bei der Wahl des Rektors nicht der Hochschulrat eine aktivere Rolle spielen sollte. Das ist einer der Punkte, über die ich diskutieren und die ich in die Hochschulgesetzgebung einbringen möchte.

Es spricht also vieles für den Gesetzentwurf. Die beiden Punkte sind inhaltlich wirklich sehr überlegenswert und sollten diskutiert werden. Ich glaube auch, dass man dazu letztlich Ja sagen kann. Ich bitte aber herzlich darum, dass wir das, wie gesagt, nicht alle vier Wochen punktuell neu machen. Wir sollten vielmehr versuchen, diese Dinge zu bündeln und zu einem geeigneten Zeitpunkt – Wir werden im zuständigen Ausschuss darüber zu sprechen haben, wann der geeignete Zeitpunkt ist. Dann, lieber Kollege Birzele, will ich Ihnen gern zusagen, dass Ihre Überlegungen, die, wie gesagt, sehr bedenkenswert sind, entsprechenden Eingang finden werden.

Vielen Dank.

(Beifall der Abg. Hofer und Dr. Noll FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf zielt auf zwei Änderungen: Zum einen geht es um die Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten bei der Wahl des Rektors oder des Prorektors, zum anderen geht es um die Wiedereinführung der Stellvertreterregelung für Mitglieder in Kollegialorganen.

Für die Grünen kann ich sagen: Auch wir stimmen den beiden Vorschlägen im Grundsatz zu. Sie sind grundsätzlich plausibel und sinnvoll. Denn in der Tat macht es Sinn, dass bei Wahlen in Gremien der Grundsatz gilt, dass zunächst in den ersten beiden Wahlgängen die absolute Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten zählt und erst im dritten Wahlgang auf die einfache Mehrheit zurückgegriffen wird.

Das sollte auch für den Hochschulsenat gelten, der für die Wahl des Rektors bzw. des Prorektors zuständig ist. Diese Gremien haben – so ist es jetzt vorgesehen – kein Vorschlagsrecht. Ihnen wird im Fall des Rektors ein Wahlvorschlag, bestehend aus bis zu drei Personen, von einem Ausschuss vorgelegt, der aus Mitgliedern des Senats und des Hochschulrats gebildet wird. Im Fall des Prorektors wird der Vorschlag vom Rektor gemacht.

(Theresia Bauer)

Wichtig erscheint mir in diesem Zusammenhang, dass gerade bei der Wahl eines Rektors Wert darauf gelegt wird, dass er die Mehrheit eines Gremiums tatsächlich hinter sich vereinigen kann. Bei der einfachen Stimmenmehrheit ist eine Situation denkbar, bei der sich ein Rektor nur mit einer Minderheit von Stimmen gewählt sieht. Das ist politisch und demokratisch zumindest problematisch, weil nur ein Rektor mit großer Zustimmung ein guter und starker Rektor sein kann.

Das neue Hochschulgesetz stattet die Rektoren mit stärkeren Entscheidungskompetenzen und exekutiven Befugnissen aus. Das ist auch gut so. Gleichzeitig und in gleichem Maß sollten sie aber auch demokratisch legitimiert sein.

Daher könnten wir uns von grüner Seite auch durchaus vorstellen, dass noch ein mutigerer Schritt unternommen und noch ein bisschen weiter gegangen wird. Wir finden es nach wie vor richtig, wenn der Rektor von der Hochschule als Ganzes getragen wird. Deswegen haben wir auch bei der Gesetzesverabschiedung damals den Vorschlag gemacht – wir finden ihn nach wie vor richtig –, dass der Rektor von der gesamten Hochschule, also – in angemessenem Verhältnis – von der Gesamtheit der Lehrenden und Studierenden, direkt gewählt werden soll.

Zum zweiten Aspekt, der Wiedereinführung der Stellvertreterregelung: Auch da halten wir es für sinnvoll, bei der Wahl die Stellvertreter gleich mitzuwählen, da dies für eine kontinuierliche Arbeit sorgt und gerade für Gruppen wie Studierende eine wichtige Unterstützung ist. Wir alle wissen, dass zum Beispiel Studierende relativ häufig den Studienort wechseln. Auch im Mittelbau arbeiten sehr viele Beschäftigte mit Zeitverträgen und wechseln daher die Universität. Selbst bei Professoren ist Flexibilität gefragt. Daher sollten wir auch mit der Stellvertreterregelung eine Lösung finden, die den Realitäten und den gewünschten Flexibilitäten der Betroffenen Rechnung trägt. Für die betroffenen Gruppen wären damit mehr Kontinuität und Verlässlichkeit bei der Wahrnehmung ihrer Mitwirkungsmöglichkeiten gegeben.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bregenzer.

Abg. Carla Bregenzer SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Klunzinger, Herr Pfister, ich bin mir gerade wie auf einer Beerdigung vorgekommen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Was? – Zuruf des Abg. Dr. Klunzinger CDU)

So viel Lob und so viel hehre Worte für eine Initiative von Abgeordneten – und dann der Vorschlag auf Materialüberweisung als Beerdigung erster Klasse.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

So viel Zuspruch hätte ich gar nicht erwartet.

(Abg. Pfisterer CDU: Besser als nichts!)

Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn statt dieser vielen guten Worte in diesem Parlament etwas Neues gewagt worden wäre und Sie dieser Initiative nicht nur inhaltlich Ihren Segen gegeben, sondern sie auch in konkrete Taten umgesetzt hätten.

(Abg. Dr. Birk CDU: Sie haben ja noch die Chance dazu!)

Sie haben ja selber bestätigt, indem Sie sich aber nur auf die Universitäten beschränkt haben, dass die Mehrzahl der Universitäten in nächster Zeit Rektorwahlen haben, dass also eine Änderung des Rektorwahlsystems sehr aktuell ist und es eigentlich nicht sehr sinnvoll ist, das auf die lange Bank zu schieben.

(Abg. Dr. Klunzinger CDU: Die anstehenden Wahlen reichen bis zum Jahr 2007!)

– Das waren aber die beiden Letzten, die erst 2006 und 2007 ihre Wahlen haben.

Ich denke, mit dem Hochschulgesetz haben wir die Rektoren mit sehr viel Macht, mit sehr vielen Rechten ausgestattet. Es ist eigentlich nur recht und billig, dass sie dann auch auf ein großes Vertrauen innerhalb der Hochschule zurückgreifen können und dass sie eine breite Mehrheit haben, die sie trägt.

Bei den Stellvertretern und den Stellvertreterinnen ist es so, dass das offensichtlich schlicht vergessen worden ist. Das war ein Fehler in der Gesetzgebung. Das ist den Studierenden, die das als erste moniert haben, auch gesagt worden, und es ist ihnen auch zugesagt worden, dass das geändert wird. Nun kann man natürlich ewig warten, weil es immer etwas gibt, was noch verbessert werden kann; es gibt immer eine noch bessere Idee und immer noch etwas, was wir dazupacken können. Es geht nicht darum, dass wir alle vier Wochen etwas verändern, Herr Pfister, sondern darum, dass wir das, was wir jetzt erkannt haben und was verhältnismäßig einfach zu ändern ist, jetzt auch anpacken. Deshalb möchte ich Sie wirklich herzlich darum bitten: Lassen Sie uns im Ausschuss über die ganze Angelegenheit noch einmal in aller Ruhe diskutieren. Stimmen Sie doch unseren beiden Vorschlägen zu. Das ist etwas, bei dem Sie inhaltlich gut mitstimmen können und bei dem Sie sich auch nicht gegen den eigenen Minister stellen, weil – ich gehe davon aus, dass der Minister das nachher auch begründen wird – das auch die Zustimmung des Ministers findet. Lassen Sie uns das jetzt anpacken.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Professor Frankenberg.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir hatten in der letzten Woche bei der zweiten Lesung des Einzelplans 14 in vielen Punkten Übereinstimmung. Der Landtag hat wesentlichen Haushaltskapiteln einstimmig zugestimmt. Lassen Sie uns in diesem sachlichen Geiste, wie dies in den bisherigen Reden der Fall war, auch über die Vorschläge des Abg. Birzele, die offenbar von der SPD-Fraktion unterstützt werden, reden.

(Minister Dr. Frankenberg)

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wir haben mit unterschrieben!)

– Sie haben unterstützend unterschrieben.

Es gibt für mich zwei Aspekte: den inhaltlichen Aspekt und den Aspekt des Gesamtkontexts der Hochschulreform. Jeder Reformvorschlag muss auch zu dem passen, was wir bei einer Weiterentwicklung der Hochschulgesetzgebung vornehmen werden, und er muss nicht nur zu dem gegenwärtigen Rechts- und Gesetzeszustand passen.

Ich möchte zunächst einmal kurz auf die inhaltlichen Punkte eingehen, ehe ich auf die Frage des Zeitpunkts eingehen werde.

Wir haben in der letzten Novelle für die Wahl des Rektors oder der Rektorin – von dieser war bis jetzt noch nicht die Rede; es ist zu hoffen, dass wir vielleicht auch einmal in der näheren Zukunft an einer Universität, einer Fachhochschule oder einer Musikhochschule eine Rektorin haben werden – –

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen – Abg. Dr. Klunzinger CDU: Wir haben eine!)

– Wir haben keine an den Universitäten, aber wir haben eine; das ist richtig. Aber eine Verdoppelung wäre nicht das Schlechteste. Das wäre prozentual eine enorme Steigerung, die uns doch gut zu Gesicht stünde.

Wir haben eine doppelt gebundene Wahl – das ist erwähnt worden –, denn der Wahlvorschlag wird von einer Findungskommission, die sich aus Mitgliedern des Senats und des Hochschulrats zusammensetzt, unter Vorsitz des Hochschulratsvorsitzenden gemacht, und das Wissenschaftsministerium muss dazu sein Plazet geben.

Das gegenwärtige Abstimmungsverfahren ist praktisch eine Beschlussfassung; Mitglieder können auch den gesamten Wahlvorschlag zurückweisen. Sie wählen also nicht, sondern nehmen eine entsprechende Beschlussfassung vor.

Man kann in der Sache durchaus darüber diskutieren – ich sage bewusst nicht „streiten“ –, ob mit Quoren, wo auch immer – praktisch sind ja zwei Gremien beteiligt –, eine höhere Legitimation erreicht wird oder nicht. Das ist eine Frage, von der ich sage: Sie wäre, was die Rektorwahlen betrifft, bei etlichen Hochschulen theoretisch gewesen, weil man noch nicht einmal in die Nähe der fehlenden absoluten Mehrheit gekommen ist.

Die wirklich strittigen Fälle sind relativ selten gewesen, und sie werden auch wegen des Vorschlagsverfahrens immer seltener werden, weil Senatsmitglieder und Hochschulratsmitglieder in der Findungskommission und damit schon an der Aufstellung der Reihenfolge beteiligt sind und der Hochschulratsvorsitzende tunlichst eine Liste zusammenstellt, die auf große Akzeptanz stößt. Das ist die eine Seite, nämlich die Wahl der Rektorin oder des Rektors bzw. der Präsidentin oder des Präsidenten.

Das Zweite ist die so genannte Stellvertreterregelung von Studierenden in den Hochschulgremien. Die Studierenden sind ja Wahlmitglieder wie alle anderen auch. Bei Wahlmitgliedern aber gibt es generell keine Stellvertreterregelung.

Es hat sie, was die universitären Gremien, die Fachhochschulen, die Musikhochschulen oder die Pädagogischen Hochschulen betrifft, auch nie gegeben, sondern es hat AStA-Stellvertreterregelungen gegeben, und die Hochschulen haben sie einfach übernommen und quasi Stellvertreterregelungen im Senat praktiziert, also praeter legem, wenn die Stimme sozusagen nicht gezählt worden ist.

Das heißt, wir haben einen Dissens zwischen dem Wahlamt und einer Stellvertreterregelung, die mit dem Wahlamt eigentlich nicht verträglich ist. Im Grunde könnten dann auch die anderen Gruppen Stellvertreterregelungen für sich in Anspruch nehmen.

Nun ist es allerdings richtig, dass die Studierenden, da sie kürzere Wahlzeiten haben und an sich auch keine Hauptaufgabe in der Selbstverwaltung haben, manchmal besondere Probleme bei der Wahrnehmung der Ämter haben. Es ist auch richtig, dass viele Hochschulen – zugegebenermaßen auch Mannheim – während bestimmter Rektorate einfach eine Stellvertreterregelung – aber unter sorgfältiger Wahrung des Protokolls – praktiziert haben.

Dies ist eine Frage, über die man durchaus diskutieren kann, die aber auch in der Praxis jetzt eigentlich nicht eilt. Denn in der Praxis wird in den meisten Hochschulen eine Art Stellvertreterregelung praktiziert; das Wichtigste ist ja, dass sich die Studierenden gerade bei ihren Angelegenheiten in Fragen der Studien- und Prüfungsordnungen artikulieren können. Im Grunde genommen haben sie mit der Kraft ihrer Argumente überzeugt. Sie können ohnehin nicht mit der Kraft ihrer Stimmen, sondern nur mit der Kraft ihrer Argumente überzeugen.

Nun kommt der für mich wichtigste Punkt. Wir werden die Hochschulgesetzgebung weiterentwickeln, und wir werden in eine vierte Stufe der Hochschulreform gehen. Dies wird Mitte der Legislaturperiode der Fall sein. Wir müssen dann in der Novellierung ein in sich abgestimmtes neues Gesetzeswerk schaffen, und es könnte sein, dass wir jetzt Regelungen beschließen, die später dem Gesamtkontext widersprechen. Dann müssten wir das, was wir jetzt beschlossen haben, rückgängig machen oder verändern.

Lassen Sie uns also die beiden Initiativen – Quorum bei der Rektor- oder Präsidentenwahl und Stellvertreterregelung von Studierenden in Hochschulgremien – in unsere Überlegungen für eine vierte Stufe der Hochschulreform aufnehmen. Ich sage Ihnen zu, Herr Birzele, dass wir das sehr ernsthaft tun werden, wie es auch meine Vorredner gesagt haben.

Wenn wir jetzt unsere Hochschulgesetze sozusagen stückweise verändern, wird kein „Gesamtkunstwerk“ herauskommen, sondern es könnten Widersprüche im Gesamtkontext entstehen, und wir würden dann, wenn wir die Notwendigkeit hätten, etwas gerade Verändertes wieder zu verändern, nur zur Verunsicherung an den Hochschulen beitragen.

Deshalb das Angebot meines Hauses, dass wir die Vorschläge in unsere Reformüberlegungen – natürlich auch in den Wissenschaftsausschuss – aufnehmen und im Kontext der gesamten Weiterentwicklung der Hochschulreform Mitte der Legislaturperiode berücksichtigen. Das ist ja teil-

(Minister Dr. Frankenberg)

weise auch der Tenor der Vorredner, von Herrn Klunzinger und von Herrn Pfister, gewesen. Ich hielte das für vernünftig. Wir sollten nicht jetzt etwas tun, was dann wieder weiterer Korrekturen bedürfte. Die Hochschulen des Landes sollen wissen: Wenn wir eine nächste Reformstufe machen, dann ist es eine in sich abgestimmte, in gutem Kontext stehende Reformstufe. Ich sage ausdrücklich: Es gibt gute Argumente für Ihre Änderungsanträge, wenn die Dinge so bleiben, wie sie sind, was die Rektorinnen-/Rektorenwahl und die Präsidentinnen-/Präsidentenwahl betrifft. Allerdings muss dies dann im Gesamtkontext gesehen werden. Es gibt auch einige, gerade auch rechtliche Argumente dagegen. Das kann man dann aber zu gegebener Zeit, auch in den entsprechenden Ausschüssen, abstimmen. Insofern bitte ich Sie, diesen Weg mit uns zu gehen; denn wir könnten ihn dann gemeinsam gehen, was mir lieber wäre.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt nicht auf die einzelnen Punkte eingehen, nur auf Folgendes, Herr Klunzinger: Die Zahl der Fachhochschulen und der Pädagogischen Hochschulen ist größer als die Zahl der Universitäten. Schon aus Ihrer Aufstellung geht hervor, dass nach dem von Ihnen vorgeschlagenen Zeitrahmen alle Wahlen praktisch beendet sind, bevor eine Neuregelung für die Wahlen überhaupt greifen kann.

Ich möchte auf einen anderen Gesichtspunkt eingehen, den Sie und der Herr Minister angesprochen haben. Ich habe ja Verständnis, dass Sie, Herr Minister, für die Landesregierung sagen, dass dies alles im Rahmen eines Regierungsentwurfs behandelt werden kann, in dem dann mehrere Dinge zusammengefasst werden. Dies kann aber nicht die Aufgabe des Parlaments sein, Kollege Pfister. Wenn wir immer auf anstehende – ich sage jetzt dazu: erst in längerer Zeit anstehende – Regierungsentwürfe verweisen, dann entmachten wir Parlamentarier uns selbst.

(Beifall bei der SPD)

Das mag vielleicht noch bei Ihrem Selbstverständnis angehen – mit meinem Selbstverständnis lässt sich das nicht in Übereinstimmung bringen. Deshalb bitte ich schon, das sehr ernsthaft zu prüfen. Eine solche Argumentation lässt parlamentarischen Initiativen zu Gesetzesänderungen nahezu keine Chance.

(Widerspruch des Abg. Pfister FDP/DVP)

Dies kann nicht im Sinne unseres gemeinsamen Interesses in diesem Haus sein.

Ich akzeptiere eine Zurückstellung, wenn eine Regelung gegebenenfalls Strukturveränderungen bringen würde. Dies ist bei der jetzigen aber nicht der Fall. Ich habe nämlich den Test gemacht. Als ich nach der Hochschulgesetznovellierung mit einem solchen Fall konfrontiert wurde, nämlich mit der Wahl des Rektors in Ludwigsburg, habe ich den Test gemacht, bei verschiedenen Kollegen aus ver-

schiedenen Fraktionen nachzufragen: Was habt ihr euch dabei gedacht? – Nichts, weil dieses Thema gar nicht speziell behandelt wurde. Ich sage jetzt nicht, dass dies vom Ministerium sozusagen untergejubelt worden sei. Das ist in die Gesetzgebung hineingekommen, ohne dass dieser Punkt überhaupt diskutiert wurde. Dabei handelt es sich um eine ganz normale Mehrheitsbildungsfrage, wie wir sie in allen anderen Bereichen haben – auf der kommunalen Ebene, also der Ebene der Gemeinden und der Städte, auf der Landkreisebene etc. Da bestehen auch keine zusätzlichen rechtlichen Probleme, egal, wie die Strukturen gemacht werden. Das ist ein Grundprinzip von Wahlen. Das kann man ändern und muss man aus meiner Sicht möglichst schnell ändern, ohne andere Strukturüberlegungen, die man hinsichtlich der Hochschulen haben kann, zu präjudizieren.

Deshalb, meine Damen und Herren Kollegen gerade von den Regierungsfractionen, überlegen Sie sich einmal, wie wir Parlamentarier noch Initiativen mit Aussicht auf Erfolg einbringen sollen, wenn immer auf Regierungsentwürfe verwiesen werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Professor Klunzinger.

Abg. Dr. Klunzinger CDU: Ich wollte eigentlich nicht noch einmal reden, Frau Präsidentin, aber es kann nicht stehen bleiben, Herr Birzele, wenn Sie sagen, das Parlament entmachtet sich, wenn es dem mehrheitlich als richtig empfundenen Vorschlag folge, dass man abwägt, prüft und zu gegebener Zeit – Mitte der Legislaturperiode – einen Vorschlag einbringt. Das ist nicht der Vorschlag der Regierung oder die Orientierung an der Regierung, sondern es ist die Orientierung an der Sachlogik, an der Vernunft, an der Sache selbst, in Abwägung der Pros und Kontras eine Regelung zu schaffen, die dann im Gesamtkontext stimmig ist. Ich habe in meiner Rede dargelegt, dass es sehr wohl Betrachtungsweisen gibt, die Ihren Vorschlag stützen. Man kann aber auch Zweifel haben. Deshalb habe ich ja die Beispiele angeführt, dass Sie im Grunde genommen nichts ändern oder in manchen Fällen eine Mehrheit begründen, die vielleicht auch nicht so ohne weiteres akzeptabel ist.

Es geht letztlich um die Frage: Wie rechtfertigen Sie in der Tat eine demokratische Legitimation? Darüber haben sich nicht nur die Philosophen vieler Jahrhunderte die Köpfe zerbrochen, sondern offensichtlich auch das Parlament, und es ist ganz gut, dass wir darüber nachdenken. Aber die Aussage, das Parlament würde sich entmachten, darf hier so nicht stehen bleiben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Pfisterer CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu überweisen. – Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung beendet.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Kostenexplosion bei der geplanten neuen Messe – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte die übliche Gesamtdauer von 40 Minuten festgesetzt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von 5 Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Zeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Abs. 3 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Das Wort erhält Herr Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn man bei einem Großprojekt wie der geplanten Fildermesse ausgehend von den versprochenen Ansätzen, nämlich der Deckelung bei 1 Milliarde DM, heute bei 800 Millionen € angelangt ist, dann darf man eine solch eminente Kostensteigerung nicht einfach kritiklos durchwinken, wie es bei den Haushaltsberatungen geschehen ist. Denn es ist bei Großprojekten immer die gleiche Masche: Der Bevölkerung werden grandiose Zukunftsaussichten und Perspektiven eröffnet, es wird gesagt, es koste fast nichts, es sei ganz billig. Das ist immer die gleiche Masche, um die Leute zu locken. Nachher lässt man die Katze aus dem Sack.

Als die Deckelung bei 1 Milliarde DM nicht mehr haltbar war, hat man dann im Jahr 2000 die grandiose Wortschöpfung „Kernmesse“ gemacht – ein Ausdruck, der vorher, bei der Vorstellung der Zahlen 1997, niemals auftauchte –, und jetzt hat der Chef der Projektgesellschaft Neue Messe noch grandiosere Formulierungen erfunden. Er hat gesagt, es gebe drei Schritte: Der erste Schritt sei eine Kostenannahme, die natürlich ganz vage ist, dann komme eine Kosteneinschätzung, die ungefähr 10 % Kostenabweichung zulasse, und erst jetzt hätten wir eine Kostenrechnung mit bis zu 5 % Abweichung.

Das kann man so sagen. Aber merkwürdigerweise wird das erst hinterher gesagt und nicht vorher bei den Planungen! Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei den Grünen)

Ich glaube, dieser taktische Umgang mit der Bevölkerung im Allgemeinen und dieser verlogene Umgang mit der Filderbevölkerung im Besonderen ist nicht nur eine Kleinigkeit, sondern ich bin der Überzeugung: Für die 100 000 Einwohner auf den Fildern geht es da schlichtweg um ihre Lebensqualität – denn die Menschen dort sind ja nicht aus Jux und Tollerei gegen die Ansiedlung dieser neuen Messe –, und unter solchen Bedingungen, unter denen den Leuten massiv an die Lebensqualität gegangen wird – anders könnte man sich den Widerstand gar nicht erklären; wer sollte schon etwas gegen neue Messen haben –, mit der Bevölkerung so umzugehen ist keine Kleinigkeit, sondern da geht man an die Substanz des Politischen.

Mit der Haltung, dass man die Bevölkerung immer über den Löffel balbiert, erzeugt man genau die Reformverdrossenheit, über die allenthalben geklagt wird, und das ist genau der Boden, auf dem man die Demagogen – Berlusconi, Haider, Schill oder wie sie auch alle heißen – züchtet.

(Beifall bei den Grünen – Widerspruch bei der CDU)

Jetzt sage ich: Wenn das – Kostenannahme, Kosteneinschätzung, Kostenberechnung – für die neue Messe stimmt, dann stimmt es mit Sicherheit auch für das Projekt Stuttgart 21, das ja jetzt nach der Kostenannahme schon dreimal so teuer ist. Da müssen Sie die Karten genau auf den Tisch legen. Die Zahlen, die Sie jetzt für dieses noch größere Projekt nennen, sind natürlich genauso vage wie die vor fünf Jahren für die Fildermesse, und da wird es genau das gleiche Strickmuster sein. Wenn das Planfeststellungsverfahren durch ist, wird die Katze aus dem Sack gelassen. Das ist genau die Masche, die wir hier wenigstens nicht unkritisiert durchgehen lassen wollen.

(Beifall bei den Grünen)

Ordnungspolitisch müsste man ja sowieso einmal begründen, warum sich der Staat an Messen beteiligt. Der einzige Grund ist wohl der, dass er es überall tut.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das haben Sie doch auch mitbeschlossen!)

Aber wenn bei einer Messe, deren Bedeutung von Ihnen und der Industrie allenthalben betont wird, ein Finanzierungskonzept so aussieht, dass sich mittendrin der Landesanteil um 40 % erhöht und gleichzeitig der theoretische Anteil der Industrie von 9 auf 6 % sinkt – praktisch sind nach Aussage von Staatssekretär Mehrländer gerade einmal 10 Millionen € beisammen –, darf man sich doch einmal fragen, was das eigentlich für eine Art von Ordnungspolitik ist. Das ist reine Ideologie. Wo eine Privatisierung günstig erscheint, finden Sie es von der FDP ganz toll, und dort, wo es ungünstig ist, wird der Staat von Ihnen zur Kasse gebeten. Das ist Ihre Art von Ordnungspolitik. In Wirklichkeit ist es Ideologie.

(Beifall bei den Grünen)

Das Land buttert jetzt 240 Millionen € in die geplante Messe rein. Für alle anderen Messen im Land gibt es gerade einmal 50 Millionen €. Wenn man also in der Region, die diese Messe nicht will, mit aller Gewalt so viel Geld in die Hand nimmt und ein Messegesetz macht, um sie durchzudrücken, und gleichzeitig in den Regionen, die Messen wollen, die Ansätze auf gerade einmal 10 % herunterfährt, hat das mit einer vernünftigen Politik für das Land Baden-Württemberg, mit einer ausgewogenen Politik überhaupt nichts mehr zu tun,

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Sehr richtig!)

sondern man traktiert die Bevölkerung, die durch den Flughafen eh schon genug mit Verkehrsproblemen belastet ist, für die Sie keinerlei Lösung haben, außer natürlich der Kollege Noll, der gerade 300 Millionen für die Eisenbahn in seinem Wahlkreis vergräbt.

(Glocke der Präsidentin – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ich sage nachher etwas dazu!)

Stelly. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Also: Wer das so macht und im Land draußen die Regionalmessen schwächt, kann nicht für sich beanspruchen, eine vernünftige Messepolitik zu machen. Wir brauchen keine Landesmesse auf den Fildern, sondern wir brauchen ein Landesmessekonzept, das unsere Messen im ganzen Land organisch und entsprechend den Erfordernissen der Wirtschaft entwickelt.

(Beifall bei den Grünen)

Stelly. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Birk.

Abg. Dr. Birk CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Grünen erweisen sich einmal mehr

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Als Realisten!)

als diejenigen, die Fortschritt blockieren, die rückwärts gewandt sind,

(Beifall bei der CDU – Lachen bei den Grünen)

die gegen Infrastrukturprojekte zur Stärkung des Standorts Baden-Württemberg sind,

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Ach was!)

die gegen die Interessen der Wirtschaft dieses Landes sind,

(Zuruf Abg. Oelmayer GRÜNE)

die letztlich auch dagegen sind, dass wir hier hochwertige Wertschöpfung und hochwertige Arbeitsplätze ansiedeln. Wir sind dies von Ihnen gewohnt und haben nichts anderes erwartet. Aber deshalb werden Ihre Argumente nicht besser, Herr Kretschmann, sondern nur noch schlechter.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Glaubhafter!)

Meine Damen und Herren, wir brauchen die neue Messe auf den Fildern als eine herausragende Visitenkarte unserer Wirtschaft, ein Schaufenster für die Produkte und Dienstleistungen in diesem Land. In einem Land, das eine so hohe Exportquote hat wie Baden-Württemberg, das Unternehmen mit Weltruf hat, das mittelständische Unternehmen hat, die technologisch mit an der Spitze stehen, ist es doch mehr als berechtigt, diesen Unternehmen und der Wirtschaft im Land auch eine entsprechende Ausstellungsplattform zu geben.

75 % der Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes nehmen regelmäßig an Messen und Ausstellungen teil. Wenn man einmal schaut, welche Messen hier in Stuttgart stattfinden, dann muss man ganz klar erkennen, dass diese insbesondere auf die Wirtschaftsstruktur in der Region Stuttgart, aber auch in ganz Baden-Württemberg ausgerichtet sind.

Was ist unser Problem? Das Problem ist, dass wir derzeit einen Messestandort auf dem Killesberg haben, in räumlicher Enge, der nicht mehr den heute gängigen, internationalen Messemaßstäben entspricht. Er lässt keinerlei Erweiterungsmöglichkeiten zu, und die Hallen weisen ein unter-

schiedliches Höhenniveau auf. Darüber hinaus ist der Messestandort verkehrlich nur mäßig bis schlecht angebunden.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Saumäßig!)

Es gibt derzeit europaweit keinen besseren Messestandort als den Standort auf den Fildern. Die Bündelung aller Verkehrsträger – Flugzeug, Schiene, Autobahn

(Abg. Walter GRÜNE: S-Bahn!)

und darüber hinaus auch noch im öffentlichen Personenverkehr die S-Bahn – zeigt doch, dass wir hier einen logistisch guten Standort haben, eine Messe der kurzen Wege, die europaweit gut erreichbar ist.

(Zurufe der Abg. Kretschmann und Oelmayer GRÜNE)

Das bietet kein anderer Messestandort in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Thema! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Ich komme gerne zum Thema, Herr Kollege Kretschmann. Wir möchten diese Messe bauen, weil wir sie als Infrastrukturmaßnahme sehen.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: So ist es!)

Nicht Ideologie, sondern Strukturpolitik steht bei uns im Vordergrund. Deshalb wollen wir diese Messe.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Genau so ist es!)

Was sagen Sie denn jenen, die derzeit überlegen, ihre Messen abzuziehen? Die Rollladen- und Tormesse, die Intervitis/Interfructa, die Werkzeugmaschinenmesse AMB, die Intergastra, die CMT – das sind Fachmessen und Publikums-messen, die diese Region und dieses Land stärken. Was sagen Sie den Veranstaltern, wenn Sie keinen alternativen, keinen besseren Standort ermöglichen?

(Abg. Walter GRÜNE: Das hat doch mit dem Standort nichts zu tun! So ein Kram! – Abg. Fischer SPD: Das hat doch damit nichts zu tun!)

– Natürlich hat das etwas damit zu tun; damit Sie überhaupt einmal die Grundlage dafür haben, was an Investitionen notwendig ist.

Jetzt kommen wir zum Thema Investitionen. Es gab eine Kostenvorgabe von 1 Milliarde DM. Diese Kostenvorgabe wurde noch vor der Ausschreibung des Wettbewerbs gemacht. Dann hatten wir als Ergebnis des Wettbewerbs einen überzeugenden Architektorentwurf bekommen, der mit einem Investitionsvolumen in Höhe von über 1,3 Milliarden DM behaftet war.

(Abg. Wintruff SPD: Da nimmt man einen anderen!)

Hinzu kommen jetzt noch die äußeren Erschließungsmaßnahmen. Bei den äußeren Erschließungsmaßnahmen hat man natürlich sehr wohl auch darauf gesetzt, dass sich der

(Dr. Birk)

Bund mit 100 Millionen DM beteiligt, wie er dies im Übrigen bei anderen Maßnahmen auch gemacht hat,

(Minister Dr. Christoph Palmer: So ist es! – Abg. Oelmayer GRÜNE: Eben!)

siehe zum Beispiel die EXPO in Hannover.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist auch Niedersachsen!)

Wo waren denn der Bundeskanzler, der Bundesverkehrsminister und der Bundesfinanzminister? Als in Hannover damals eine Lücke vorhanden war, hat man sie sofort geschlossen, zugedeckt. Uns im Süden lässt man in dieser Frage im Stich. Das müssen Sie sich gefallen lassen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Schmid SPD: Es gab nie eine Zusage von uns! – Zurufe des Ministers Dr. Christoph Palmer sowie des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Schauen Sie, dass der Bund in der Finanzierung mit dabei ist, dann können Sie sich hier auch seriös in die Debatte einbringen.

Weil die Belastung des Filderraums angesprochen wurde, Herr Kollege Kretschmann: Die Verkehrsanbindung im Zusammenhang mit der Messe, die Erschließung der Messe bringt maßgeblich auch eine Entlastung des Filderraums.

(Abg. Schmid SPD: Sie kennen den Filderraum offensichtlich nicht!)

Das muss man doch einmal ganz deutlich sagen: Der Filderraum wird von zusätzlichem Verkehr des Flughafens und auch der Messe entlastet.

(Zurufe der Abg. Oelmayer und Walter GRÜNE)

Insofern ist die jetzt getroffene Finanzierungsvereinbarung fair, ein gangbarer Weg. Wir werden daran festhalten. In der zweiten Runde werde ich noch näher darauf eingehen.

Danke.

(Beifall bei der CDU – Minister Dr. Christoph Palmer: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

Abg. Schmiedel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn man über den Umgang mit der Kostensteigerung für die neue Landesmesse spricht, muss man zunächst einmal klar machen, wer eigentlich die Akteure sind.

Die Akteure sind zum einen die Projektgesellschaft Neue Messe, die Geschäftsführung und der Geschäftsführer, Herr Bauer.

(Abg. Hauk CDU: Sozialdemokrat, oder?)

Der zweite Akteur ist der dazugehörige Aufsichtsrat mit dem Vorsitzenden Staatssekretär Mehrländer. Das dritte

verantwortliche Gremium ist der Lenkungsausschuss, an dessen Spitze der Ministerpräsident steht.

(Abg. Walter GRÜNE: Jetzt sind wir aber schwer beeindruckt!)

Spätestens seit dem Wettbewerb, also ungefähr seit zwei Jahren, ist allen verantwortlich Beteiligten bekannt, dass es mit der gegriffenen Größe von 1 Milliarde DM nicht gehen wird, sondern dass wir uns zwangsläufig in der Größenordnung von 1,5 Milliarden DM bewegen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das waren wahrscheinlich Euro!)

Der Einzige, der dies öffentlich bei vielen Anlässen und auch in Artikeln in der Zeitung gesagt hat, war der Geschäftsführer der Projektgesellschaft Neue Messe. Diejenigen, die das verschwiegen und in der Öffentlichkeit weiter den Eindruck erweckt haben, man käme mit dieser Milliarde aus, waren Staatssekretär Mehrländer und der Vorsitzende des Lenkungsausschusses, der Ministerpräsident. Deshalb darf man sich hinterher natürlich nicht wundern, wenn man kurz vor Toresschluss, bevor die Finanzierungsvereinbarung getroffen wird, der erstaunten Öffentlichkeit dann offiziell mitteilt, dass die Messe jetzt nicht 1 Milliarde, sondern 1,6 Milliarden DM kostet.

Herr Staatssekretär, es ist schon ein rügenswerter Umgang der Regierung mit dem Parlament, dass anlässlich einer Landtagsanfrage meines Kollegen Nils Schmid noch vor wenigen Wochen der Eindruck erweckt wurde, als wüsste man vonseiten der Landesregierung überhaupt nicht, wohin die Reise geht. Das ist wirklich schlimm und sollte nicht zur Regel werden.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Der Einzige, der sich für das bisherige Verhalten der Landesregierung in dieser Sache entschuldigt hat, war der Wirtschaftsminister Döring, der eigentlich gar nicht direkt beteiligt ist, weil er nicht in diesen Gremien sitzt. Der Ministerpräsident ist abgetaucht. Wir haben ihn nicht mehr gehört. Obwohl er sich bei zahlreichen Anlässen von dieser Stelle aus zur neuen Landesmesse geäußert hat, ist er seither abgetaucht. Ich nenne das politische Feigheit. Er soll wieder auftauchen und sich auch entschuldigen und soll rechtfertigen, dass er zwei Jahre lang die Wahrheit verschwiegen hat.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Drautz und Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE: Seid ihr jetzt für den Standort oder nicht? – Abg. Dr. Birk CDU: Schmiedel eiert herum!)

Jetzt kommen wir zum Punkt: Wer soll die aufgetretenen zusätzlichen Kosten tragen? Die Koalition hat sofort die Spenderhosen angezogen und hat gesagt: „Das packen wir.“

In der zweiten Runde werde ich noch insbesondere auf die Regionalmessen eingehen,

(Abg. Walter GRÜNE: Für was seid ihr eigentlich, für oder gegen den Standort?)

(Schmiedel)

aber auf einen Zusammenhang will ich schon jetzt hinweisen, Herr Staatssekretär. Es ist ja wohl kein Zufall, dass der Wirtschaftsminister, kurz bevor man die Spendierhosen für die neu aufgetretenen Kosten der neuen Landesmesse angezogen hat, einen Frontalangriff gegen die Bezuschussung der Regionalmessen gefahren hat. „Döring will die Regionalmessen von allen Fördertöpfen abkoppeln.“ Das ist der Zusammenhang, der sich aufdrängt und den man sehen muss. Deshalb ist es natürlich sehr gerechtfertigt, dass wir auch diesen Punkt zum Anlass genommen haben, das Thema „Förderung der Regionalmessen“ wieder auf die Tagesordnung zu bringen; denn wir sind für eine ausgewogene Infrastruktur, auch Messeinfrastruktur, in ganz Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt zu der Frage, ob die Messe selbst – was allerdings vonseiten der Regierung in Abrede gestellt wurde – aus ihren erwarteten Erträgen diese Kosten tragen könnte.

(Abg. Dr. Birk CDU: Windiger Vorschlag!)

Da, Herr Kollege Birk, ist es schon ein sehr merkwürdiger Widerspruch: Sie stellen sich hier hin und sagen: „Das ist europaweit der beste Standort. Wir erwarten Spitzenleistungen und hervorragende Ergebnisse.“

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das war bisher auch Ihre Position!)

Und dann bleiben Sie bei den Schätzungen von Anno Tobak, wo man einmal festgelegt hat: 150 Millionen DM ist die Messe fähig selber zu erbringen.

(Abg. Drexler SPD: Lächerlich! Völlig lächerlich!)

Das war eine Schätzung vor ein paar Jahren. In der Zwischenzeit wissen wir, was neue Messen, die gut aufgezo- gen sind, erbringen können,

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

nämlich beispielsweise die neue Münchner Messe. Diese neue Münchner Messe hat im ersten Jahr ihres Bestehens

(Abg. Oettinger CDU: Die ist doppelt so groß, Herr Kollege!)

bei einer Größe von 130 000 Quadratmetern – damit ist sie um ein Drittel größer als die Stuttgarter Messe – 100 Millionen DM operativen Gewinn erwirtschaftet.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Hört, hört!)

Daraufhin haben die das Geld sofort in die Hand genommen und haben gesagt: Wir bauen noch einmal 30 000 Quadratmeter dazu – aus eigener Kraft, ohne jedweden Zuschuss.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Für die neue Messe in Stuttgart wird unterstellt: 7,5 Millionen € Gewinn, um 75 Millionen € zu finanzieren. Das ist lächerlich gering und absurd. Ich verweise auch auf das Beispiel Flughafen. Diejenigen, die die Standortgunst der neuen Messe so hervorheben, sollten nicht so kleinlaut,

pessimistisch und defätistisch werden, wenn es um die Möglichkeiten der Finanzierung der neuen Messe geht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Subventionsmentalität! Alles muss vom Staat subventioniert werden, und die FDP macht mit! – Abg. Walter GRÜNE: Sind Sie jetzt dafür oder dagegen?)

Stellv. Präsidentin Christa Vossuschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn Dinge nicht gut gelaufen sind – und das ist bei der Messefinanzierung der Fall –, dann tut man gut daran, die Dinge nicht schönzureden, sondern klar und ohne Umschweife auszusprechen.

(Zuruf von der SPD)

Deshalb rede ich nicht von einer Kernmesse, einer Kernmesse ohne Erschließung, ohne Parkierung, ohne Grundstück, ohne Nebenfinanzierung und ohne Nebenkosten, so wenig wie ich von einem Kernhaus ohne Dach sprechen würde. Ich spreche auch nicht davon, dass eine Steigerung der Finanzierung um insgesamt 60 % kein gewaltiger Brocken sei. Es ist ganz selbstverständlich, dass die Grünen – das ist ganz berechtigt – eine Aktuelle Debatte beantragten, zumal sie schon immer gegen die Messe sind und sie nach ihrer Vorstellung ja gar nicht teuer genug werden kann. Messekosten sind für mich Messekosten, ob sie nun zu Recht zum Teil aus Eigeninteresse von der Flughafengesellschaft mitfinanziert werden oder nicht.

(Abg. Wintruff SPD: Völlig egal, was es kostet! – Abg. Oelmayer GRÜNE: Wenn Sie daraus die richtigen Konsequenzen ziehen, ist es ja in Ordnung! – Abg. Walter GRÜNE: Die Debatte können wir nächstes Jahr schon wieder beantragen!)

Dies steht einmal ganz klar fest.

Aber genauso klar und deutlich muss man sagen, dass Ausdrücke wie „Katze aus dem Sack“ – ich zitiere, was in der Vergangenheit gesagt worden ist –, „Kostenexplosion“, „Planungschaos“, „Offenbarungseid“, „Verheimlichung“ und „große Überraschung“

(Abg. Walter GRÜNE und Abg. Wintruff SPD: Stimmt alles!)

mit der Sache nichts, aber auch gar nichts zu tun haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es!)

Alle wissen das, wenn sie nur ein kleines bisschen ehrlich sind: Messegegner, Messebefürworter und auch alle Akteure, bei denen Sie in der Region übrigens an sehr maßgeblicher Stelle beteiligt sind, Herr Schmiedel – Sie nehmen das immer für sich in Anspruch –, ob Insider oder nicht, wissen das, und die Presse hat längst breit darüber berichtet. Wenn etwas überrascht, dann allenfalls die jetzt zur Schau getragene Überraschung. Das hätte man vor zwei Jahren diskutieren müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

(Hofer)

Als wir Ende der Neunzigerjahre von der Region aus die Messe auf den Weg gebracht haben, sind wir nach Leipzig gefahren. Dort gibt es eine ähnlich gelagerte Messe. Die Kosten dort: 1,3 Milliarden DM plus 1 Milliarde DM Erschließungskosten.

(Abg. Fischer SPD: Warum habt ihr das dann nicht von vornherein gesagt? – Abg. Kretschmann GRÜNE: So ehrlich seid ihr auch erst jetzt!)

Übrigens sind die Erschließungskosten diejenigen Kosten – da haben Sie Recht –, die ganz stark nach oben gegangen sind. Ich nehme aber für uns in Anspruch: Dies geschah auch deshalb, weil wir unsere Versprechungen auf den Fildern ernst genommen und eine teure Erschließung angebunden haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Im Filderraum! So ist es!)

Herr Schmiedel, ich kenne dazu nur Ihre Äußerungen. Ich darf Ihnen sagen: Schon damals, 1997, hat die FDP/DVP in der „Filderzeitung“ beantragt, die Autobahn zu überbauen, um Flächen zu sparen. Das ist gemacht worden, um Flächen zu sparen. Aber das hat auch mehr gekostet. Das war ein Wunsch der Filder, auf den man eingegangen ist.

(Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Spätestens nach dem Ergebnis des Architektenwettbewerbs vor genau zwei Jahren haben die Kosten – allenfalls nicht in der Kommastelle, aber in der Größenordnung – völlig festgestanden, und die Presse – das können Sie nachlesen – hat breit darüber berichtet.

(Abg. Wintruff SPD: Oje! Schönredner! – Abg. Oelmayer GRÜNE: Wenn man das jetzt zum Maßstab macht, dann brauchen wir hier gar nicht mehr zu diskutieren!)

Der Herr Staatssekretär wird uns nachher sicherlich sagen – sagen müssen –, warum es seitdem zwei Jahre gedauert hat, bis wir jetzt eine neue Gesamtfinanzierung bekommen.

(Abg. Drexler SPD: Seit Dezember!)

Ich denke, ein Grund dafür ist möglicherweise, dass man gesagt hat: Wir wollen jetzt auch wirklich alles zusammennehmen und geschärft vorlegen und das nicht peu à peu machen. Möglicherweise – das sage ich an dieser Stelle auch – ist diese 1 Milliarde DM vielleicht eine so runde, schöne und griffige PR-Zahl gewesen, dass man die Euroumstellung abwarten wollte, um wieder bei ihr bleiben zu können.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Genau! – Zurufe von der SPD – Unruhe)

– Meine Damen und Herren, ich denke, Sie werden doch ein bisschen Humor verstehen. Offenbar ist das nicht der Fall. Es ist eine humorlose Gruppe hier hinten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Lebhaftes Zurufe von der SPD, u. a.: Das ist nicht komisch! – Abg. Wintruff SPD: Das ist nicht lustig! – Unruhe)

– Meine Damen und Herren, das wird mir von der Zeit abgerechnet. Die Leute vertragen keinen Humor.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Aber nicht so einen! – Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist schön.

Meine Damen, meine Herren!

(Zurufe der Abg. Capezzuto SPD und Kretschmann GRÜNE)

– Ja, dann will ich es Ihnen sagen, Herr Kretschmann. Ich bin in das Thema Messe, glaube ich, ein bisschen mehr eingeweicht als Sie.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Sie haben vorhin ähnlich davon gesprochen wie der Blinde von der Farbe. Ich will Ihnen einmal etwas sagen: Hinter jedem Spaß steckt ein Ernst. Wir müssen nämlich darauf achten, dass es nicht zu dieser Milliarde kommt. Da sind noch einige Punkte offen. Da ist der Grunderwerb noch nicht getätigt,

(Abg. Wintruff SPD: Das ist ja ganz toll! – Abg. Schmiedel SPD: Umso schlimmer!)

und solange er noch nicht getätigt ist, weiß ich auch noch nicht genau, was er kostet.

Zum Thema „Beteiligung der Wirtschaft“: Uns war – Herrn Schmiedel auch – völlig klar, dass sich die Wirtschaft hier nicht mit Spenden beteiligen kann. Die Wirtschaft braucht unternehmerische Beteiligung, Namensrechte. Wer trägt denn das, wenn das gewissermaßen ausfällt? Da gibt es übrigens schon jetzt die entsprechende Bestimmung.

(Abg. Wintruff SPD: Man darf Ihnen kein Geld in die Hand geben! Sie machen nur Schulden!)

Lassen Sie mich abschließend noch sagen: Wir brauchen jetzt wie bei jedem anderen Großprojekt ein Kostenmanagement, ein Kostencontrolling, wo wir sehen: Wo gibt es weitere Steigerungen? Wo kann man weiter einsparen?

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Neue Steuerungsinstrumente!)

Was wir überhaupt nicht brauchen können, Herr Schmiedel, das sind jetzt Fantastereien – die möglicherweise zutreffen, aber möglicherweise auch nicht –, wie man im Jahr 2007 100 Millionen DM einfach per Knieschuss verteilt. Das kann doch wohl nicht wahr sein.

Letzte Bemerkung: Mir ist aufgefallen – das finde ich schon hochinteressant –, dass Ihr Antrag für die Regionalmessen – die man nicht im Regen stehen lassen sollte, für die man aber auch nicht eine so windige Finanzierung vorsehen sollte, wie Sie das tun –

(Hofer)

(Abg. Wintruff SPD: Natürlich! Nasenwasser! –
Abg. Ursula Haußmann SPD: Behaupten Sie doch
nicht einfach solche Sachen! Das ist ja unredlich!)

die Unterschrift Ihres finanzpolitischen Sprechers trägt.
Auf den Fildern ist er ein energischer Gegner dieser Messe.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es! – Abg. Fi-
scher SPD: Nein!)

Ich stelle fest, dass er seine Meinung geändert hat. Er ist
der Meinung, die Messe kommt schnell und sie arbeitet so
hervorragend, dass sie auch noch 100 Millionen im Jahr
2007 bringen kann.

(Minister Dr. Christoph Palmer: Sehr gut!)

Einer, der gegen die Messe ist und die Finanzierung ande-
rer Messen aus dieser Messe unterschreibt, der kann doch
nicht glaubwürdig sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU)

In der zweiten Runde wird der Kollege Noll sprechen,

(Abg. Wintruff SPD: Das wird wahrscheinlich
kein bisschen besser!)

der sich sowohl hier im Parlament als auch in der Region
und oben auf den Fildern immer geradlinig benommen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen
bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile
ich Herrn Staatssekretär Dr. Mehrländer.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Frau Präsidentin, meine
sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Landesmesse
handelt es sich um eines der wichtigsten Infrastrukturpro-
jekte des Landes, der Region und der Stadt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Daher will ich mit der gebotenen Sachlichkeit

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das hoffen wir doch,
Herr Staatssekretär!)

erklären, wie wir zu den Kostenberechnungen gekommen
sind.

Als damals, im März 1997, die Landesregierung, der Ver-
band Region Stuttgart und die Stadt Stuttgart sich ent-
schlossen, eine neue Landesmesse zu bauen, geschah das
vor dem Hintergrund, dass die alte Messe auf dem Killes-
berg den Ansprüchen nicht mehr genügte

(Minister Dr. Christoph Palmer: So ist es!)

und absehbar war, dass dort eine noch schlechtere Ent-
wicklung eintreten würde.

Andererseits gab es damals noch keinen Entwurf – wie
auch? –, sodass wir uns an dem orientieren wollten, jeden-
falls im Groben, was vorher gebaut worden war. Das war
die Messe in Leipzig.

Drittens haben wir uns an den Vorgaben von Experten des
Messewesens orientiert, die sagten: Wenn ihr eine funkti-
onsfähige internationale Messe bauen wollt, die wettbe-
werbsfähig ist, dann braucht ihr mindestens 100 000 Qua-
dratmeter Hallenfläche brutto.

Das waren die Vorgaben, und wir wussten, dass die Leipzi-
ger Messe, die auch 100 000 Quadratmeter hat, schon da-
mals – 1996 war sie fertig – 1,3 Milliarden DM gekostet
hatte.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Wem sagen Sie das?)

– Ihnen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das haben wir schon
vor fünf Jahren behauptet!)

Vor diesem Hintergrund war das dann ein vorläufiges
Finanzierungskonzept. Das haben wir nie verheimlicht,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg.
Kretschmann GRÜNE: Die ganze Zeit haben Sie
es verheimlicht!)

sondern immer deutlich gesagt. Mehr war damals ja gar
nicht möglich.

(Abg. Dr. Birk CDU: Die Grünen sind die Ersten,
die bei der Messe sind!)

Danach kam es dann zur Ausschreibung des Wettbewerbs.
Das Preisgericht und die Lenkungsgruppe kamen überein-
stimmend zu der Auffassung, dass der Entwurf von Profes-
sor Wulf & Partner der beste Entwurf ist – aus ökologi-
schen Gründen, aus Gründen des baulichen Standards und
wegen des besonderen Pfiffs, dass die Parkierung über die
Autobahn gebaut wird,

(Zuruf des Ministers Dr. Christoph Palmer)

wobei ich davon ausgehe, dass die Parkierung über die Au-
tobahn das Kennzeichen, das Merkmal der neuen
Messe wird. Im Übrigen ist das auch eine erstklassige Wer-
befläche. Denken Sie bitte daran: Täglich fahren schon
jetzt 140 000 Fahrzeuge über die A 8. Dass dann die Par-
kierung über die Autobahn eine sehr gute Werbefläche für
die Wirtschaft ist, liegt auf der Hand.

(Zuruf von der SPD)

Nach diesem Entwurf hätten die Kosten nach den damali-
gen Schätzungen 1,3 Milliarden DM betragen,

(Zurufe von der SPD)

ohne Grunderwerb und ohne äußere Verkehrserschließung.
Dies, Herr Abg. Schmiedel, hat auch Ministerpräsident
Teufel bei der Pressekonferenz damals erklärt. Sie können
es in den Zeitungen nachlesen.

(Minister Dr. Christoph Palmer: Man muss es
nachlesen wollen!)

Er hat es für die Lenkungsgruppe gesagt. Ich bin Mitglied
dieser Lenkungsgruppe, und damit hat er es auch für mich
gesagt. Wir haben darüber niemanden im Zweifel gelassen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Schmiedel, zuhören!)

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

Wir haben gesagt, wissend um die 1 Milliarde DM, die wir als vorläufige Finanzierungsgrenze gesetzt hatten, dass es jetzt natürlich auch darum gehen muss, Kosteneinsparungen zu erarbeiten. Das war schon damals gesagt worden.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Das war kein verlogener Umgang. Wir haben niemandem Sand in die Augen gestreut. Sie haben damals nicht weiter darauf reagiert. Das muss ich hierbei feststellen.

(Abg. Wintruff SPD: Wo bleiben denn die Kosteneinsparungen?)

– Dazu komme ich gleich.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmid?

(Abg. Reichardt CDU: Aber nur, wenn sie kurz ist!
– Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU – Zurufe von der SPD)

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Ja, bitte.

Abg. Schmid SPD: Herr Staatssekretär, Sie sagen, Sie hätten nichts verheimlicht. Warum ist dann meine Kleine Anfrage vom Oktober 2001 verzögert bzw. in der Sache überhaupt nicht beantwortet worden, obwohl angeblich doch schon seit Jahren alles klar sei?

(Abg. Capezzuto SPD: Aha! – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Sie kennen die Antwort. Sie lautet: Die Kostenrechnung steht kurz vor dem Abschluss.

(Lachen bei der SPD)

– Das stimmt. Es war so.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Das ist unglaublich! Das ist ja das Letzte!)

Wir haben gesagt: Bis zur parlamentarischen Behandlung der Anfrage im zuständigen Landtagsausschuss wird das Ergebnis vorliegen, sodass die Kostenberechnung dort mündlich vorgetragen werden kann.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Zwischen Weihnachten und Neujahr haben Sie das ausgerechnet! Das ist doch lächerlich!)

Jetzt haben wir eine Aktuelle Debatte, und ich trage Ihnen jetzt die Kostenberechnungen weiter vor.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmid?

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Ja, bitte.

(Zurufe von der SPD – Gegenruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Abg. Schmid SPD: Herr Staatssekretär, ist Ihrem Haus bekannt, dass Kleine Anfragen nicht in Ausschüssen des Landtags behandelt werden?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Das ist uns bekannt. Das war ein besonderer Service, den wir Ihnen anbieten.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Keine Ahnung!)

Ich darf noch hinzufügen, Herr Abg. Schmid: Das Wirtschaftsministerium versteht sich als Serviceministerium für die Wirtschaft, die Unternehmen sowie die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Birk CDU: Jawohl!)

Dann kam es natürlich zu der schwierigen Aufgabe, den Entwurf noch einmal genau durchzugehen und in den weiteren Schritten die äußere Verkehrserschließung zu ermitteln. Denn dass dort oben schwierige Verkehrsverhältnisse herrschen, brauche ich dem hohen Haus wohl nicht zu sagen.

(Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Also mussten wir doch ein Konzept hinzufügen, mit dem Staus vermieden werden können – sowohl hinsichtlich des Flughafens als auch hinsichtlich der Messe. Denn ein Flughafen hat 365 Tage im Jahr Betrieb, die Messe ungefähr 150 Tage.

(Abg. Reichardt CDU: Das Ministerium 366!)

Wenn beides zusammenkommt, ergäbe sich ein Riesenstau.

(Abg. Drexler SPD: Jeden Morgen! Jeden Morgen gibt es Staus!)

Wir haben ein Konzept, das einstimmig gebilligt worden ist: vom Land, von der Stadt Stuttgart, vom Verband Region Stuttgart, vom Landkreis Esslingen und von den für Verkehrsfragen Zuständigen in Leinfelden-Echterdingen. Auf das Letzte legen wir besonderen Wert.

Hinzu kam die äußere Verkehrserschließung und dann die Betriebsausstattung der Messe. Jetzt hatte man ja den Entwurf, jetzt wusste man, was hineinmusste an Ausstattung, an Möbeln, Fluchtwegen, Wegen für Behinderte, damit die sich –

(Abg. Wintruff SPD: Das haben Sie vorher nicht gewusst?)

– Nein. Das kann man erst dann wissen, wenn man einen Entwurf hat und diesen einstimmig beschlossen hat.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Erst dann kann man an konkrete Punkte herangehen.

Erst dann war auch klar, dass wir sowohl für den Flughafen als auch für die Messe eine Parkierung brauchen. Da war es natürlich das Anliegen der Messegesellschaft,

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

den Flughafen mit in die Kosten der Parkierung einzubeziehen. Natürlich hört beim Geld der Spaß auf. Es musste aufgeteilt werden: Wer macht was, wer übernimmt welche Kosten? Deswegen konnte erst im Januar erstmals eine belastbare Gesamtkostenrechnung von 805 Millionen € vorgelegt werden.

Noch etwas: Warum hat es zwei Jahre gedauert? Meine Damen und Herren, es war eine ganz schwierige Aufgabe, drei Punkte abzuklären: Wir brauchen eine funktionsfähige Messe – nicht irgendwelche Hutschachteln, sondern eine Messe, die funktionsfähig ist; das kostet Geld –, der wesentliche Entwurf der Messe musste erhalten bleiben, und es durften sich nur Kosten in vertretbarem Rahmen ergeben. Diese drei Punkte gleichzeitig einer optimalen Lösung zuzuführen ist verdammt schwer. Gestatten Sie mir deshalb, dass ich an dieser Stelle all denen danke, die die Arbeit geleistet haben: der Geschäftsführung, den Architekten und den Projekt- sowie den Verfahrenssteuerern. Herzlichen Dank dafür.

Und ich danke ihnen für noch etwas,

(Abg. Wintruff SPD: Und wann entschuldigen Sie sich? Gar nicht!)

nämlich dafür, dass alles in den Räumen stattgefunden hat und nicht nach draußen gegangen ist. Was glauben Sie, wie viele verschiedene Rechnungen wir hatten, die nicht passen? Wenn wir alle vier bis sechs Wochen neue „Wasserstandsmeldungen“ über eventuelle Kosten produziert hätten, hätten wir hier zu Recht eine Aktuelle Debatte nach der anderen gehabt und eine totale Verunsicherung der Wirtschaft und der Bevölkerung ausgelöst. Das habe ich verhindert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Das geht auf meine Kosten, wenn Sie so wollen.

(Abg. Schmid SPD: Geheimniskrämerei! Sie haben das Parlament belogen!)

– Das war keine Geheimniskrämerei, sondern wir gehen an die Öffentlichkeit, wenn es eine belastbare Gesamtkostenrechnung gibt.

Noch einmal: Zum Standort darf ich Sie daran erinnern, dass es zwei Suchläufe des Verbands Region Stuttgart gab, sogar über die Region hinaus. Jedes Mal war das Ergebnis, dass der Standort auf den Fildern der beste ist.

(Unruhe)

Herr Abg. Kretschmann, das ist unser Messekonzept: die Landesmesse und dann die Regionalmessen.

In diesem Sinne habe ich Ihnen hier klipp und klar und mit der gebotenen Sachlichkeit dargelegt, wie wir zu diesen Kosten gekommen sind.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Kollege Hofer, wenn man zu jemandem sagt, er rede wie ein Blinder von der Farbe, sollte man ihn wenigstens in einem präzisen Punkt widerlegen, denn sonst ist das ein bisschen billig.

(Unruhe)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abg. Kretschmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hofer?

Abg. Kretschmann GRÜNE: Nein, ich habe noch gar nicht angefangen.

(Unruhe – Abg. Hofer FDP/DVP: Ich würde gern einen präzisen Punkt bringen! – Lebhaftige Zurufe, u. a. Abg. Capezzuto SPD: Hat er geschlafen? Jetzt hat er ihn aufgeweckt!)

Zweitens sollte man unterlassen, hier nur Nebelkerzen zu werfen. Die Regierung hat auf eine Kleine Anfrage des Kollegen Nils Schmid geantwortet:

Die Kostenberechnung . . . steht kurz vor dem Abschluss. Über das Ergebnis müssen zunächst die Gesellschafter . . . informiert werden. Bis zur parlamentarischen Behandlung der Anfrage . . . wird das Ergebnis vorliegen.

(Abg. Drexler SPD: Die gibt es gar nicht!)

Am gleichen Tag, an dem die Anfrage ausgegeben wurde,

(Minister Dr. Christoph Palmer: All das ist erfolgt!)

wurden die Zahlen vorgelegt. Das einfach zu Ihrer Politik.

(Zuruf von den GRÜNEN: Sauerei!)

Genauso gehen Sie mit dem Parlament um.

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

Kollege Hofer und Herr Staatssekretär Mehrländer, kein Mensch kann eine solche Planung auf Punkt und Komma voraussagen;

(Abg. Oettinger CDU: Herr Kollege Kretschmann, zehn Tage nach Abfassung!)

aber es geht um die richtigen Größenordnungen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das habe ich doch gesagt! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abg. Kretschmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Ministers Palmer?

(Zurufe von der SPD: Als Abgeordneter!)

– Des Herrn Abg. Palmer.

Abg. Dr. Christoph Palmer CDU: Lieber Herr Kollege Kretschmann, stimmen Sie mir zu, dass bei einer parlamentarischen Beantwortung das Datum der Beantwortung und

(Dr. Christoph Palmer)

das Datum der Ausgabe auf der Drucksache einen Unterschied machen

(Abg. Oettinger CDU: Zehn Tage!)

und dass da eine Diskrepanz von bis zu zwei Wochen bestehen kann?

(Abg. Drexler SPD: Das war hier nicht der Fall!)

Abg. Kretschmann GRÜNE: Das ist mir bekannt; aber das macht es doch nicht besser.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Größenordnung einer solchen Messe kann sich doch nicht in drei Wochen ändern; das ist völlig abstrus.

Ich kann es noch einmal genau sagen. 1997 haben Sie eine gedeckelte Finanzierung – keine Kostenschätzung – vorgelegt. Das ist der berühmte Kostendeckel, von dem da gesprochen wurde. Das heißt wohl auf Deutsch: Höher geht es nicht, sonst wird gespart. Diesen Kostendeckel haben Sie wohlweislich vorgesehen. Bei 1 Milliarde DM bedeutet es pro Quadratmeter Ausstellungsfläche 8 000 DM. Man wusste aber bereits damals, dass die Messen, die schon fertig waren, nämlich die in Leipzig und die in München, 14 000 bzw. 15 000 DM pro Quadratmeter gekostet haben. Man braucht keinen großen Beamtenapparat, um das herauszufinden. Wer das aber weiß und der Bevölkerung ganz andere Zahlen vormacht, führt sie, sage ich, ganz bewusst hinters Licht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich muss Ihnen ein Zweites sagen. Im Raum stehen nämlich noch weitere Kostenunsicherheiten, über die heute wieder nicht gesprochen worden ist. Zum Beispiel ist der Erwerb von Ausgleichsflächen überhaupt nicht in die Rechnung einbezogen. Sie müssen ihn aber bei dem Projekt erbringen. Er kostet logischerweise etwas, ist aber in den Planfeststellungsunterlagen nicht enthalten.

Parkierungsmöglichkeiten sind für einen Verkehr von 35 000 bis 40 000 Kfz geplant. Das ist der Spitzenverkehr für die Messe auf dem Killesberg. Da muss man fragen: Wenn Sie nicht mehr erwarten, warum bauen Sie dann überhaupt die neue Messe? Und wenn Sie sie bauen, weil Sie erwarten, dass die neue Messe mehr Besucher bringt, müssen Sie logischerweise mehr Parkierungsmöglichkeiten schaffen.

(Minister Dr. Christoph Palmer: Haben Sie einmal den ICE-Halt und den ÖPNV berücksichtigt?)

Die Nation besteht nicht nur aus Möllemännern, die mit dem Fallschirm auf die Messe kommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Heiterkeit – Minister Dr. Christoph Palmer: ÖPNV! Sie kennen das Konzept gar nicht!)

Man weiß vorher schon, dass man dorthin fahren muss. Also haben Sie die Parkierungsmöglichkeiten völlig falsch eingeplant.

(Abg. Dr. Birk CDU: Bahn, Bus, Flugzeug! – Minister Dr. Christoph Palmer: Haben Sie sich den ÖPNV angesehen? – Abg. Fleischer CDU: Demagogie schwach!)

Das heißt, es werden wieder Kosten nachgeschoben. Ich behaupte also, Herr Kollege Hofer: Auch zum jetzigen Zeitpunkt werden die Kosten nicht richtig eingeschätzt.

Zum Schluss kann ich noch ein Drittes sagen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hofer?

Abg. Kretschmann GRÜNE: Ein Drittes muss ich sehr ernst fragen. Wenn all das, was Sie sagen, richtig ist und es ganz normal ist, dass sich bei einem Projekt von der Planung bis zur Verwirklichung die Kosten um 50 % erhöhen, obwohl man dort nur „Glashäuser“ auf den Boden stellt, dann frage ich einmal etwas vereinfacht: Was machen Sie dann mit Ihren Prognosen zu Stuttgart 21, wo man bekanntlich in die Tiefe gräbt und wo man nicht weiß, was einen erwartet? Ich erinnere an das Leonberger Dreieck und den Knollenmergel, der die Kosten dieses Projekts um ein Drittel in die Höhe getrieben hat. Bei Stuttgart 21 können Sie zum Beispiel Grundwasserströme und Stuttgarter Mineralquellen erwarten.

Glauben Sie, dass es ein ehrlicher Umgang mit der Bevölkerung ist, wenn Sie sagen, das Projekt koste gerade einmal 3 Milliarden DM? Ich sage Ihnen jetzt schon: Das ist genauso illusorisch und verlogen . . .

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Kretschmann GRÜNE: . . . wie die eine Milliarde für die geplante Fildermesse.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Birk.

Abg. Dr. Birk CDU: Frau Präsidentin! Herr Kollege Kretschmann, zunächst einmal zum Parkraum. Wir haben den Parkraum extra so begrenzt dimensioniert, weil wir uns eine bessere Erschließung der Messe über den ÖPNV, über das Flugzeug und über den Fernverkehr und Nahverkehr auf der Schiene versprechen. Das ist doch völlig klar. Das ist der Grund.

(Beifall bei der CDU)

Eigentlich müsste auch ein Grüner dafür sein, weil wir Flächenverbrauch vermeiden, wenn der Parkraum über die Autobahn gebaut wird. Ich weiß nicht, wieso Sie das kritisieren.

(Beifall bei der CDU)

(Dr. Birk)

Sie müssten sich eigentlich hinstellen, uns tagtäglich dafür danken und sagen: Glückwunsch, Landesregierung, das ist ein gelungener Entwurf auch unter dem Aspekt der ökologischen Verkehrserschließung!

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD:
Quatsch! Die Leute parken die Ortschaften im Hinterland zu! Das wird die Realität sein! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Boris Palmer?

Abg. Dr. Birk CDU: Bitte schön, Herr Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Birk, ich nehme an, dass Sie mit der hervorragenden Verkehrserschließung der Messe das Projekt Stuttgart 21 meinen. Ich habe zwei Fragen. Erstens: Was passiert in den zehn Jahren zwischen Fertigstellung der Messe und Fertigstellung von Stuttgart 21? Zweitens: Sollte Stuttgart 21 doch nicht kommen, was passiert dann mit dem Parkraum?

(Zuruf von der SPD: Dauerstau!)

Abg. Dr. Birk CDU: Erstens: Die Messe und Stuttgart 21 werden kommen. Davon sind wir überzeugt. Die entsprechenden Rahmengesetzgebungen, hier das Landesmessegesetz, sind von uns verabschiedet und auch auf dem Weg. Wir sind optimistisch.

Zweitens: Ich sage Ihnen auch in aller Deutlichkeit, dass wir den Parkraum dort oben begrenzen, weil wir eben wissen, dass dort oben in der Zukunft öffentlicher Personennahverkehr ganz maßgeblich zur Erschließung dieses Raumes beitragen wird. Der ICE-Bahnhof muss kommen. Das ist für uns eine Planung aus einem Guss:

(Beifall des Ministers Dr. Christoph Palmer)

Flughafen, Messe, ICE-Bahnhof, öffentlicher Personennahverkehr, Autobahnausbau, Ausbau Echterdinger Ei. Dies alles gehört zu einer optimalen Anbindung.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD: Was bleibt denn dann noch für die anderen übrig?)

Noch ein anderes Argument zum Thema Kosten. Es ist ja erfreulich – das weiß der Herr Kollege Schmiedel genauso wie der Herr Kollege Kretschmann –, dass wir die Schuldendiensthilfe des Landes in Bezug auf den Ausbau des Flughafens nicht komplett benötigt haben. Diese war ja seinerzeit von 1993 bis 2010 angelegt. Weil sich dieser Flughafen so hervorragend entwickelt hat, wurde diese Schuldendiensthilfe nicht insgesamt in Anspruch genommen. Es gelingt uns, diese Schuldendiensthilfe ab dem Jahre 2003 vom Landesflughafen auf die Landesmesse umzuklappen, und das mit einem Betrag von nicht weniger als 480 Millionen €, die wir jetzt zur Finanzierung der Messe einsetzen können. Auch diesbezüglich ist trotz einer Kostensteigerung eine Abmilderung erheblichen Umfangs bei der Finanzierung der Messe möglich.

Lassen Sie mich aber auch noch einen letzten Punkt ansprechen, da das Thema Regionalmessen hier auch zur Sprache gekommen ist.

(Abg. Schmiedel SPD: Ein ganz trübes Kapitel, mein Lieber!)

– Lieber Herr Schmiedel, den Vorschlag, den Sie gemacht haben, halten wir schlichtweg für unseriös. Wir wollen, dass die Messe auf den Fildern kommt, dass sie rasch kommt, dass die Messegesellschaft nicht überfrachtet wird. Wenn die Messe sehr rasch Erträge erwirtschaftet, dann muss die Schuldendiensthilfe auch nicht in diesem Umfang in Anspruch genommen werden.

(Zuruf von der SPD: Wie beim Flughafen!)

Aus unserer Sicht spricht dann nichts dagegen, diese Schuldendiensthilfe auch einzusetzen, um Regionalmessen zu fördern. Insofern sind wir da auf einer Linie. Wir wollen aber seriöse Finanzierungsvorschläge,

(Zuruf von der SPD: Bis ins Jahr 2007!)

keine windigen Vorschläge Ihrerseits, die Sie nur machen, um populistisch sagen zu können: Die SPD tut etwas für die Regionalmessen. Wir als CDU-Fraktion stehen genauso hinter dem Regionalmessekonzept. Wir sind dankbar, dass sich auch unser Koalitionspartner mit Argumenten davon überzeugen ließ, aus der Regionalmesseförderung nicht auszusteigen, sondern diese weiterhin zu betreiben, und zwar immerhin in einem Umfang von bislang 85 Millionen DM und in den nächsten Jahren einschließlich der Restmittel aus der Zukunftsoffensive II sowie der Haushaltsmittel 2002/03 mit nochmals 51,5 Millionen DM.

(Zuruf von der SPD: Karlsruhe bekommt 20 Millionen! Lächerlich!)

Wir wollen das Tor für die Regionalmesseförderung offen halten. Wir wollen die Anträge bis zum 31. Dezember 2003 auf dem Tisch haben. Dann werden wir auch Wege finden, um als fairer Partner gegenüber den Kommunen und den Regionen, die Regionalmessen bei sich realisieren wollen, aufzutreten und diese mit einem Fördersatz von bis zu 15 % mitzufinanzieren.

Deshalb denke ich, dass wir mit diesem ausgewogenen Konzept – hier die Landesmesse mit einem internationalen Anspruch, aber auch leistungsfähige Regionalmessen zur Förderung der regionalen Wirtschaft – auch der weiteren Entwicklung des Messebereichs des Landes gerecht werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

Abg. Schmiedel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Staatssekretär, das ist ja schon eine komische Nummer, die Sie da bringen, als hätte man sozusagen erst die letzten Behindertenwege konstruieren müssen, um zu sehen, dass man jetzt bei 1,6 Milliarden DM landet. Da

(Schmiedel)

muss ich dem Kollegen Kretschmann Recht geben: Über die Größenordnung wussten alle Beteiligten Bescheid, auch die, die mittelbar beteiligt sind.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Na also!)

Sie haben trotzdem öffentlich den Eindruck erweckt – insbesondere der Ministerpräsident –, dieser Deckel ließe sich halten, und deshalb sollten Sie einfach sagen, das sei Käse gewesen, sich wie Ihr Wirtschaftsminister entschuldigen, und dann können wir diesen Punkt einmal abhaken.

(Beifall bei der SPD)

Dann kommt Herr Hofer und sagt: „Oh, der Herr Schmid!

(Abg. Pfister FDP/DVP: Was sagt der? – Heiterkeit)

Jetzt haben wir ihn erwischt! Der hat einen sehr konstruktiven Antrag für die Regionalmessen im Land Baden-Württemberg mit unterschrieben. Den können wir jetzt aber auf den Fildern vorführen.“

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Der ist schon dort!)

Ich will Ihnen einmal in Erinnerung rufen, was unter dem Briefkopf des Wirtschaftsministers des Landes Baden-Württemberg im September 2000 an wichtige Unternehmen in Baden-Württemberg verbreitet wurde.

(Abg. Capezzuto SPD: Jetztet!)

Es setzt sich bei mir

– schreibt der Wirtschaftsminister –

immer mehr der Eindruck fest, dass für die Unternehmen in unserem Land, wenn sie denn entscheiden und auswählen könnten, ein Ausbau des Landesflughafens und eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in der Region Stuttgart wichtiger wäre als die neue Landesmesse.

Und ein bisschen weiter unten:

Man muss dann selbstverständlich getroffene Entscheidungen immer einmal wieder hinterfragen und an den Realitäten messen, wenn sich diese geändert haben.

Also, wenn einer einen Zickzackkurs fährt und bei diesem Thema ein Wackelpudding ist, dann ist das Ihr Wirtschaftsminister,

(Abg. Dr. Birk CDU: Ein Minister kann nicht jeden Tag einen starken Tag haben!)

weil er zu diesem Zeitpunkt hinter das Messeprojekt große Fragezeichen gesetzt hat und wie so oft wieder zurückgeholt wurde.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hofer?

Abg. Schmiedel SPD: Gern. Wenn es nicht angerechnet wird.

(Abg. Fleischer CDU: Doch, doch! – Abg. Dr. Birk CDU: Bei Ihnen kann man nicht genug anrechnen! – Weitere Zurufe von der CDU)

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Kollege Schmiedel, ohne Lautstärke: Sind Sie mit mir der Meinung, dass es doch etwas verwunderlich ist, wenn man gegen ein Objekt ist und gleichzeitig Vorschläge macht, wie man bei diesem Objekt andere Dinge mitfinanzieren kann? Das bekomme ich nicht zusammen.

(Beifall des Abg. Fleischer CDU)

Abg. Schmiedel SPD: Das ist ja eine Steilvorlage. Es geht hier nicht um Gelder aus dem Projekt, sondern es geht um Gelder des Landes Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: So ist es! – Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt wird es aber absurd!)

Jetzt kommen wir zu dem Punkt: Das ist ja die tollste Nummer überhaupt. Da sagt Herr Hofer einmal, es sei ein Hirngespinnst, es sei ja ein Phantom, dass die Messe das selber erwirtschaften könnte. Aber einen halben Satz später sagt er: Es könnte vielleicht schon sein. Und Herr Birk meint: Ja, wenn sich im Jahr 2007 herausstellt, dass die so gut sind, dann haben wir ja etwas für die Regionalmessen, und dann geben wir es denen auch. – Tolles Versprechen! Sollen die alle bis zum Jahr 2007 warten?

(Abg. Dr. Birk CDU: Entschuldigung, jetzt haben wir gerade einmal drei, die angemeldet sind!)

Jetzt frage ich Sie einmal: Was spricht denn ernsthaft dagegen? Wir sind uns ja einig über die hervorragende Qualität des Standorts und auch der Messe.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das wird ohnehin 2006/2007! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Schmiedel, wollen Sie sie noch?)

Wir sind uns einig. Jetzt frage ich Sie: Woraus leiten Sie denn ab, dass diese hervorragende Messe schlechtere Geschäfte machen sollte als die Messe in München?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wer ist „Sie“? Wer sagt das?)

Warum denn eigentlich? Warum sind Sie so pessimistisch eingestellt? Wenn sie nur vergleichbare Ergebnisse bringt, dann können wir das von Ihnen vorgesehene Geld statt für die neue Messe auf den Fildern entsprechend unserem Vorschlag für die Regionalmessen verwenden.

(Beifall des Abg. Dr. Caroli SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Birk?

Abg. Schmiedel SPD: Aber die Zeit läuft immer weiter.

(Abg. Fleischer CDU: Gott sei Dank!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das wird auf Ihre Redezeit nicht angerechnet.

Abg. Schmiedel SPD: Okay. Wer will? – Herr Birk.

Abg. Dr. Birk CDU: Herr Kollege Schmiedel, aufgrund Ihrer unklaren Position ist mir immer noch nicht klar,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Mir auch nicht!)

ob die SPD jetzt für die Landesmesse auf den Fildern ist oder nicht. Kollege Schmid scheint dagegen zu sein, andere – etwa Kollege Drexler, wie ich gelesen habe – auch, und Sie sind dafür. Können Sie sich jetzt bitte einmal klar äußern, wie die SPD zu diesem Infrastrukturprojekt steht?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Das ist ein „Schmiedelchen“: Ja und Nein zusammen!)

Abg. Schmiedel SPD: Sie haben nach der Position der SPD gefragt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Schwierig!)

Die SPD in Leinfelden-Echterdingen ist so dagegen wie die CDU

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ihre!)

und wie die FDP/DVP und die Freien Wähler.

(Abg. Hauk CDU: Die Landtagsfraktion, Herr Kollege!)

Das ist Leinfelden-Echterdingen.

Die SPD in der Region Stuttgart ist dafür wie die CDU und die FDP/DVP.

(Abg. Fleischer CDU: So reden Sie aber nicht!)

Die SPD hier ist auch für den Standort.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Dr. Birk CDU: Hört, hört! Dann müssen Sie auch etwas dafür tun! – Minister Dr. Christoph Palmer: Die ganze SPD oder nur Teile davon?)

– Die SPD ist für den Standort. Das ist überhaupt keine Frage. Sie sollten die Protokolle über die Diskussion zum Landesmessekonzept und zum Landesmessegesetz nachlesen. Dann können Sie das nachlesen. Sie dürfen jetzt nicht von Ihrer Schwachstelle Landesmessekonzept ablenken.

(Abg. Dr. Birk CDU: Sie sind eine wandelnde Schwachstelle! – Heiterkeit bei der CDU)

Jetzt, Herr Staatssekretär, möchten wir wirklich Auskunft, was Sache ist. Es ist ein jahrelanges Verwirrspiel, wie es die Landesregierung mit den Messen im Land hält. Ich habe nur ein paar Überschriften mitgebracht. „Stuttgarter Zeitung“, Februar 1997: „Verwirrung um Dörings Konzept für die acht Regionalmessen“, Februar 1997: „Walter Döring zusehends unter Druck, macht sich lächerlich“, 1999 „Badische Neueste Nachrichten“: „Frau Blank verlangt Messe als Chefsache; Teufel soll als Schlichter im Streit um Landesmittel eintreten“.

(Abg. Wintruff SPD: Wer ist Frau Blank?)

Dann kommt Döring, neue Nummer, 2001: Döring will die Regionalmesse von allen Fördertöpfen abkoppeln. Dann kommt eine Meldung, die CDU habe ihn eingefangen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist weit überschritten.

Abg. Schmiedel SPD: Ich bin am Ende

(Abg. Dr. Birk CDU: Die SPD ist am Ende beim Thema Messe!)

und stelle noch einmal meine Frage. Wir wollen, Herr Staatssekretär, dass sich der Minister nicht hier hinstellt und sagt, er habe nur drei Anträge und könne deshalb kein Konzept vorlegen. Was verstehen Sie denn unter der Entwicklung eines Messekonzepts? Tee trinken und abwarten, was kommt?

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: War es das? – Abg. Dr. Birk CDU: Applaus! – Abg. Wintruff SPD: Birk, denk an Frau Blank! Die ist auch schon deswegen abgewählt worden!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier sind so viele Falschaussagen gemacht worden, dass man versuchen muss, wenigstens die größten Falschaussagen zu revidieren.

Herr Schmiedel, Sie haben gesagt, der Einzige, der gesagt habe, es könne über eine Milliarde kosten, sei Herr Bauer gewesen. Ich habe hier einen Presseartikel von 1997, „Stuttgarter Nachrichten“. Damals hat – das sollte man übrigens auch einmal wissen – die Landesregierung diesen Deckelungsbeschluss verkündet, und zwar in Abwesenheit des Wirtschaftsministers, der in Asien geweiht hat. Das habe ich wörtlich als Affront kritisiert. Ich habe gesagt,

(Abg. Schmiedel SPD: Das macht es doch nicht besser! – Abg. Göschel SPD: Wieso erzählen Sie das uns?)

für den Messeneubau könne es nur ein grober Rahmen sein; sie könne auch zwei Milliarden kosten, und zwar wegen der von uns geforderten flächenschonenden und verkehrsmäßig guten Erschließung, die dazukomme.

(Abg. Schmiedel SPD: Wer hat das gesagt?)

Nächste Sache: Es wurde gesagt, dem Kollegen Nils Schmid sei nicht geantwortet worden. Ich darf mit Erlaubnis der Präsidentin aus einer Kleinen Anfrage vom Juni 2000 zitieren. Da habe ich genau deswegen, weil ich Angst hatte, dass man nur auf diese eine Milliarde für die Hallen schielt und vergisst oder gar wegzudrücken versucht, dass es im Interesse der Bevölkerung auf den Fildern liegt, dass die Messe ordentlich erschlossen wird, gesagt, dass das Geld kosten wird. Darauf hat die Regierung, der Umwelt- und Verkehrsminister, wahrheitsgemäß geantwortet, dass

(Dr. Noll)

über diese Milliarde hinaus – wenn man es hätte lesen wollen, hätte man es lesen können, Herr Kretschmann –

(Abg. Döpper CDU: PISA!)

für die äußere Erschließung – es war niedrig angesetzt – etwa 147 Millionen DM hinzukommen. Weiter wurde gesagt: Dazu kommen noch nicht ermittelte Kosten zum Beispiel für Grunderwerb, landschaftspflegerische Maßnahmen, Parkleitsystem, Bauprovisorien usw.

(Abg. Capezzuto SPD: Aber nicht das Dreifache!)

Das heißt also, wer es wissen wollte, konnte es aufgrund meiner vor eineinhalb Jahren gestellten Kleinen Anfrage natürlich wissen.

Wenn jetzt jemand so überrascht tut, dann nehme ich es Ihnen ab, Herr Kretschmann, weil Sie bekanntermaßen die Messe hier nicht wollen, in der Region nicht und auf den Fildern nicht. Das respektiere ich. Aber Sie stehen auf verlorenem Posten,

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

denn alle anderen stehen zu dieser Messe. Da darf ich dem Kollegen Schmiedel, nachdem er wachsweiß zu erklären versucht hat, welche SPD wo steht, sagen,

(Abg. Dr. Birk CDU: Schmiedel gleich Wischiwaschi!)

dass er nach Kenntnis dieses angeblichen Finanzierungsdebakels vor zwei Tagen in der Region gesagt hat: Wir stehen nach wie vor zu diesem Projekt und hoffen auf eine schnelle Realisierung.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wer ist „wir“? – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie –

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nein, das muss ich jetzt noch zu Ende führen; dann dürfen Sie zwischenfragen.

Jetzt kommt der Eiertanz um Ihren Antrag bei den Haushaltsberatungen, eingebracht von dem Kollegen Nils Schmid, der sich im Landtagswahlkampf auf den Fildern als der Messegegner zu profilieren versucht hat. Er hat zwar nicht beantragt, die Finanzierung der Messe auf null zu setzen – was logisch gewesen wäre –, sondern er stimmt der Finanzierung über Schuldendiensthilfe zu. Man höre die Begründung, die von Herrn Schmid unterschrieben worden ist. Herr Schmid geht nämlich davon aus, dass trotz des Rechtsstreits, der derzeit läuft

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Also stehen wir nicht auf verlorenem Posten!)

und der das Zeitprogramm natürlich ebenfalls gefährden könnte, die neue Landesmesse – so wörtlich die Auffassung der SPD-Fraktion – die Kosten für die äußeren Erschließungsmaßnahmen spätestens ab dem Jahre 2007 aus den dann anfallenden Gewinnen finanzieren kann und soll. Was heißt das denn anderes? Herr Drexler, auch Sie haben im Kreistag anders geredet. Auch Ihre Unterschrift steht

darunter. Das heißt, Sie gehen davon aus, dass die Messe bis 2006 an diesem Standort realisiert ist und dass sie schon im ersten Jahr 100 Millionen € Gewinn macht. Das können Sie dort oben nun nicht mehr erklären.

(Abg. Dr. Birk CDU: Sehr gut!)

Letzte Woche ist Ihre Doppelstrategie auf den Fildern endgültig geplatzt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP – Abg. Dr. Birk CDU: Jawohl! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Dr. Noll, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hofer?

(Abg. Capezzuto SPD: Das ist Ihr eigener Mann, der die Frage stellt!)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Jetzt gestatte ich eine Zwischenfrage, wenn es mir nicht auf die Redezeit angerechnet wird.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte, Herr Abg. Hofer.

(Zurufe von der SPD)

Abg. Hofer FDP/DVP: Ich stelle diese Frage, weil Sie mir die Frage ermöglichen.

Wie können Sie sich die Aussage erklären, dass die Region nicht hinter der Messe stünde, nachdem sie mit einer Zweidrittelmehrheit 100 Millionen DM, umgerechnet etwa 51 Millionen €, zur Verfügung stellt?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das kann man sich nicht erklären!)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Diese Zahlen sprechen für sich; darauf brauche ich gar keine Antwort zu geben. Herr Schmiedel hat es auch so gesehen, dass die Region ihren Anteil natürlich nicht erhöhen kann, aber er sagt ja: Wir stehen nach wie vor zu diesem Projekt.

(Abg. Schmiedel SPD: Darum geht es ja gar nicht!)

So weit zur SPD. Willkommen im Klub! Gut, dass Sie endlich erkannt haben, dass das ein hervorragender Standort ist, an dem die Messe erfolgreich sein wird.

(Abg. Dr. Birk CDU: Nur Teile der SPD haben das erkannt!)

Sie sagen ja selbst: Spätestens ab 2007 wird die Messe pro Jahr mindestens 100 Millionen € verdienen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Schmiedel in die Psychiatrie! Wegen Schizophrenie!)

Erzählen Sie aber bitte auf den Fildern nichts anderes mehr.

Jetzt zum Kollegen Kretschmann. Ich sehe schon ein, dass Sie sich über diese Kostensteigerung furchtbar entrüsten,

(Dr. Noll)

aber ich frage Sie jetzt einmal – Sie dürfen direkt antworten, die Frau Präsidentin möge Ihnen das Wort geben –:

(Heiterkeit)

Wenn die Vorgabe von 1 Milliarde DM eingehalten worden wäre, hätten Sie dann Ja zur Messe gesagt?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Natürlich nicht! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Nein!)

– Danke schön. Also, im Grunde genommen ist es egal, wie viel sie kostet: Sie sind auf jeden Fall dagegen. Das sollten Sie auch ganz klar sagen

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das haben wir sehr klar gesagt! – Abg. Dr. Birk CDU: Grüne Fundis im Landtag!)

und sich nicht künstlich über Zahlen entrüsten.

Nun zu Ihrer Strategie: Meine Parteifreunde und ich, wir bemühen uns vor Ort und sagen, die Erschließung der Messe müsse in der Tat so geschehen, dass die Risiken für die Filderbevölkerung minimiert werden. Sie torpedieren das, indem Sie es ins Lächerliche ziehen und von Alternativen mit 300 Millionen reden,

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

die natürlich von Leuten gekommen sind, die die Messe nicht haben wollen. Ich rufe Sie alle konkret auf, den Menschen dort oben jetzt nichts mehr vorzumachen. Die Mehrheit für diese Messe steht. Wer es mit der Filderbevölkerung ernst meint, der kümmert sich jetzt darum, dass die Finanzierung der Maßnahmen gesichert wird,

(Beifall des Abg. Dr. Birk CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Jawohl!)

die zur Minimierung der Belastungen führen. Dazu gehören auch Alternativen, zum Beispiel zur Gäubahn, um die Sie sich nämlich einen Dreck gekümmert haben. Sie machen . . .

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: . . . diese Bemühungen im Gegenteil lächerlich. Von 300 Millionen ist überhaupt nicht die Rede, sondern es geht darum, dass zu dieser Gäubahnführung, die die Menschen dort oben wesentlich mehr belasten wird

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Ihre Privatplanung!)

als die ganze Messthematik, eine Alternative gefunden werden muss. Ich rufe Sie im Interesse der Bevölkerung auf, den Leuten dort oben nicht ständig Sand in die Augen zu streuen und zu sagen: Wir werden das politisch schon noch kippen. – Das wird nicht passieren, sondern –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

(Abg. Wintruff SPD: Auch bestellt!)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ja, ich gestatte die Zwischenfrage.

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Noll, stimmen Sie mir zu, dass es aber auch Landesteile gibt, die die Belastungen, die Sie anführen, gerne tragen würden?

(Oh-Rufe von der SPD – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Kollege Hauk, das ist mir wohl bekannt. Bloß haben diese Landesteile nicht diese hohe Standortgunst, und diese Landesteile tragen auch nicht die Last eines Flughafens. Von daher gesehen ist es auf den Fildern schon eine besondere Situation.

Ich rufe uns und Sie alle auf, sich – bei der fast einstimmigen Befürwortung der Messe auf den Fildern – diesen Belastungen und der Messe auf den Fildern zu widmen. Herr Kretschmann, Sie wissen ganz genau, dass ein Teil . . .

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Dr. Noll, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kretschmann?

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: . . . Ihrer Fraktion – Sie können es bei der namentlichen Abstimmung nachlesen; ich glaube sogar, die Mehrheit Ihrer Fraktion – genau diesem Antrag zugestimmt hat, in dem es heißt: Ab 2007 soll sich diese Messe selbst finanzieren. Sie gehen also genauso davon aus wie der Kollege Schmid und die Mehrheit Ihrer Fraktion.

(Abg. Schmid SPD: Das war ein guter Antrag!)

Es macht die Bevölkerung da oben verdrossen, wenn sie plötzlich, wenn es zum Schwur kommt, erkennt: Die, die uns immer gesagt haben: „Wir verhindern dieses Projekt“, stehen plötzlich mit leeren Händen da. Das werden Sie auf den Fildern erklären müssen.

Jetzt gestatte ich noch die Nachfrage.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Kretschmann, Ihre Frage.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Kollege Noll, Sie sind für die Messe, sogar der radikalste Messebefürworter, den es gibt.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nein.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Ich bin dagegen; das ist ja bekannt. Aber wollen Sie einmal konzedieren, dass es für eine parlamentarische Opposition auch noch wichtig ist – ich meine, wir wünschen uns auch noch hundert angenehme Dinge für das Volk –, ob man das auch bezahlen kann

(Kretschmann)

oder nicht? Die Frage, was so ein Projekt kostet, spielt doch wohl eine erhebliche Rolle, und es bleibt auch zu fragen, ob das Geld, das man da ausgibt, nicht für die Kernaufgaben des Landes, zum Beispiel Bildung, fehlt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Dann hätten Sie in logischer Konsequenz nicht auch noch zusätzliches Geld für die Regionalmessen und die Schuldendiensthilfe zur Verfügung stellen dürfen. Dem haben Sie zugestimmt, Herr Kretschmann. Das müssen Sie halt einmal zur Kenntnis nehmen. Sie persönlich haben nicht zugestimmt, aber ein Teil Ihrer Fraktion hat zugestimmt. Daher haben Sie klar Ja zu diesem Projekt gesagt.

Zu Ihrer Anmerkung – ich darf noch antworten –, ich sei der radikalste Messebefürworter: Herr Kretschmann, ich habe mich nach langer Überlegung mit den Parteifreunden vor Ort dazu durchgerungen, zu sagen: Ja, die Messe wird wohl an diesem idealen Standort gebaut werden. Das war zu einem Zeitpunkt, an dem ich noch nicht dem Landtag angehört habe. Ich habe meine Linie durchgehalten.

(Minister Dr. Christoph Palmer: Sehr gut!)

Ich habe von Anfang an gesagt: If you cannot beat them, join them. Wenn du nicht gegen sie gewinnen kannst, dann schließ dich ihnen an. Genau das empfehle ich jetzt auch Ihnen. Das ist, glaube ich, das Gebot der Stunde.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Witzel?

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ja, gerne.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Herr Kollege Noll, Sie hatten das Abstimmungsverhalten meiner Fraktion zu dem SPD-Antrag angesprochen. Ist Ihnen bekannt, dass die von Ihnen aus dem SPD-Antrag zitierte hohe Gewinnerwartung nur in der Begründung des Antrags steht und dass wir nicht über die Begründung abgestimmt haben, sondern über das Zahlenwerk, das weniger Geld für die zentrale Messe, aber mehr Geld für die Regionalmessen vorsieht?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Alfred Haas CDU: Eiertanz!)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Kollege Witzel, wenn Sie einem Antrag nur in Teilen zustimmen,

(Abg. Wintruff SPD: Das ist doch immer so! Über die Begründung wird nicht abgestimmt!)

dann müssten Sie das vielleicht auch in einer Erklärung zur Abstimmung zum Ausdruck bringen. Im Übrigen: Diese Zahl steht genau hier oben im Antrag: „davon zur Zahlung fällig im Haushaltsjahr 2004 ff. 108,3 Millionen €“. Das wird dann in der Begründung wiederholt. Möglicherweise, Herr Witzel, haben Sie tatsächlich den Antrag nicht richtig gelesen.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Oje!)

Das täte mir Leid. Aber Sie haben ihm zugestimmt. Das müssen Sie sich einfach hier auch einmal sagen lassen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Kretschmann GRÜNE: Das lassen wir uns ja sagen!)

Wenn es keine Nachfragen mehr gibt, Kollege Haas, dann darf ich mich für Ihre Aufmerksamkeit und die rege Beteiligung bedanken.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Das war schwer genug! Immerhin haben drei geklatscht!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Dr. Mehrländer.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Abg. Kretschmann, dass Sie die Messe ablehnen, respektiere ich und muss ich respektieren. Aber ich bitte Sie, diesen Messeentwurf nicht als „Glashäuser“ zu charakterisieren. Das weise ich ausdrücklich zurück. Dieser Entwurf ist aus einem internationalen Wettbewerb,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Du lieber Himmel!)

an dem sich 140 Wettbewerber beteiligt haben, einstimmig als Sieger hervorgegangen, und zwar – ich hatte es gesagt – ausgewählt von einem Preisgericht, das hochrangig besetzt und von der Lenkungsgruppe gewählt war. Sicherlich stand hier das Urteil des Preisgerichts im Vordergrund, weil dieses natürlich hinsichtlich der Frage, wie eine Messe auszusehen hat, wie eine Messe zu bauen ist, noch mehr Erfahrung hat. Das sind keine Glashäuser. Bitte schauen Sie sich einmal den Entwurf an.

Zu Ihnen, Herr Abg. Schmiedel. Minister Döring hat in der Pressekonferenz am 10. Januar gesagt: „Wir haben keine Verschleierungstaktik praktiziert oder etwas zurückgehalten.“

(Abg. Schmiedel SPD: Sie haben doch vorhin gesagt, Sie hätten es geheim gehalten! Was stimmt denn jetzt? – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Ich habe Ihnen erklärt, wie der Prozess der Kostenermittlung vonstatten gegangen ist. Genau das hat der Minister auch gesagt. – Erstens.

Zweitens: Die Diskussion um die Flughafenmesse. Dass der Wirtschaftsminister auf eine Gesamtflughafenkonzeption des Landes drängt, ist kein Geheimnis. Das hat er auch immer gesagt. Er hat aber genauso auch gesagt: „Ich bin für die Landesmesse.“ Er ist da kein Wackelpudding. Er hat sich ganz klar für die Landesmesse ausgesprochen.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Das möchte ich hier ausdrücklich festhalten.

Auch zu den Regionalmessen hat der Herr Minister in der Haushaltsdebatte – so lange ist sie ja noch gar nicht her – ganz klar gesagt: Wir haben drei Anträge. Das ist Fakt. Und da wir jetzt noch wissen wollen, was sich im Bereich

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

der Regionalmessen noch tut, haben wir sie angeschrieben. Wir wollen wissen, was da noch kommt. Dann werden wir daraus eine Summe ziehen. Wir werden das vorlegen. Dann werden wir entscheiden. Wir können doch erst entscheiden, wenn wir Angaben darüber haben, was noch auf uns zukommt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmid zu einer persönlichen Erklärung.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Lieber bleiben lassen, das geht schief! – Abg. Dr. Birk CDU: Ja, das geht schief! – Zurufe der Abg. Alfred Haas CDU und Schmiedel SPD)

Abg. Schmid SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Hofer und der Kollege Dr. Noll haben in ihren Debattenbeiträgen meine persönliche Glaubwürdigkeit in der Messefrage angegriffen, indem sie behauptet haben, ich würde angeblich eine Doppelstrategie fahren:

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

im Landtag anhand des Änderungsantrags so und auf den Fildern anders.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Jetzt ist es herausgekommen! So ist es, ja!)

Ich stelle fest: Meine Gegnerschaft zu der Messe auf den Fildern ist ungebrochen. Ich fühle mich durch die Kostenexplosion in dieser Gegnerschaft bestätigt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Warum haben Sie dann unterschrieben?)

Denn eines der wesentlichen Argumente war die Kostenfrage.

Der Änderungsantrag hat originäre Landesgelder zum Gegenstand. Diese können zugunsten von Regionalmessen umverteilt werden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Persönliche Erklärung!)

Das ist ein normaler haushaltspolitischer Vorgang. Er hat mit der Gegnerschaft zu der Messe nichts zu tun.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Ich weise im Übrigen darauf hin, dass die SPD-Fraktion dem Kapitel 0702 des Einzelplans des Wirtschaftsministeriums, in dem die Schuldendiensthilfe für die neue Messe veranschlagt ist, nicht zugestimmt hat.

(Zuruf des Ministers Dr. Christoph Palmer)

Das heißt, man kann aus dem Abstimmungsverhalten beim Haushalt keine direkte Schlussfolgerung für die Messe auf den Fildern ziehen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das ist geeiert! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Jetzt müssen Sie uns mal sagen: Ja oder nein?)

Wir haben in einem Antrag zum Haushalt gefordert, zugunsten der Regionalmessen Landesgelder umzuschichten. Ich glaube, dass damit klargestellt ist, wie unsere Position ist.

(Abg. Alfred Haas CDU: Welche?)

Auf eines darf ich noch hinweisen: Zunächst hat die SPD-Fraktion das Landesmessegesetz abgelehnt. Jetzt trägt sie die Mehrkosten für dieses Projekt nicht mit.

(Abg. Dr. Birk CDU: Fragen Sie doch noch einmal nach!)

Ich sage Ihnen eines: Sie müssen aufpassen, dass nicht bald alle von der SPD gegen die Messe sind.

Vielen Dank.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Frage des Herrn Abg. Dr. Noll?

(Abg. Capezzuto SPD: Der hat doch schon eine Stunde geredet! – Abg. Dr. Birk CDU: Herr Noll, dann geben Sie auch noch eine persönliche Erklärung ab! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Entschuldigung. Es sind keine Fragen zu persönlichen Erklärungen möglich.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und die heutige Tagesordnung erledigt.

Ich darf darauf hinweisen, dass im Anschluss an die Plenarsitzung im Conrad-Haußmann-Saal der Untersuchungsausschuss tagen wird.

Die nächste Plenarsitzung findet am Mittwoch, 6. März 2002, um 11:00 Uhr statt. Sie beginnt mit einem Festakt, zu dem Sie eine gesonderte Einladung erhalten. Die Tagesordnung für die sich anschließende Arbeitssitzung des Landtags wird vom Präsidium aufgestellt und Ihnen rechtzeitig zugehen.

Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen eine schöne Faschingszeit und schließe die Sitzung.

(Zurufe: Danke schön!)

Schluss: 15:49 Uhr